

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem französischen Botschafter François Seydoux**

**Z A 5-16.A/69 geheim**

**18. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 18.2.1969 um 17.30 Uhr den französischen Botschafter zu einem Gespräch. Von deutscher Seite nahm außerdem StS Carstens an dem Gespräch teil.

Botschafter *Seydoux* erklärte einleitend, er begrüße diese Gelegenheit eines Gespräches mit dem Herrn Bundeskanzler. Wenngleich er am Vortage schon mit StS Duckwitz und MD Frank ein Gespräch über die Londoner Sitzung des WEU-Rates geführt habe<sup>2</sup>, halte er es doch für besser, mit dem Herrn Bundeskanzler nicht nur über die Londoner Sitzungen, sondern über die gesamte Situation und mögliche Folgen zu sprechen. In Paris sei man sehr wenig glücklich über die Lage und tief besorgt. Obwohl sich die Dinge in London abgespielt hätten, halte Paris doch die Bundesrepublik für seinen wichtigsten Partner. Paris sei der Auffassung, Generalsekretär Eeckhoute – der allerdings in den letzten Tagen krank gewesen sei – hätte besser getan, die Sitzung nicht einzuberufen, weil dafür die Einstimmigkeit der Mitglieder Voraussetzung sei. Absatz 4 des Artikels VIII besage dies klar.<sup>3</sup> In Frankreich wisse man jedoch, daß Deutschland in diesem Punkt anderer Auffassung sei.

Auf die Zwischenfrage des Herrn *Bundeskanzlers*, was der Botschafter mit „anderer Auffassung“ meine, wiederholte Herr *Seydoux*, Frankreich halte die Einstimmigkeit für erforderlich.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, dies treffe doch wohl nicht auf alle Fälle zu. Artikel VIII mache in seinem Absatz 3<sup>4</sup> eine klare Ausnahme; man könne doch den Vertrag nicht gegen seinen Geist auslegen. Die Frage sei allerdings, ob der Fall des Absatzes 3 gegeben gewesen sei – und in dieser Sache neige er persönlich eher zur französischen Auffassung.

Der *Botschafter* führte aus, er wolle im Moment vom juristischen Aspekt der Sachlage einmal absehen und die politische Seite betrachten. Diese sei um so bedeutsamer, als man einen Anfang gemacht und sich in eine Richtung bewegt habe, ohne zu wissen, wohin sie führen werde.

Ohne ausdrücklichen Auftrag seiner Regierung, aber sicherlich in Übereinstimmung mit ihren Auffassungen, wolle er folgendes darlegen: Als man daran gedacht habe, vielleicht insbesondere in Deutschland und in Frankreich, eine po-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 20. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 65, Anm. 1.

<sup>3</sup> Artikel VIII Absatz 4 des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954: „The Council shall decide by unanimous vote questions for which no other voting procedure has been or may be agreed. In the cases provided for in Protocols II, III and IV it will follow the various voting procedures, [...] laid down therein. It will decide by simple majority questions submitted to it by the Agency for the Control of Armaments.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 287.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut vgl. Dok. 50, Anm. 9.

litische Organisation unter den Sechs aufzubauen, habe sich dies sogleich als schwierig erwiesen, hätten doch andere befürchtet, die politische Organisation könne gewissen Regierungen die Oberhand über die Kommission und die Hohe Behörde geben. Die französische Regierung und General de Gaulle haben dem entgegnet: – „Warum nicht“ –. Nun aber habe man einen Anfang nicht nur mit sechs, sondern sieben Partnern gemacht, wobei der siebente nicht in der Gemeinschaft sei. Nicht einmal unter den Sechs sei man immer einig gewesen. Die Gemeinschaft sei doch ein Rahmen, in dem Streitigkeiten ausgetragen werden könnten, und wenn es auch Schwierigkeiten und Hindernisse gegeben habe, so sei doch dieser Rahmen existent. Nun aber beginne man etwas Neues zu siebt, was unter den Sechs nicht funktioniert habe.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, es habe doch schon immer eine Zusammenarbeit mit Großbritannien gegeben.

Der *Botschafter* bemerkte, er denke an die Zeit, als er in London mit dabei gewesen sei, als man den Vertrag verhandelt habe<sup>5</sup>, der sich ja dann seit 1963 zu etwas völlig anderem entwickelt habe. Im Grunde sei es sehr erstaunlich zu beobachten, wie ein Vertrag, der ursprünglich gegen Deutschland gerichtet gewesen sei, Deutschland nun so völlig mit einschließe.

Erst nachdem General de Gaulle das Präsidentenamt übernommen habe<sup>6</sup>, sei größere Aktivität entfaltet und z.B. die dreimonatliche Konsultation eingeführt worden. Jetzt aber sei man plötzlich viel weiter gegangen. Er könne sich gut vorstellen, daß Großbritannien seit einiger Zeit versuche, aus der WEU etwas anderes zu entwickeln, als was man seit 1963 daraus gemacht habe. Der jüngste Schritt in London müsse höchstwahrscheinlich als der Beginn einer neuen Politik gewertet werden, und demgegenüber sei man in Paris tief besorgt.

In Paris halte man es nicht für gut, wenn neben dem bereits Geschaffenen – das unter Schwierigkeiten, aber dennoch auch mit Erfolgen entwickelt worden sei, das eine Grundlage sei, auf die man bauen könne, das Europa darstelle – neue Wege mit unsicherem Ausgang beschritten würden. In den Augen Frankreichs sei dieser Versuch ein politisches Manöver, der Ausdruck einer Politik, die aber nichts mit dem Europa gemein hätte, das Frankreich mit anderen aufbauen wolle. Auch Frankreich habe mit anderen Europäern Dinge getan, die eine neue Politik hätten einleiten können. Mit diesem jüngsten Versuch aber könne es sich nicht solidarisch erklären. Wie die Dinge lägen, hege Frankreich nun große Sorge im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen.

Er spreche weder von Vorwürfen noch von etwa erregtem Mißfallen, sondern er wolle zum Ausdruck bringen, wie besorgt die französische Regierung sei und daß sie sogar mit dem Gefühl einer gewissen Verzweiflung sich Folgen daraus ergeben sehe, daß eine Stellung, die wichtig gewesen sei, verloren sei.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er sehe die Sachlage anders als die französische Regierung. Man müsse vom rechtlichen Tatbestand ausgehen; denn das

<sup>5</sup> Auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 verhandelten die Bundesrepublik und Italien mit den Mitgliedstaaten der Brüsseler Vertragsorganisation über eine Änderung des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948. Mit Unterzeichnung des Protokolls zur Änderung und Ergänzung des Brüsseler Vertrags am 23. Oktober 1954 wurde die WEU gegründet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, S. 258–261.

<sup>6</sup> Charles de Gaulle wurde am 8. Januar 1959 Staatspräsident der Französischen Republik.

Recht auf Einberufung einer Ratssitzung könne auch durch die Politik nicht geändert werden, vielmehr müsse die Politik der Rechtslage folgen. Die Angelegenheit konzentriere sich also auf die Frage, ob der Generalsekretär die Sitzung vom 14.2. zu Recht einberufen habe. Zu Recht hätte er sie einberufen in einem Fall, wie er in Artikel VIII, Absatz 3 vorgesehen wird. Zur Erläuterung dieses Sachverhalts sei eine Erklärung für die Presse herausgegeben worden.<sup>7</sup>

Der Herr Bundeskanzler überreichte dem Botschafter eine Kopie der Erklärung und wies ihn dabei insbesondere auf den Absatz hin, der die Ausnahmeregelung, wie in Absatz 3 vorgesehen, erläutert.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er selbst frage sich jedoch, ob dieser Ausnahmefall gegeben gewesen sei. Er wolle ganz offen sein: Er habe nicht im Detail Kenntnis von den Überlegungen des Auswärtigen Amts. Abgesehen von der Nahost-Krise gebe es noch andere, den Frieden bedrohende Situationen – so z.B. Vietnam. Auch darauf könne sich ein Mitglied der WEU berufen und eine Ratssitzung beantragen. Solch eine Interpretation halte er persönlich aber für falsch; es müsse sich klarerweise um eine Ausnahmesituation handeln. Dies hätte man z.B. beim ersten Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts sehen können. Inzwischen aber habe man es mit einer schon lang andauernden Krise zu tun. Eine Berufung auf diese Krise allein würde nach seiner persönlichen Meinung noch nicht das Recht zur Einberufung einer Ratssitzung geben.

Botschafter Seydoux sagte, wenn er recht verstanden habe, frage sich der Herr Bundeskanzler, ob der Ausnahmefall des Absatzes 3 gegeben sei, wenn nicht offener Krieg vor den Türen eines Mitgliedslandes stehe. Wenn aber die gegenwärtige Lage nicht zu einer Bezugnahme auf Artikel VIII, Absatz 3 berechtige, wie erkläre der Herr Bundeskanzler dann die Haltung der anderen Partner und Deutschlands?

Der Herr Bundeskanzler antwortete, das Auswärtige Amt sei angesichts der Luxemburger Sitzung<sup>8</sup>, auf der Herr Lipkowski nicht widersprochen habe, der Auffassung gewesen, man habe so vorgehen können.<sup>9</sup> Hätte er die Frage selbst

<sup>7</sup> Am 18. Februar 1969 erklärte die Bundesregierung, daß sie an der Tagung des Ständigen WEU-Rats am 14. Februar teilgenommen habe, „weil nach Art. VIII des WEU-Vertrages jedem Partner das Recht zusteht, die Einberufung des Rates zu verlangen, wenn nach Meinung dieses Partners eine friedensbedrohende Situation vorliegt. Der diesbezügliche Artikel VIII des WEU-Vertrages ist nach Ansicht der Bundesregierung nur für Ausnahmefälle bestimmt. Von dieser Ausnahme abgesehen, können Ratssitzungen nur einstimmig einberufen werden.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 666.

Am 19. Februar 1969 ergänzte der stellvertretende Regierungssprecher, Ahlers, auf einer Pressekonferenz den letzten Satz: „Von dieser Ausnahme abgesehen, können Ratssitzungen außerhalb des normalen Turnus nur einstimmig einberufen werden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 720 des Staatssekretärs Duckwitz vom 19. Februar 1969; Referat I A 1, Bd. 666.

<sup>8</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

<sup>9</sup> Am 18. Februar 1969 legte Ministerialdirektor Frank eine Sprachregelung des Auswärtigen Amts vor: „Unsere Beteiligung an der Sitzung vom 14. Februar war sowohl in prozeduraler wie auch in sachlicher Hinsicht (Interesse an friedlicher Beilegung des Nahostkonflikts) gerechtfertigt. Seit Monaten haben wir uns bemüht, die politischen Konsultationen mit Großbritannien innerhalb der WEU zu halten und damit jede Sonderbündelei und Gruppenbildung 6 + 1 zu vermeiden. Wir haben uns zur Konsultation auf der Basis und im Rahmen der WEU bereit erklärt und noch zuletzt in der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des britischen Premierministers vom 13. Februar die Beteiligung Großbritanniens an der europäischen Einigung begrüßt. Wenn wir jetzt den französischen Forderungen nachgeben würden, würden wir in unserer bisherigen Argumentation und Haltung unglaublich werden. So lange die WEU besteht, müssen wir verlangen, daß jedes Mitglied das Recht hat, eine Dringlichkeitssitzung einberufen zu lassen, und jedes Thema zur Diskussion zu

zu prüfen gehabt, wäre er vorsichtiger gewesen. Er hätte vielleicht nicht gesagt, die Sitzung solle nicht stattfinden, aber man hätte sie nicht unter Berufung auf die Nahost-Krise einberufen dürfen, da es zweifelhaft gewesen sei, ob hierzu nicht die französische Auffassung die richtigere gewesen sei. Wenn Frankreich nun darauf hinweise, es sei im Zweifel, ob die Einberufung gerechtfertigt gewesen sei, so könne man hierüber lange streiten. Die Mitteilung an die Presse stelle jedenfalls klar, daß es sich nach deutscher Auffassung um einen Ausnahmefall handeln müsse.

StS Carstens verlas dann den Absatz 3 des Artikel VIII, um klarzustellen, daß der Ausnahmefall durch eine friedensbedrohende Situation irgendwo auf der Welt – nicht nur in Europa oder seiner unmittelbaren Umgebung – gegeben sein könne.

Botschafter Seydoux fragte noch einmal, ob man im Auswärtigen Amt den Eindruck von der Luxemburger Sitzung mitgenommen habe, daß Frankreich keine Einwände gegen die Einberufung der Sitzung erheben werde.

Der Herr Bundeskanzler bejahte. Jetzt aber gehe es weniger darum, ob Deutschland recht gehabt habe, sich an der Sitzung zu beteiligen oder nicht. Angeichts der Sorge der französischen Regierung, daß dies eine neue Politik sei, müsse besonders auf die Wichtigkeit des auf den Ausnahmefall bezüglichen Absatzes in der Presse-Mitteilung hingewiesen werden.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß Frankreich und die übrigen Partner am 14.2. verschiedener Meinung gewesen seien, fragte der Botschafter, ob nun alle paar Wochen mit einer solchen Lage zu rechnen sei.

Der Herr Bundeskanzler wies den Botschafter noch einmal auf die Bedeutung des entsprechenden Absatzes in der Presse-Mitteilung hin.

Der Botschafter fragte, ob er somit diese Presse-Mitteilung als ein Zeichen dafür werten dürfe, die ganze Angelegenheit bereinigen zu wollen.

Der Herr Bundeskanzler bejahte und fügte hinzu, auch die deutsche Öffentlichkeit wolle und solle die Meinung ihrer Regierung in dieser Angelegenheit kennen. Ein ähnlicher Fall könne sich keineswegs alle paar Wochen ereignen, da nur im Ausnahmefall – und dieser müsse sich durch klare, objektive Tatbestände definieren – von der Regel der Einstimmigkeit abgewichen werden könne.

Der Botschafter fragte noch einmal, ob er richtig verstanden habe, daß der Herr Bundeskanzler selbst auch schon im Hinblick auf die jüngste Sitzung vielleicht persönlich der Meinung gewesen sei, der Ausnahmefall sei nicht gegeben.

Der Herr Bundeskanzler erwiderte, er persönlich neige – auch für die Zukunft und ähnliche Fälle – eher zu der Auffassung, der Ausnahmefall sei nicht gegeben. Der Herr Bundeskanzler erläuterte am Beispiel der Nahost-Krise, daß man bei mehreren Ereignissen und Zwischenfällen den Ausnahmefall für gegeben hätte halten können, immer aber sei es diskutierbar und zweifelhaft. Es würde sich also darum handeln, daß Frankreich und Deutschland sich miteinander darüber verständigen, wann der Ausnahmefall bestehe. Eine andere

*Fortsetzung Fußnote von Seite 225*

stellen, das ihm wichtig erscheint. Alles, was wir von Frankreich verlangen, ist der Verzicht auf das Veto, mit dem es in Europa keine Fortschritte geben kann.“ Vgl. den Runderlaß des Ministerialdirektors Frank vom 18. Februar 1969; Referat I A 1, Bd. 666.

Möglichkeit wäre gewesen, daß Frankreich sich an der Sitzung beteiligt und dort dann seine Auffassung dargetan hätte. Dann hätte Deutschland die Möglichkeit gehabt zu sagen, es neige auch zu dieser französischen Auffassung und beantrage infolgedessen die Schließung der Sitzung.

Er habe den Eindruck, daß im Zusammenhang mit dem jüngsten Besuch von Premierminister Wilson in Bonn<sup>10</sup> eine gewisse Sorge und ein gewisses Mißtrauen in Paris herrschten, die jedoch nicht berechtigt seien. Deutschland habe seine Politik keineswegs geändert und sei nicht von dem abgewichen, was in früheren Gesprächen mit der französischen Regierung besprochen worden sei. Deutschland habe darüber hinaus jeden Versuch – sei es um den belgischen<sup>11</sup>, den niederländischen<sup>12</sup> oder den italienischen Plan<sup>13</sup> gegangen –, Großbritannien sozusagen durch die Hintertür in die EWG zu holen, abgewehrt und zum Scheitern gebracht. Deutschland habe für diese Haltung recht viel Prügel einstecken müssen und in Paris nicht immer die Anerkennung hierfür erfahren, die es wohl verdient hätte – zumal auch die deutsche Öffentlichkeit an dieser Haltung oft genug Kritik geübt habe.

Deutschland beabsichtige nicht, sich an irgendeiner neuen Organisation oder an irgendeiner Sitzung mit suspekter Tagesordnung zu beteiligen. Es werde lediglich den bestehenden Rahmen der WEU zu Diskussionen nutzen – und zwar innerhalb der Satzungen; und wenn England daran beteiligt sei, könne das nur recht sein. Im übrigen könnten sich Deutschland und Frankreich ja auch miteinander absprechen – er habe dies oft genug vorgeschlagen. Deutschland werde aber seine Unterstützung nicht irgendeinem Versuch geben, England durch die Hintertür hereinzuholen.

Wie allgemein bekannt, wolle Deutschland die Beteiligung Großbritanniens und der anderen Länder an der EWG; dies sei ja auch im gemeinsamen Communiqué im Vorjahr in Paris zum Ausdruck gebracht worden.<sup>14</sup> Deutschland und seine öffentliche Meinung sei nach wie vor für den Beitritt, wisse aber, daß Frankreich dies im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für möglich halte.

Der *Botschafter* warf ein, daß Frankreich mit dieser Auffassung nicht allein stehe, sondern mehrere Persönlichkeiten sich wohl zumindest darüber im klaren seien, wie schwer es sein werde.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er habe stets gesagt, es habe keinen Sinn, Druck oder Einfluß ausüben zu wollen; dazu hege er zu großen Respekt vor dem Partner. Hier seien die Interessen eben einfach verschieden. Deutschland wolle den Graben zwischen EWG und EFTA überwinden, es habe dabei stets ein

<sup>10</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1969 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 54–56.

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Harmel vom 21. Oktober 1968 für eine Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 11, Anm. 2

<sup>12</sup> Im Anschluß an den Europäischen Parlamentarierkongreß vom 8./9. November 1968 in Den Haag hatte der niederländische Außenminister Luns eine europäische Außenministerkonferenz angelegt, an der die sechs EG-Mitgliedstaaten, die vier beitrittswilligen Staaten, sowie Schweden, Österreich und die Schweiz teilnehmen sollten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3 des Botschafters Arnold vom 3. Januar 1969; VS-Bd. 8521 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>13</sup> Zum italienischen Memorandum vom 9. Januar 1969 vgl. Dok. 15, Anm. 18.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 vgl. BULLETIN 1968, S. 181.

ehrliches Spiel sowohl gegenüber Großbritannien wie gegenüber Frankreich gespielt.

Premierminister Wilson habe sich bei seinem Besuch in Bonn sehr realistisch gezeigt. Die WEU sei in den Gesprächen gar nicht erwähnt worden außer einmal in einer Tischrede, in der es hieß, man sei froh, in Luxemburg einen kleinen Schritt nach vorn gekommen zu sein.<sup>15</sup> Diese Bemerkung habe sich darauf bezogen, daß Lipkowski keinen Widerspruch erhoben habe. Darüber hinaus sei auch aus der am Ende des Besuchs Premierminister Wilsons veröffentlichten gemeinsamen Erklärung<sup>16</sup> zu entnehmen, daß Deutschland in keiner Weise eine neue Politik einzuschlagen wünsche.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob er diesen Darlegungen entnehmen dürfe, daß, von den erläuterten Ausnahmefällen abgesehen, Deutschland seine Haltung gegenüber der WEU nicht zu ändern gesonnen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er würde es in jedem Falle begrüßen, wenn Frankreich sich dafür entscheiden würde, an den Konsultationen teilzunehmen, denn die WEU sei nun mal eine bestehende Institution, die man zur gemeinsamen Diskussion mit Großbritannien über allgemein interessierende Fragen nutzen solle.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob man sich also fragen müsse, ob jedes Mal, wenn Frankreich nicht bereit sei, notwendigerweise das Problem der Einstimmigkeit aufgeworfen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, daß dies nicht so sei, denn die Regel sehe ja die Einstimmigkeit vor, nur im Ausnahmefall, der sich durch einen objektiven Tatbestand charakterisieren müsse, könne anders gehandelt werden. Gewiß gebe es immer Grenzfälle, aber dann könnten sich Frankreich und Deutschland ja miteinander verständigen.

In einer wahrhaft ernsten Lage, so meinte der französische *Botschafter*, würde eine Besprechung zu siebt sicherlich gar keine Schwierigkeit machen. – Er wolle jedoch noch einmal rückfragen, ob man in Luxemburg den Eindruck gewonnen habe, Lipkowski habe dem Plan der Londoner Sitzung nicht widersprochen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er habe zunächst gehört, Lipkowski habe nicht widersprochen. In einer späteren Information sei ihm mitgeteilt worden, Lipkowski habe zwar nicht widersprochen, jedoch seiner Regierung vorbehalten, eine endgültige Meinung abzugeben.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte erneut, daß Deutschland der Auffassung sei, die WEU stelle nun den einzigen Rahmen dar, innerhalb dessen man mit

<sup>15</sup> Am 12. Februar 1969 führte Bundeskanzler Kiesinger anlässlich des Abendessens für Premierminister Wilson aus: „Wir haben eine Zusammenarbeit entwickelt in Sektoren, die durch den Wortlaut der Römischen Verträge nicht umfaßt sind. Das bezieht sich ebenso auf die politische Zusammenarbeit wie auf die technologische Zusammenarbeit und auf andere Gebiete. Gewiß sind auch da die erzielten Fortschritte noch keineswegs so, wie wir sie wünschen mögen, wenn auch dann und wann eine kleine Ermutigung kommt, wie etwa von der letzten Tagung der Westeuropäischen Union. Es ist ein kleiner Schritt vorwärts, aber es ist immerhin ein solcher Schritt vorwärts.“ Vgl. BULLETIN 1969, S. 163.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der deutsch-britischen Erklärung vom 13. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 164.

Großbritannien sprechen und beraten könne, natürlich streng auf dem Boden des Vertrages. Aber übrigens sei ja eine andere mögliche Betrachtensweise auch gewesen: diese lang andauernde Krise vor den Toren Europas, die dazu täglich in einen größeren Konflikt ausarten könne, sei bedeutsam genug, daß man nun einmal darüber spreche.

Der französische *Botschafter* entgegnete hierauf, Frankreich habe den Eindruck gewonnen, England habe in Luxemburg gerade nicht über die Krise sprechen wollen, um die andere Möglichkeit zu erproben.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte noch einmal, die deutsche Haltung habe sich in keiner Weise geändert. Auch in den Gesprächen mit Wilson sei nichts auf einen solchen Meinungswechsel hinausgelaufen.

Der *Botschafter* erklärte, er freue sich, dies zu hören.

Der Herr *Bundeskanzler* ging dann erneut auf den Besuch Wilsons ein. Der Premierminister habe Interessantes über das Gespräch zwischen dem britischen Botschafter in Paris und General de Gaulle berichtet.<sup>17</sup> Er habe die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß er in Bonn auf dieses Gespräch Bezug nehmen werde. Nach Wilsons Darstellung habe im Verlauf des Gesprächs General de Gaulle dem britischen Botschafter bilaterale Gespräche, zwischen England und Frankreich, über die zukünftige europäische Entwicklung angeboten. In diesen bilateralen Gesprächen solle dann auch über die Umwandlung der Gemeinschaft in eine Freihandelszone, an der England beteiligt wäre, geredet werden können. Wilson habe ihn (den Herrn *Bundeskanzler*) um Rat gefragt, wie er sich in dieser Sache verhalten solle. Er habe geantwortet, Deutschland beharre auf dem Weiterbestehen und der Weiterentwicklung der Gemeinschaft der Sechs unter Beteiligung von Großbritannien, sobald dies möglich werde. Deutschland lehne also die Idee der Freihandelszone ab.

Nach Wilsons Worten habe der General ausgeführt, als er die Regierung übernommen habe, habe er die EWG schon vorgefunden. Wenn nun Großbritannien und andere Länder hinzukämen, könne die EWG nicht bleiben, was sie sei, sondern müsse sich wandeln, was nicht unbedingt schlecht zu sein brauche. Über die Möglichkeit wolle er (General de Gaulle) mit Großbritannien reden; er schlage hierzu bilaterale Gespräche vor. Die britische Regierung müsse sich entscheiden, ob sie dies annehmen wolle oder nicht, und Vor- und Nachteile für sich abwägen. Lehne sie ab, so werde er (General de Gaulle) jedenfalls nicht verfehlen, auf diese Antwort später einmal Bezug zu nehmen. General de Gaulle habe ferner gesagt, die Gespräche müßten von der Prämisse ausgehen, daß sowohl die NATO wie die EWG eines Tages auslaufen würden. Dieser Gedanke, so habe Wilson erläutert, sei aber der englischen Vorstellung diametral entgegengesetzt. Während England NATO und EWG aufrechterhalten wolle, denke de Gaulle, wenn er von Auslaufen spreche, an deren Ersetzung durch eine Freihandelszone.

Er, der Herr *Bundeskanzler*, habe geantwortet, er rate nie ab von Gesprächen mit Frankreich, da Gespräche in jedem Falle nützlich seien – bilateral oder mul-

<sup>17</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 56.

tilateral, wie z.B. in der WEU. Im übrigen aber sei auch er der Auffassung, man solle die EWG und die NATO bestehen lassen.

Seit Jahren, fuhr der Herr Bundeskanzler fort, hätten die deutsch-französischen Gespräche das gleiche Resultat gehabt. Nun aber sei hier die völlig neue Nachricht, der General halte die NATO für überflüssig. Bislang habe er verstehen zu können geglaubt, Frankreich gehe seinen eigenen Weg, verlasse aber das Bündnis nicht, außer es geschehe etwas völlig Unvorhergesehenes. Ebenso erstaunlich sei die Mitteilung von einem Auslaufen der EWG. In allen anderen Äußerungen erkenne er völlig und bis in die Formulierungen hinein die ihm seit langem bekannten Auffassungen des Generals; schon immer habe der General gesagt, wenn man Großbritannien dabei haben wolle, sei er einverstanden, aber die Form der Zusammenarbeit sei dann die einer Freihandelszone. Immer jedoch habe der General dann hinzugefügt, daß wir beide aber die Gemeinschaft wollten. An eben diesem Punkte begännen die Dinge nun plötzlich auseinanderzugehen: Die EWG solle auslaufen. Bislang sei man sich doch völlig einig gewesen, die Gemeinschaft aufrechterhalten zu wollen; und darüber hinaus sei er froh, wenn Frankreich in der NATO bleiben würde.

Botschafter Seydoux antwortete, er sei überzeugt, die französische Haltung sei unverändert und auch Frankreich wolle das Fortbestehen der Gemeinschaft. Ferner habe man von französischer Seite stets gesagt, wenn man auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet weiteren Fortschritt erzielen wolle, werde dies ohne die politische Einheit sicher schwierig. Es sei also nur wünschenswert, wenn man die politische Einheit eines Tages verwirklichen könne. Dies sei die französische Auffassung schon seit Jahren.

In den Gesprächen mit dem britischen Botschafter habe der General sicher lediglich sagen wollen, Frankreich halte den britischen Beitritt zur EWG für sehr schwer; komme es aber eines Tages zu einer engeren Zusammenarbeit mit England, so könne das nicht mehr im Rahmen der Gemeinsamen Marktes geschehen, sondern hätte eine Wandlung der Organisation zur Folge, die dann etwa die Form einer Freihandelszone annehmen würde.

Der Botschafter fuhr fort, auch er habe die Absicht gehabt, mit dem Herrn Bundeskanzler über dieses Thema zu sprechen. In Vorbereitung des Gesprächs habe er die Berichte der Pressekonferenzen des Generals vom 16.5.1967<sup>18</sup> und vom 27.11.1967<sup>19</sup> noch einmal gelesen, und sie enthielten genau das, was der Herr Bundeskanzler soeben berichtet habe: man müsse entweder die EWG fortführen, oder, falls es vorgezogen werde, andere Länder, insbesondere Großbritannien, in die Organisation aufzunehmen, so würde Frankreich dies wohl akzeptieren können; doch dies werde die Organisation einer Wandlung unterwerfen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, all diese Überlegungen seien ihm bekannt, ebenso sei alles, was Wilson berichtet habe, ihm vertraut gewesen aus den Gesprächen mit dem General. Der Punkt jedoch, der ihn irritiert habe und in dem er um Klärung bitte, sei der Satz: die bilateralen englisch-französischen Ge-

<sup>18</sup> Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et Messages, Bd. 5, S.155–174.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et Messages, Bd. 5, S. 227–247.

sprächen müßten von der Prämissse ausgehen, sowohl die NATO wie die EWG sollten allmählich auslaufen.

Botschafter *Seydoux* erklärte, soweit er wisse, habe nicht der General, sondern der britische Botschafter die NATO erwähnt. Wahrscheinlich habe de Gaulle ihm erklärt, man könne sich fragen, wenn eines Tages Europa seine eigene Verteidigungsstruktur habe, ob dann die NATO bestehen bleibe.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß er selbst schon 1954 vor dem Bundestag gesagt habe, die NATO sei für uns kein Dogma.<sup>20</sup> Aber das erkläre nicht, warum die EWG auslaufen solle. Der zitierte Satz gebe doch zu der Interpretation Anlaß, daß es nach Auffassung des Generals keine EWG mehr geben werde, wenn England sich für solche Gespräche mit Frankreich entscheide und wenn etwas gemeinsam mit England aufgebaut werden solle.

Der französische *Botschafter* erläuterte, wenn er den General recht interpretiere, so habe er wohl sagen wollen, falls Frankreich mit Großbritannien in Gespräche eintrete und wenn Großbritannien zu Frankreich engere Beziehungen herstelle, so sei ein Fortbestehen der EWG undenkbar.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, so habe der britische Premierminister es nicht dargestellt, seine Darlegung habe eine andere Nuance beinhaltet.

Der *Botschafter* erläuterte erneut, Frankreich denke nach wie vor, die beste Lösung für Europa sei ein Festhalten an den bestehenden Gemeinschaften; man müsse also sehen, wie man diese weiter stärken könne.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, Wilson habe diesen Bericht über das Gespräch recht dramatisch gestaltet und um den Rat des Herrn Bundeskanzlers in dieser Sache gefragt.

Botschafter *Seydoux* sagte, als man in Paris davon Kenntnis erhalten habe, daß Wilson in Bonn über das Gespräch des Generals mit dem britischen Botschafter berichten werde, sei man besorgt gewesen, ob das nicht zu Mißverständnissen führen werde. Er sei infolgedessen beauftragt worden, den Herrn Bundeskanzler in dieser Angelegenheit aufzusuchen.

Der Herr *Bundeskanzler* faßte zusammen, daß man sich somit wohl in den zwei wichtigen, im Verlauf des Gesprächs behandelten Fragen einig sei. Was die WEU anbelange, stimme man in der Auffassung über die Ausnahmen von der Einstimmigkeitsregelung überein. In praxi könne man sich darüber absprechen, was ein Ausnahmefall sei. Nachdem die wild wuchernden Ideen über die Verwirklichung des englischen Beitritts abgewehrt seien, könne man nun der Öffentlichkeit erklären, daß innerhalb der WEU die Konsultationen fortgesetzt

20 Am 29. Juni 1956 führte der CDU-Abgeordnete Kiesinger im Bundestag aus, daß die Durchsetzung einer allgemeinen Entspannung auch „die Notwendigkeit, bestimmte Verteidigungsvorkehrungen von Seiten der westlichen Welt aufrechtzuerhalten“, ändern würde: „Wir hängen an der NATO nicht als an einem Dogma oder weil wir einmal diesen Weg beschritten haben und nun nicht mehr von ihm abkommen können.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 31, S. 8519.

Kiesinger wiederholte seinen Standpunkt am 23. Januar 1958: „Ich habe selber von dieser Stelle aus gesagt, die NATO sei für uns kein Dogma. Ich habe es ernst gemeint, wiederhole es und meine es ebenso ernst. Wir haben die NATO immer nur als einen Notbehelf betrachtet angesichts der Situation, in die Europa durch die sowjetrussische Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geraten ist.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 39, S. 330.

würden. Die deutsche und die französische Rechtsauffassung in dieser Frage deckten sich.

Der *Botschafter* dankte für das Gespräch und gab abschließend dem Wunsch Außenministers Debré Ausdruck, während seines Aufenthalts in Bonn am 10. März auch den Herrn Bundeskanzler zu einem Gespräch – etwa gegen 12.00 Uhr, vor dem Mittagessen – sehen zu können.<sup>21</sup>

Das Gespräch endete um 19.10 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 30**

## 68

### **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bahr**

**Pl-82.43-62/69 VS-vertraulich**

**19. Februar 1969<sup>1</sup>**

Betr.: Erstes Konsultationsgespräch mit dem Planungsstab des japanischen Außenministeriums vom 3.–6.2.1969 in Tokio und Umgebung  
hier: Zusammenfassung wichtigster Gesprächspunkte

Das Gespräch fand am 3. und 4.2.1969 in offizieller Residenz Außenministers<sup>2</sup> in Tokio, am 5. und 6.2.1969 in Mianoshita (Hakone-Gebiet) statt. Teilnehmer siehe Anlage 1<sup>3</sup>, Themenübersicht Anlage 2<sup>4</sup>.

I. Lage in Sowjetunion, in Osteuropa sowie deutsche Ostpolitik

Nach Darlegung deutscher Auffassung ergibt sich, daß japanische Seite Aussichten für Fortsetzung Entspannungspolitik pessimistischer beurteilt. Militärische Intervention von Warschauer-Pakt-Staaten in ČSSR wird als Wendepunkt gesehen, der Entspannungspolitik auf Minimalniveau eingefroren hat. Fragen japanischer Gesprächspartner deuteten darauf hin, daß in Tokio eingehende Einzelinformationen über die einzelnen Ostblockstaaten nicht vorliegen. Ausführliche Darlegung westlicher und insbesondere deutscher Ostpolitik dürfte zu differenzierterer Betrachtungsweise der Lage in Ostblockstaaten geführt haben, Skepsis über beträchtliche Ergebnisse Entspannungspolitik wird jedoch vorerst bestehen bleiben.

<sup>21</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Außenministers Debré vgl. Dok. 94, Ann. 8.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Kiichi Aichi.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die deutsche Seite nahmen teil: Ministerialdirektor Bahr; Vortragender Legationsrat Fischer; Gesandter Breuer; Botschaftsrat Blech; Legationsrat I. Klasse Hallier. Für die japanische Seite nahmen teil: die Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium Suzuki und Kagami; die Referatsleiter im japanischen Außenministerium Murata und Okazaki; die Mitarbeiter im japanischen Planungsstab Nomura und Kijima. Vgl. VS-Bd. 4349 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4349 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

Zurückhaltende japanische Haltung gegenüber DDR wurde erneut bestätigt. Kürzlicher Besuch einer Delegation von Wirtschaftsvertretern in Ostberlin hat zu Feststellung geführt, daß zwar wirtschaftliche Expansion vorherrscht, DDR jedoch voll in sowjetisches Wirtschaftspotential integriert sei. Wegen Rückwirkungen auf Bundesrepublik Deutschland sollten alle Maßnahmen institutionellen Charakters unterbleiben. Japanische Seite sicherte vor allfälligen Maßnahmen, die auf Aufwertung DDR hinauslaufen, Konsultationen mit uns zu.

Beziehungen der kommunistischen Partei Japans zur Sowjetunion wurden als schlecht bezeichnet. Enge Beziehungen bestehen zu regierenden Parteien in Pjöngyang und Hanoi, ohne daß sich bisher außenpolitische Einheitsfront im Sinne „unabhängigen kommunistischen Zentrums“ gebildet habe. Zur VR China seien Beziehungen KPJ kühl, seit ursprünglich prochinesische Mehrheit sich nach Peking-Besuch 1965 spaltete. Auf Weltkongreß<sup>5</sup> werde KPJ jedoch Verurteilung Chinas zu vermeiden suchen.

## II. Lage in VR China

Japanische Beurteilungsfaktoren:

### a) Innenpolitische Situation:

- Mao Tse-Tung ist nach Auslaufen Kulturrevolution umstrittener Führer; der Ordnungsfaktor des Landes wurde die Armee.
- Armeeführung hat loyal und ohne eigenen politischen Anspruch ihr übertragene Aufgaben erfüllt. Dennoch wird Mao versuchen, als dritte Kraft neben Armee und Verwaltung neue Parteistruktur aus alten Kadern, neuen Revolutionären und Armeeangehörigen aufzubauen.
- Aus starker Stellung lokaler Armeekommandeure könnten sich zentrifugale Kräfte entwickeln. Amerikaner rechnen, wie sich aus letzten japanisch-amerikanischen Planungsstab-Konsultationen ergab, sogar mit Schwächung des Zentralstaates durch Anwachsen Provinzialautonomie, die Japaner nicht.
- Retardierende Momente für die Wiederherstellung innenpolitischer Stabilität liegen in unterschwellig noch aktiven Anti-Mao-Gruppen, persönlichen Rivalitäten unter Mao-Lin-Anhängern, spannungsgeladener Zusammensetzung der 14-köpfigen Spitze und Revolutionsausschüsse.
- 9. Parteikongreß<sup>6</sup> wird gewisse Beruhigung bringen; Einberufung wahrscheinlich erst nach kommunistischem Weltkongreß, um Moskau keine zusätzliche Angriffsfläche zu bieten.
- Obwohl Mao „permanente Revolution“ fortsetzen wird, solange persönlich handlungsfähig, ist zunächst mit ruhigerer Periode inneren Wiederaufbaus zu rechnen: volle Ausnutzung industrieller Produktionsfaktoren, Erleichterungen für landwirtschaftliche Bevölkerung. In etwa drei Jahren dürfte sich nach erfolgreicher Wirtschaftsbelebung auch Bereitschaft zur Aufnahme ausländischer Anlagekredite offenbaren.

<sup>5</sup> Vom 5. bis 17. Juni 1969 fand in Moskau die dritte Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien statt. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 341 f.

<sup>6</sup> Der Kongreß der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China fand vom 1. bis 24. April 1969 in Peking statt.

b) Außenpolitische Orientierung

- Nach 9. Parteikongreß Tendenz zur Normalisierung diplomatischer Kontakte, Flexibilität und „rapprochement“ gegenüber Staaten der Dritten Welt, Westeuropas, den USA als „Feind des Feindes“ und als Weg zur Beteiligung an Vietnam-Regelung. Strategie dafür sei noch nicht ausgearbeitet.
- Weiterhin kompromißlose Feindschaft gegenüber Sowjetunion wegen Furcht vor revisionistischer Beeinflussungsgefahr.
- Bereitschaft zur friedlichen Vietnam-Regelung in erster Linie aus Furcht vor Ausdehnung amerikanischer Kriegshandlungen auf chinesisches Gebiet und darauf möglicherweise folgender sowjetischer Intervention bedingt.
- Gegenüber südostasiatischen Staaten mit Abbau chinesischer Subversionsversuche zu rechnen, falls Peking im Rahmen internationaler Vietnam-Regelung keine Sicherheitsbedrohung aus einzelnen Staaten des südostasiatischen Festlandes mehr befürchtet.
- Peking sicherlich an Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit westlichen Ländern interessiert, überstürztes Vorgehen Italiens<sup>7</sup> und Kanadas<sup>8</sup> ohne vorherige Abklärung Streitpunkte allerdings töricht und geeignet, Chinas Preis höher zu treiben.

Japanische China-Politik

Japan wird bis zum Ausscheiden General Tschiang Kai-scheks keine politische Annäherung an Peking suchen. Tokio geht davon aus, daß keiner der beiden chinesischen Partner „Zwei-China-Lösung“ akzeptieren wird; unter dem präsumptiven Nachfolger (und Sohn) Tschiang Ching-Kuo vielmehr Rückkehr Taiwans ins Mutterland – bei gewisser Autonomie – nicht auszuschließen. Erhaltung liberal-demokratischer Partei in VR China ermöglicht Kuo Min Tang Wiedereingliederung. Japanisches handelspolitisches Interesse an Taipeh-Austausch – 1968 im Wert von 627 Mio. \$ – größer als an Peking – 550 Mio. \$ –, abgesehen von hohen Kapitalinvestitionen in Taiwan. Ausmaß des Handels mit Peking kann durch politische Verbindung nicht gesteigert werden. Chinesische Attacken gegen japanische Politik wurden als weiterer Hindernisgrund genannt. Kürzliche US-japanische Planungskonsultationen haben zu Ergebnis geführt, daß Erhaltung Status quo in China-Frage zur Zeit richtigste Linie sei.

Darlegung deutscher Überlegungen zur Haltung gegenüber China wird von japanischer Seite rezeptiv aufgenommen. Japanisches Interesse erkenntlich, die von uns zugestandenen Konsultationen vor deutschen Schritten in der China-Politik zur Bindung an ihre abwartende Haltung auszunutzen.

**III. Analyse gegenwärtiger Beziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion, Amerika und Rotchina, Rotchina und der Sowjetunion sowie langfristiger Perspektiven Dreiecksverhältnisse.**

<sup>7</sup> Am 24. Januar 1969 kündigte der italienische Außenminister Nenni vor der Abgeordnetenkammer in Rom an, die Volksrepublik China anzuerkennen. Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 248.

<sup>8</sup> Am 29. November 1968 sprach sich Ministerpräsident Trudeau in einem Interview für eine baldige diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China aus. Vgl. den Artikel „Trudeau Envisions ‘Just Society’ in Canada“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 30. November 1968, S. 1.

Deutscher Ausgangspunkt: Mittelfristige Arbeitshypothese ist keineswegs spannungsloses, jedoch wachsendes Zusammenwirken beider Supermächte, so lange Gleichgewicht zwischen ihnen besteht; als Element Zusammenwirkens einerseits gemeinsame Kontrolle etwaiger friedensstörender Aktivitäten Chinas, andererseits Einräumung einer vernünftigen Aspirationen entsprechenden Funktion für China in regionaler und weltweiter Politik. Demgegenüber geht japanische Seite von unüberwindlicher amerikanisch-sowjetischer Gegnerschaft aus, die Zusammenwirken unmöglich macht. Beide Supermächte werden China zur Stärkung gegen Rivalen benutzen wollen.

In absehbarer Zeit könnte eine Versöhnung Moskau-Peking ausgeschlossen werden; Sowjetunion wolle China als Faktor zur Schwächung USA ausspielen, wie bereits in Vietnam; USA werden umgekehrt Annäherung an China zur Abwehr Sowjetunion suchen. Die Überlegung, derartige Taktik werde gerade wegen ihrer erhöhten Konfrontationsgefahr die Supermächte auf den Weg des Ausgleichs zwingen, wird auf japanischer Seite für weniger zwingend gehalten als auf deutscher. Nach japanischer Ansicht werde VR China 15–20 Jahre brauchen, ehe technologische, wirtschaftliche und militärische Faktoren Land Supermachtkarakter geben: wir würden den Zeitraum etwas kürzer – 10 bis 15 Jahre – bemessen.

#### IV. Asiatische Situation nach Vietnam und Politik Japans

##### Japanische Beurteilungsfaktoren:

- Kriegsmüdigkeit sowohl US wie Nordvietnam wird zu Vietnam-Regelung führen, allerdings langdauernde Verhandlungen; China hat sich mit Beendigung des Vietnamkonflikts abgefunden;
- Verringerung US-Präsenz gewiß, allerdings sicherlich nicht in dem von manchen Amerikanern gewünschten Ausmaß; Rationalisierung des US-Engagements in Asien;
- Angesichts mangelnder politischer Eigenkräfte in Südvietnam Erhaltung der Unabhängigkeit nur bei fort dauernder US-Präsenz; in diesem Fall Möglichkeit Hongkong-ähnlicher Entwicklung Südvietnams gegeben;
- Nordvietnam könnte sich mit einstweiliger südvietnamesischer Unabhängigkeit abfinden, allerdings nur als Übergangslösung bei starkem amerikanischen Druck, sonst sofortige Vereinigung Vietnams unter Ho Chi Minh;
- US würden als Rückfallposition in diesem Fall Neutralisierung indochinesischer Staaten vorschlagen; Unabhängigkeit Ho Chi Minhs von VR China jedenfalls zu erwarten;
- Erhaltung Unabhängigkeit Birma und Kambodscha wahrscheinlich nur bei US-Truppenstationierung Thailand möglich. Bangkok wünscht US-Präsenz, damit allerdings Erhöhung innerpolitischer Spannung wegen zu erwartendem chinesischem Widerstand verbunden; japanischer Planungsstab hat US-Planungsstab bei letztem Gespräch dennoch Einrichtung US-Basen in Thailand nach Vietnam-Regelung nahegelegt;
- Laos durch Nordvietnam stark gefährdet; US suchen Neutralisierungsstatut unter Großmächteteiligung einschließlich SU; Japan soll Initiative übernehmen, ist jedoch uninteressiert;

- Weitere gefährdete Gebiete vor allem: Philippinen wegen sozialer Spannungen, Birma wegen innerpolitischer Rivalitäten, Malaysia wegen Gefahr Wiederaufnahme Guerilla-Tätigkeit, Indonesien wegen Bestehens zu großer Armee, die jedoch zugleich notwendige Arbeitsbeschaffung darstellt;
- Abzug Großbritanniens<sup>9</sup> werde unter amerikanischem Druck zu neuen Commonwealth-Sicherheitsarrangements unter stärkerer Beteiligung Australiens und Neuseelands führen; Japan werde sich militärisch nicht daran beteiligen;
- Stabilisierung südostasiatischer Regierungen mache im allgemeinen Fortschritte; Verringerung US-Präsenz werde Kräfte der Selbsthilfe mobilisieren; regionale Organisationen ermöglichen durch Konzentrierung auf wirtschaftliche und soziale Tätigkeit Zusammenfassung nationaler Bemühungen;
- Defensiver Charakter chinesischer Verteidigungspolitik, Unlösbarkeit logistischer Probleme bei Aggression und zu erwartender nationaler Widerstand scheiden chinesische direkte Expansionsversuche aus. Subversion kann durch politische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen abgewiesen werden;
- Vordringen sowjetischen Einflusses in südostasiatischem Raum trägt ebenfalls nicht aggressiven Charakter; Priorität Südostasiens für sowjetische Politik geringer als Naher Osten und Mittelmeer.

#### Japanische Politik

- Südostasiatischer Raum muß gegenüber feindlichen Kräften geschützt werden; Mindestsicherung ist Neutralisierung;
- Für Japan ist Freiheit Straße von Malakka wegen aus Mittlerem Osten kommenden 92% der Ölversorgung entscheidend;
- Erhaltung Südkoreas für Sicherheit unerlässlich, Stabilisierung Regimes in Seoul und Abbau anti-japanischer Ressentiments zufriedenstellend;
- Artikel 9 japanischer Verfassung verbietet jede Beteiligung an sicherheitspolitischen Maßnahmen, ob im Land oder außerhalb;
- Japans eigener Beitrag zur Sicherung asiatischer Staaten besteht für übersehbare Zukunft weiterhin nur in wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe. Japan wird dafür sorgen, daß regionale Organisationen nur außerhalb sicherheitspolitischer Zweckbestimmung tätig werden;
- Amerikas Interesse an Zugehörigkeit Japans zu freier Welt so groß, daß weiterer Schutz durch 7. Flotte, Luftbasen in Asien und durch Nuklearwaffen sichergestellt ist. Dies gilt auch bei Abbau amerikanischem „over-commitment“ in Asien. Im Zuge dieser Rationalisierung stärkere Hinwendung Amerikas zu Europa möglich, wegen der Bedeutung Japans in asiatischem Raum jedoch in japanischen Augen nicht für eigene Zukunft gefährlich.

#### V. Aktivierung gemeinsamer Interessen mittlerer Mächte

Deutscher Ausgangspunkt: gleichgerichtete Interessen mittlerer Mächte reichen angesichts Eigengewichts nationaler und regionaler Probleme, Abhängigkeit

<sup>9</sup> Am 16. Januar 1968 gab Premierminister Wilson bekannt, daß sich die britischen Verteidigungsanstrengungen künftig auf Europa und den Mittelmeerraum konzentrieren würden. Vgl. dazu AAPD 1968, I, Dok. 19.

von anderen weltpolitischen Fragen und ständig wechselnder internationaler Lage nicht aus, um permanente Interessengemeinschaft zu bilden.

Japanische Seite glaubt demgegenüber, Solidarität ließe sich zwischen zwei in ihrer Lage so verwandten Staaten wie Japan und Bundesrepublik Deutschland langfristig herstellen.

Beide Seiten einigen sich, Gebiet gemeinsamer Interessen in weiteren Kontakten zu suchen.

#### NV-Vertrag

Vereinbarung erneuert, laufenden Kontakt über Unterzeichnung, Ratifizierung sowie Interpretationsfragen zu halten.<sup>10</sup>

#### Japanische Politik

- Unterzeichnung voraussichtlich anschließend an Ratifizierung durch US-Senat, es sei denn, Premierminister<sup>11</sup> verfügt zuvor Parlamentsauflösung; Ratifizierung in keinem Fall in gegenwärtiger Legislaturperiode;
- Aufnahme Japans in ENDC und Einräumung Ständigen Sitzes im Sicherheitsrat der UN würde Ratifizierung positiv beeinflussen;<sup>12</sup>
- Japan zwar mit Geist Vertrages einverstanden, zweifelhaft bleibt jedoch, ob US-Garantie für alle Zeit vertraut werden kann und ob friedliche Nutzung Atomenergie sichergestellt ist;
- Unterzeichnung bringt dennoch größere Vorteile, insbesondere wegen Abhängigkeit von US Technologie und Wissenschaft;
- Behinderung friedlicher Nutzung könnte angesichts Notwendigkeit, Wirtschaftskraft zu erhalten, Japaner nach Ansicht einiger politischer Persönlichkeiten gegebenenfalls zu Austritt aus Vertrag zwingen.

#### VI. Neues Konsultationsgespräch

Dem japanischen Wunsch auf neues Konsultationsgespräch im Herbst 1969 kann mit Rücksicht auf Bundestagswahlen<sup>13</sup> nicht entsprochen werden. Als nächster Termin wird März 1970 in Bonn mit anschließendem Berlin-Besuch in Aussicht genommen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>14</sup> dem Herrn Minister vorgelegt.

gez. Bahr

**VS-Bd. 4349 (II B 1)**

<sup>10</sup> Vom 13. bis 15. März 1968 fanden in Tokio deutsch-japanische Gespräche über die Auswirkungen des Nichtverbreitungsabkommens statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 110 des Vortragenden Lehnigationsrats I. Klasse Ramisch, z. Z. Tokio, vom 17. März 1968; VS-Bd. 4372 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1968.

<sup>11</sup> Eisaku Sato.

<sup>12</sup> Am 18. Februar 1969 berichtete Botschafter Krapf, Tokio, daß die japanische Regierung aufgrund von Einwendungen der japanischen Opposition entschieden habe, die Unterzeichnung des Nichtverbreitungsabkommens zurückzustellen. Eine positive Aufnahme des japanischen Wunsches nach einer Mitgliedschaft in der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission würde jedoch die Zustimmung des Parlaments zum Vertrag erleichtern. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 60; VS-Bd. 4349 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>13</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 28. September 1969 statt.

<sup>14</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

**69****Botschafter Arnold, Den Haag, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11157/69 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 62**

**Aufgabe: 20. Februar 1969, 10.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Februar 1969, 10.58 Uhr**

Betr.: Ultragaszentrifuge

Aus dem hiesigen Außenministerium wurde der Botschaft mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung folgendes mitgeteilt.

In kürzlich getrennt geführten Gesprächen zwischen den Außenministern Luns und Debré sowie den Staatssekretären de Koster und de Lipkowski hätten beide französischen Gesprächspartner auf die Gefahr hingewiesen, daß die geplante britisch-niederländisch-deutsche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ultragaszentrifuge der Bundesrepublik Möglichkeiten zur Verwendung der Atomenergie für militärische Zwecke verschaffen könne. Gleichzeitig hätten sich beide Herren jedoch über die Nichtbeteiligung Frankreichs an diesem Projekt beklagt. Luns und de Koster seien der erstgenannten Befürchtung mit den üblichen, auf der Hand liegenden Argumenten entgegengetreten und hätten auf den letztgenannten Vorwurf erwidert, daß die Möglichkeit einer französischen Beteiligung in einem späteren Stadium vielleicht nicht völlig auszuschließen sei. Daraufhin hatten Debré und de Lipkowski bemerkt, wenn die Dinge so liegen, seien ihre Bedenken gegenüber dem geplanten Kooperationsabkommen schon weniger eindeutig.

[gez.] Arnold

**VS-Bd. 2670 (I A 1)**

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ungerer am 20. Februar 1969 vorgelegen.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger  
mit dem britischen Botschafter Jackling**

**Z A 5-22.A/69 geheim**

**21. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 21. Februar 1969 um 17.10 Uhr den britischen Botschafter im Beisein von StS Duckwitz und MDg Dr. Boss zu einem Gespräch.

Eingangs übergab Sir Roger Jackling dem Herrn Bundeskanzler eine Botschaft von Premierminister Wilson.<sup>2</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte nach kurzem Überfliegen des Textes, er könne natürlich nicht sofort zum Gesamtinhalt Stellung nehmen. Er erinnerte dann an sein Gespräch mit dem französischen Botschafter, dem er gesagt habe, er wisse doch, daß die Bundesregierung stets bestrebt gewesen sei, neue Organisationen, Institutionen und Konferenzen abzuwehren, die zu einer Absonderung Frankreichs führen könnten.<sup>3</sup> Andererseits müsse Frankreich verstehen, daß Deutschland an politischen Gesprächen der sieben WEU-Mitglieder interessiert sei. Es müsse auch verstehen, daß die Bundesregierung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber ihre abwehrende Haltung rechtfertigen müsse. Die Öffentlichkeit sage, an der Schwelle Europas brenne es, und die Europäer sprächen überhaupt nicht darüber. Man habe die WEU für ein gutes Forum für solche Gespräche gehalten. Natürlich denke die Bundesregierung nicht daran, über die WEU einen Ersatz für die Europäische Gemeinschaft und das, was nach ihrer Ansicht aus der Europäischen Gemeinschaft werden solle, nämlich eine politische Gemeinschaft, zu schaffen. Er habe jedoch die Konsultationen in der WEU für vernünftig und nützlich gehalten. Er höre nun von Paris, dort werde behauptet, daß zwischen England und Deutschland ein Komplott geschmiedet worden sei. Er habe dem Botschafter erklärt, diese Frage sei zwischen Wilson und ihm außer in einer kurzen Bemerkung während der Tischreden<sup>4</sup> überhaupt nicht besprochen worden. Er habe Frankreich aufgefordert, sein Mißtrauen zu überwinden und daran mitzuwirken, daß man in Europa über politische Fragen sprechen könne. Daraufhin habe er dem Botschafter die deutsche Auslegung des WEU-Vertrages gegeben, die zwar wegen der Schnelligkeit, mit

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kusterer am 25. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> In einem undatierten Schreiben an Bundeskanzler Kiesinger führte Premierminister Wilson mit Blick auf den Stand der europäischen Zusammenarbeit aus: „The main point, as I see it, is not to lose the momentum already generated. [...] What is at stake now is not the interpretation of a single article in the Brussels Treaty but the continuation of the efforts, on which we have worked together for so many months, to develop political consultation in the W.E.U. as a step towards the development of European unity. I hope you will see this matter in terms of Anglo-German relations as well as in the context of wider European policy.“ Wilson sprach sich zudem dagegen aus, die für den 26. Februar 1969 geplante Tagung des Ständigen WEU-Rats zu verschieben. Vgl. Referat I A 1, Bd. 666.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux am 18. Februar 1969 vgl. Dok. 67.

<sup>4</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kiesinger vom 12. Februar 1969 vgl. Dok. 67, Anm. 15.

der sie erstellt werden mußte, kein Meisterstück sei, aber keineswegs dem französischen Standpunkt entspreche, vielmehr der britischen Interpretation sehr viel näher stehe.<sup>5</sup> Die Schwierigkeit sei, daß der Vertrag vieles offen lasse. Die deutsche Erklärung habe im Grunde zum Inhalt, daß es drei Arten von Zusammenkünften gebe: die Routinesitzungen, die Einberufung nach Artikel VIII<sup>6</sup> durch den Generalsekretär (die ja nicht bestritten werde) und eine dritte, allerdings rein theoretische Möglichkeit, die nicht im Vertrag stehe, aber aus dem Vertragssinn folgere, falls sich nämlich der Generalsekretär gegen eine Einberufung einer Sitzung sperre, daß er dann trotzdem einberufen müsse, wenn die sieben Mitgliedstaaten dies forderten. Im ersten deutschen Text sei die Routinesitzung nicht expressis verbis genannt gewesen; daraufhin sei der Text ergänzt worden. Dennoch blieben einige Fragen offen, die er jetzt nicht juristisch entscheiden wolle, so z.B. wenn der Generalsekretär eine Sitzung einberufe und ein Land sich dem widersetze. Hier komme es auf die Situation an. Briefe der Generalsekretär eine Sitzung mit einer Tagesordnung ein, die völlig außerhalb der WEU-Zuständigkeit läge, so könne man von keinem Land erwarten, daß es komme. Im übrigen aber neige er (der Herr Bundeskanzler) zu der Annahme, wenn ein Land nicht kommen wolle, müsse es die Konsequenzen tragen. Verfolge man diesen Gedanken jedoch weiter, d.h., daß zwei oder drei oder gar vier Länder nicht kämen, dann würde die Sache sehr kompliziert. Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er sei bereit, sich auf den Boden Wilsons zu stellen. Staatssekretär Duckwitz habe nun vorgeschlagen, die nächste Sitzung um eine Woche zu verschieben.<sup>7</sup> Dies wäre eine Geste des Entgegenkommens. Man wisse natürlich nicht, ob die Franzosen am 5. März kämen; nach italienischer Mitteilung sei damit kaum zu rechnen.

Der *Botschafter* bemerkte, er sehe selbst keinen eigentlichen Unterschied zwischen einer Sitzung am 26. Februar oder am 5. März.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, ein echter Unterschied bestehe nicht, es wäre nur eine Geste.

Der *Botschafter* sagte, das Datum vom 26. Februar sei von den sechs anwesenden Staaten vereinbart worden. Nach britischer Auffassung solle man daran festhalten, auf dieser Sitzung aber das Verfahren besprechen.

5 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 18. Februar 1969 vgl. Dok. 67, Anm. 7.

6 Vgl. dazu Artikel VIII Absatz 3 des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954; Dok. 50, Anm. 9.

7 Am 18. Februar 1969 bat Staatssekretär Duckwitz die Botschafter in den WEU-Mitgliedstaaten, an möglichst hoher Stelle in den dortigen Außenministerien „darzulegen, daß Bundesregierung es nicht für opportun hält, nächste Ratssitzung auf 26. Februar vorzuziehen, da sie damit nicht mehr innerhalb des üblichen Turnus stattfinden würde. Wir schlagen vor, die Sitzung turnusmäßig am 5. März durchzuführen. Bundesregierung schlägt weiterhin vor, als Hauptpunkt die Bedeutung des Artikels VIII des Vertrags für die Prozedur des WEU-Rats zu erörtern. Unserer Ansicht nach hat Diskussion über hiermit zusammenhängende Fragen, die während letzter Tage in aller Öffentlichkeit stattfand, zu so großer Verwirrung geführt, daß alle sieben WEU-Mitglieder im Rat Gelegenheit finden sollten, ihren Rechtsstandpunkt zu Artikel VIII darzulegen. Motive unseres Vorschlags: Wie sind nach wie vor stärkstens daran interessiert, WEU und politische Konsultationen im WEU-Rat zu aktivieren; eingetretene Konfusion ist politisch untragbar; Verwirrung wird gefördert durch Fehlen einer Geschäftsordnung des Rats, so daß Klärung des Komplexes unter rechtlichen Vorzeichen dringend erforderlich ist.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 733; Referat I A 1, Bd. 666.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Bundesregierung mache diese Verschiebung nicht zu einer Bedingung für ihre Teilnahme, vielmehr sei es nur als Anregung zu verstehen.

Der *Botschafter* erklärte, da man sich auf den 26. geeinigt habe, sollte das Datum nicht wieder verschoben werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er bestehe nicht darauf, umso mehr, als es nicht scheine, daß diese freundliche Geste honoriert werde.

Staatssekretär *Duckwitz* warf ein, offiziell sei natürlich nichts bekannt, jedoch sei inoffiziell gesagt worden, mit einer französischen Teilnahme sei auch am 5. März nicht zu rechnen.

Der *Botschafter* fügte als persönliche Bemerkung hinzu, wenn ein Anhaltspunkt dafür bestünde, daß die Franzosen am 26. Februar nicht kämen, am 5. März aber kommen würden, ergäbe sich eine andere Lage.

Staatssekretär *Duckwitz* erklärte, wenn er die britische Haltung richtig verstehe, so habe Lord Hood gesagt, falls Frankreich eine Teilnahme am 5. März akzeptierte, wäre Großbritannien zu einer Verschiebung bereit.<sup>8</sup>

Der *Botschafter* berichtigte dies dahingehend, daß Lord Hood erklärt habe, es sei höchst unwahrscheinlich, daß die Franzosen zu einer Teilnahme bereit wären, es sei denn zu ihren eigenen Bedingungen. Sie hätten erklärt, sie kehrten nicht in den Rat zurück, bevor die Regel der Einstimmigkeit wieder angewendet werde. Großbritannien sei nicht bereit, Zusicherungen zu geben, es sei lediglich bereit, die Frage zu prüfen, falls Frankreich seine Vorbedingungen fallen lasse.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn Aussichten dafür beständen, daß die Franzosen am 5.3. kämen, dann sollte man dieses Datum wählen, weil es höchst wichtig sei, die Franzosen wieder an den Tisch zu bekommen. Sei dies nicht möglich, so hätte er gegen eine Sitzung am 26. Februar keine Einwände. Er komme jetzt zum entscheidenden Punkt im Schreiben des Premierministers, daß es sich nämlich nicht um die Interpretation eines einzigen Vertragsartikels handle, sondern um die Entwicklung politischer Konsultationen und einen Schritt zur politischen Einheit. Er wolle die deutsche Position noch einmal umreißen: Die Bundesregierung wolle diese Konsultationen und glaube, daß sie beitreten können, um die europäische Einigung herbeizuführen. Der Weg zur europäischen Einigung sehe für die Bundesrepublik so aus, daß natürlich nicht die Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaften aufgegeben oder gefährdet werden dürften. In diesem Rahmen unterstützte die Bundesregierung auch weiterhin die Teilnahme Großbritanniens, aber dies stehe auf einem anderen Blatt. Er würde sich sehr vorsichtig bewegen, um nicht gewaltsam französisches Mißtrauen zu erwecken. Man sollte lediglich sagen, daß man die politischen Konsultationen in der WEU fortführen wolle. Frankreich habe bisher daran teilgenommen, warum sollte es dies in Zukunft nicht tun? Der Grund für Letzteres wäre nur darin zu sehen, daß Frankreich einen allgemeinen Angriff

<sup>8</sup> Am 20. Februar 1969 berichtete Gesandter Wickert, London, der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, habe die Frage, ob Großbritannien seinen Standpunkt zum Datum der nächsten Tagung des Ständigen WEU-Rats überprüfen werde, falls Frankreich sich an der Sitzung vom 5. März 1969 beteilige, „nach einigem Zögern“ bejaht, „allerdings unter der Voraussetzung, daß die Franzosen keine prozeduralen Vorbedingungen stellten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 365; Referat I A 1, Bd. 666.

auf die WEU lancieren wollte, die es nie besonders gemocht habe, oder daß Frankreich wirklich Mißtrauen hege wegen eines Komplotts, mit dem Großbritannien in den methodischen und institutionalisierten Prozeß der europäischen Einigung gebracht werden solle. Im letzteren Falle werde de Gaulle immer nein sagen. Man sollte versuchen, das Mißtrauen abzubauen, wieder zusammenzutreffen und über die einzelnen Punkte zu sprechen. Man dürfe nicht über das Ziel hinausschießen, denn sonst erreiche man nur noch eine Rumpf-WEU ohne Frankreich. Es müsse das Ziel bleiben, Frankreich an den Tisch zurückzubekommen. Sonst werde genau das eintreten, was die Bundesregierung zu vermeiden sich bemüht habe, daß man nämlich eine Organisation der Fünf plus Großbritannien, aber ohne Frankreich habe. Man müsse über den Fortbestand der WEU verhandeln, denn darum gehe es. Selbstverständlich sei die Bundesregierung für einen solchen Fortbestand.

Der Herr Bundeskanzler fügte dann hinzu, er werde seine Meinung auch noch schriftlich formulieren. Auf der nächsten Sitzung müsse als Punkt eins der Tagesordnung eine Beratung über die entstandene Lage stehen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde des längeren debattiert, inwieweit der Generalsekretär tatsächlich die echte Vollmacht zur Einberufung einer Sitzung habe, wobei der Herr Bundeskanzler die Auffassung vertrat, daß im Grunde solche Sitzungen, auch wenn der Generalsekretär sie einberufe, letztlich immer auf einem consensus omnium beruhen. Mit juristischen Argumenten komme man nicht weiter. Man sollte vielleicht wie bisher mit periodischen Routinesitzungen fortfahren, wobei man sich natürlich über die Tagesordnung einigen müsse. Wenn dann die Franzosen sagten, sie stimmten dieser Praxis nicht zu, bedürfe es am Ende jeder Sitzung einer einstimmigen Ratsentscheidung über das Datum der nächsten Sitzung. Die Franzosen wollten offensichtlich den Regierungen das Recht vorbehalten, zu einer Sitzung nein sagen zu können. Juristische Gründe könnten sie hierfür kaum anführen, aber gerade deswegen müßte man aus dem Gestüpp der juristischen Erwägungen herauskommen: Man könnte den Franzosen vielleicht in dem einen oder anderen prozeduralen Punkt entgegenkommen, wobei das Ziel sein müsse, sie wieder zur Mitarbeit zu bewegen. Die einzige Frage sei, ob Frankreich zu einer solchen Weiterarbeit bereit sei. Es entspann sich dann wiederum ein längeres Gespräch über das, was die Franzosen am 14. Februar gesagt haben und welche Gründe sie für ihr Nichterscheinen bei der letzten Sitzung angegeben haben. Eindeutige französische Äußerungen zu diesem Punkt stellten sich nicht heraus außer dem Hinweis, Frankreich habe erklärt, es werde nicht an den Sitzungen teilnehmen, bis die geltende Regel ohne Einschränkung wieder akzeptiert werde. Der Herr Bundeskanzler bemerkte, in der praktischen politischen Arbeit sei der juristische Streit nicht sinnvoll, denn letztlich müsse die Zusammenarbeit in der WEU auf dem consensus omnium beruhen.

Der *Botschafter* sagte, er frage sich, ob man so weit gehen könne, denn es könne eine Situation entstehen, wo ein Mitglied einige Zeit nicht an der Arbeit teilnehme, die Organisation aber trotzdem weiterarbeiten könne. So sei es 1949 im Sicherheitsrat gewesen, als die Russen nicht mehr mitmachen wollten.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Die UdSSR nahm vom 13. Januar bis 1. August 1950 an den Sitzungen des UNO-Sicherheitsrats unter Hinweis auf die Anwesenheit von Vertretern der Republik China (Taiwan) nicht teil.

Wenn ein Mitglied die Arbeit zu paralysieren versuche, sei es legitim, wenn die anderen die Organisation weiterarbeiten ließen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, natürlich werde sich die Arbeit der anderen Organisation nicht sofort ändern, im Grunde aber würde ein Fernbleiben Frankreichs doch die Arbeit lähmen, denn es konsultierten dann eben nur noch Sechs und nicht Sieben.

Der *Botschafter* warf ein, dann könne man nicht zu den Konsultationen kommen, die alle anstrebt.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, die Franzosen seien nun genau und durch eigenes Verschulden in die Lage geraten, welche die Bundesregierung stets zu verhindern getrachtet habe, nämlich daß Frankreich nicht mehr dabei sei. Er wolle jetzt nicht in den Dschungel der juristischen Erwägungen eintreten. Die Bundesregierung (darüber werde auch im Kabinett noch zu sprechen sein) werde an der nächsten Sitzung teilnehmen und mit über die entstandene Situation beraten, wobei man sich weniger auf das konzentrieren sollte, was war, sondern auf das, was werden solle. Er hoffe, daß es gelinge, die Franzosen wieder an den Tisch zu bekommen.

Der *Botschafter* sagte, er werde seinem Ministerpräsidenten berichten, daß zwar das Kabinett noch darüber beraten müsse, der Herr *Bundeskanzler* aber persönlich der Auffassung sei, man solle die nächste Sitzung abhalten und über das Verfahren sprechen. Sei auf französischer Seite keinerlei Anzeichen einer Bereitschaft zu erkennen, am 5.3. wieder dabei zu sein, werde man am 26.2. zusammentreten. Andernfalls müsse die Sache erneut geprüft werden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte noch, das Ganze sei wohl auf das Mißtrauen de Gaulles zurückzuführen, England könnte über die Hintertür in die Gemeinschaft kommen.

Der *Botschafter* sagte, dies sei umso schlimmer, als Großbritannien erkläre, es akzeptiere die Tatsache, daß de Gaulle Großbritannien überhaupt nicht in die Nähe der Gemeinschaft kommen lassen wolle, doch gebe es viele Bereiche, die damit nichts zu tun haben.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, die WEU-Konsultationen hätten ja nicht mit dem Beitrittsgesuch Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zu tun. Er hoffe, daß die Erregung sich legen werde. Die britische Presse habe sich etwas schockiert gegeben, ganz ohne Grund allerdings, denn die deutsche Auffassung sei der britischen sehr nahe.<sup>10</sup>

Der *Botschafter* bemerkte, die Presse sei immer geneigt, Interpretationen unter der Lupe zu betrachten.

Das Gespräch endete um 18 Uhr.<sup>11</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 30**

<sup>10</sup> Am 19. Februar 1969 berichtete Botschafter Blankenhorn, London, über die Reaktion der britischen Presse auf die Erklärung der Bundesregierung vom Vortag zur Krise der WEU: „Nachrichten und Kommentare konzentrieren sich auf den letzten Satz der Erklärung, wonach normale Ratssitzung nur einstimmig einberufen werden könne. Allgemeiner Tenor: Bonn ist unter dem Druck des Generals umgefallen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat I A 1, Bd. 666.

<sup>11</sup> Am 24. Februar 1969 ließ der französische Botschafter François Seydoux Staatssekretär Duckwitz wissen, „daß Frankreich an der Aktivität der WEU erst an dem Tage wieder teilnehme, an dem es

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends**

**II A 7-88.11/5-1144/69 geheim**

**21. Februar 1969**

Betr.: Maßnahmen im Falle einer Störung der Bundesversammlung in Berlin

Die Sitzung der Bonner Vierergruppe am 21. Februar 1969, 11 Uhr, hatte folgendes Ergebnis:

**I.1) Allied Aegis<sup>1</sup>**

Die letzte Fassung unseres Papiers über die Alliierte Aegide des zivilen Frachtverkehrs wurde mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Das Papier soll zunächst „Live Oak“<sup>2</sup> zur Klärung einer Reihe militärischer und technischer Einzelfragen übermittelt werden. Es soll sodann nach der Bundesversammlung auf Grund der Kommentare von „Live Oak“ und der Ergebnisse der internen deutschen Beratungen über mögliche deutsche Gegenmaßnahmen überarbeitet und den vier Außenministern bei ihrem Treffen in Washington<sup>3</sup> vorgelegt werden.

Die Amerikaner legen großen Wert darauf, daß das Papier vorläufig von den Botschaften nicht den Außenministerien zugesandt wird. Sie befürchten, daß in

*Fortsetzung Fußnote von Seite 243*

sicher sein könne, daß der Grundsatz der Einstimmigkeit vollständig respektiert werde. Es sei Sache der fünf Partner Frankreichs, der französischen Regierung Sicherheit darüber zu geben, daß die Einstimmigkeit respektiert werde, und zwar ohne Ausnahme. Dies gelte auch für die Einberufung des Rates.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank vom 26. Februar 1969; Referat I A 1, Bd. 666.

Mit Runderlaß Nr. 815 vom 25. Februar 1969 teilte Frank mit, die französische Entscheidung habe der Initiative der Bundesregierung, die Tagung des Ständigen WEU-Rats vom 26. Februar 1969 auf den 5. März 1969 zu verlegen, den Boden entzogen. Bundeskanzler Kiesinger habe deshalb entschieden, die Bundesrepublik werde an der Sitzung vom 26. Februar 1969 teilnehmen. Vgl. dazu Referat I A 1, Bd. 666.

1 Am 13. Februar 1969 notierte Ministerialdirigent Sahm zum Stand der Planungen für alliierte Schutzmaßnahmen für den zivilen Verkehr zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik („Allied Aegis“): „Die Verbündeten haben sich anlässlich der Ministerkonferenz der NATO in Reykjavík im Juni 1968 in Anbetracht der neuen Ostberliner Taktik, die Lebensfähigkeit Berlins durch eine zunehmende Behinderung des zivilen Güter- und Personenverkehrs allmählich zu untergraben, erstmals bereiterklärt, den alliierten Schutz des deutschen Verkehrs (Allied Aegis) zu planen. Auf dem Treffen der vier Außenminister am 14. November 1968 in Brüssel hat der Bundesminister des Auswärtigen diese Entscheidung der Alliierten begrüßt und dabei im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler ausdrücklich betont, daß wir auch zu der von den Verbündeten erwarteten deutschen Beteiligung unter Einbeziehung des Interessenhandels bereit seien. [...] Das Vertrauen der Verbündeten in die Zusicherungen des Herrn Bundesministers auf dem Brüsseler Viereressen vom 14.11.1968 darf nicht enttäuscht werden.“ Vgl. VS-Bd. 4399 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

Vgl. dazu ferner AAPD 1968, II, Dok. 371 und Dok. 377.

2 „Live Oak“ war ein im April 1959 gegründetes Gremium militärischer Sachverständiger der Drei Mächte und der Bundesrepublik mit Sitz bei der NATO, das mit Planungen für den Fall einer Unterbrechung der Verbindungsweg nach Berlin (West) beauftragt war.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit den Außenministern der Drei Mächte, Debré (Frankreich), Rogers (USA) und Stewart (Großbritannien), am 9. April 1969 anlässlich der NATO-Ministerratstagung in Washington vgl. Dok. 120.

den Außenministerien das Allied-Aegis-Papier mit der Planung zur Abwehr von Störungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung in Berlin verwechselt wird und daß die skeptische Haltung der Außenministerien zum Allied-Aegis-Konzept sich auf den Komplex „Störungen im Zusammenhang mit der Bundesversammlung“ überträgt.

## 2) Gegenmaßnahmen im Fall von Störungen auf den Luft- und Landzugängen aus Anlaß der Bundesversammlung

Den Alliierten wurde unser – dem Herrn Staatssekretär mit Aufzeichnung der Abteilung II –II A 7-88.11/5-738/69 geh. – vom 14.2.1969 vorgelegtes – Papier übergeben.<sup>4</sup> Der deutsche Vertreter erklärte, das Papier sei nicht als förmlicher deutscher Vorschlag zu verstehen, sondern sei eine Unterlage für die Beratungen der Bonner Vierer-Gruppe über dieses Thema. Es gehe uns nicht darum, daß die vier Regierungen Verpflichtungen eingehen. Vielmehr komme es darauf an, daß alle Vorbereitungen getroffen würden, damit die Maßnahmen, deren Anwendung im Falle einer Krise von den vier Regierungen beschlossen werden sollten, auch tatsächlich durchgeführt werden können. Die in dem Papier erwähnten deutschen Gegenmaßnahmen würden zur Zeit mit den Resorts daraufhin geprüft, ob sie anwendbar seien und welche Vorbereitungen zu einer Anwendung im Falle einer entsprechenden Entscheidung getroffen werden müssen.

Der amerikanische Vertreter erklärte, Teil I des Papiers, das sich mit Störungen des Luftzugangs befasse, sei eine gute, umfassende Zusammenfassung und Ergänzung der bestehenden Eventualfallplanung. Es sei daher kaum nötig, diesen Teil weiter zu beraten.

Teil II, der sich mit Störungen des zivilen Landzugangs befasse, sei dagegen Neuland. Nach erster Prüfung scheine ihm dieser Teil, der eine ausgewogene Mischung alliierter und deutscher Maßnahmen vorsehe, gut und akzeptabel zu sein. Der amerikanische Vertreter bemängelte, daß in dem Papier die Möglichkeit, daß die DDR ein neues Verfahren für die Visaerteilung einführt, bei dem Visen ein bis zwei Tage vor der Reise beantragt werden müssen, nicht erwähnt sei. Da diese Möglichkeit immerhin in nachrichtendienstlichen Meldungen erwähnt sei, müsse die Bundesregierung sich darüber klar werden, ob sie eine solche Maßnahme, deren Durchführung voraussichtlich die Einrichtung sowjetzonaler Visabehörden in der Bundesrepublik erforderlich mache, hinnehmen oder ob sie dies nicht akzeptieren und das Risiko einer zumindest vorübergehenden Einstellung des Personenverkehrs zu Lande hinnehmen wolle.

Der deutsche Vertreter äußerte als seine persönliche Ansicht, eine solche Maßnahme sei ein wesentlich ernsterer Eingriff in den Berlinverkehr als die Einführung des Paß- und Visumzwangs im vergangenen Jahr.<sup>5</sup> Es sei daher schwer

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm und den Entwurf eines Maßnahmenkatalogs im Falle von Störungen des Berlin-Verkehrs anlässlich der Bundesversammlung in Berlin (West) am 5. März 1969 vgl. VS-Bd. 2067 (201); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>5</sup> Am 11. Juni 1968 erließ die Regierung der DDR eine Reihe von Anordnungen zum innerdeutschen Reise- und Güterverkehr, insbesondere die Einführung eines Paß- und Visumszwanges für den Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR, für den Reiseverkehr zwischen der DDR und Berlin (West) und für den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West). Für den Wortlaut der Fünften Durchführungsbestimmung vom 11. Juni 1968 zum Paßgesetz der DDR

vorstellbar, daß die Bundesregierung sich damit abfinden könne. Er sagte zu, das Papier um diesen Eventualfall zu ergänzen.

Die Diskussion des Papiers wird am Montag, dem 24. Februar um 16.00 Uhr fortgesetzt werden.<sup>6</sup>

3) Maßnahmen zur sicheren Beförderung der Abgeordneten der Bundesversammlung nach Berlin

Die Vertreter der drei Botschaften sprachen sich gegen eine Konzentrierung der Abgeordneten der Bundesversammlung in bestimmte Flugzeuge aus, wie dies vom Bundesministerium des Innern aus Sicherheitsgründen befürwortet wird. Eine solche Maßnahme, die der Gegenseite nicht verborgen bleiben würde, sei fast eine Herausforderung dazu, diese Flüge durch elektronische Maßnahmen zu stören. Im Gegenteil sollte die Beförderung der Abgeordneten auf möglichst viele Flüge verteilt werden.

Der amerikanische Vertreter sagte, falls elektronische Störungen die zivilen Fluggesellschaften zur Einstellung des Flugverkehrs nach Berlin zwängen, werde die amerikanische Regierung sicherlich entsprechend der bestehenden Eventualfallplanung die Einrichtung des „Civil Air Lift“ anordnen, so daß die Wahlmänner mit Militärmaschinen nach Berlin geflogen werden könnten. Die Vertreter der britischen und französischen Botschaft ließen offen, ob ihre Regierungen in gleicher Weise handeln würden.

Es bestand Einvernehmen, daß bei einer Verbindung von elektronischen Störungen und extrem ungünstigen Wetterbedingungen das Flugrisiko so groß sein kann, daß es weder für die Besatzungen noch vor allem für die Wahlmänner verantwortet werden kann. Unter diesen Umständen muß eine Verlegung des Wahltermins ins Auge gefaßt werden. Die Alliierten baten dringend um Übermittlung genauer Angaben über Zeit und Ort des Abflugs der Wahlmänner.

II. Ich habe anschließend im Auftrag von Ministerialdirigent Sahm die oben unter 3) behandelten Probleme mit dem Direktor des Bundestages, Herrn Troßmann, und seinem Persönlichen Referenten, Herrn Kilian, besprochen. Ergebnis:

1) Die Flugkarten für alle Wahlmänner werden durch die Verwaltung des Bundestages beschafft. Bisher liegen dem Bundestag von etwa 750 Wahlmännern Angaben darüber vor, wann und von wo sie fliegen wollen. Die Masse der Wahlmänner wird innerhalb von 36 Stunden (2. März abends und 3. März) fliegen.

2) Nach Ansicht von Herrn Troßmann ist es nicht möglich, den Abgeordneten und Wahlmännern einen früheren Flugtermin zu empfehlen und den festgelegten Abreisetag (3. März) vorzuverlegen. Eine solche Maßnahme würde Unruhe stiften, Rückfragen verursachen und Spekulationen in der Presse auslösen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 245*

vom 15. September 1954 sowie der übrigen Anordnungen vgl. GESETZBLATT DER DDR 1968, Teil II, S. 331–334.

Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit den Botschaftern der Drei Mächte am 12. Juni 1968; AAPD 1968, I, Dok. 187.

<sup>6</sup> Die Frage von Gegenmaßnahmen im Fall von Störungen des Berlin-Verkehrs aus Anlaß der Einberufung der Bundesversammlung am 5. März 1969 nach Berlin (West) wurde in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 24. Februar 1969 nicht behandelt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz; VS-Bd. 480 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1969.

3) Herr Troßmann hatte Verständnis dafür und hält es auch für richtig, daß die Wahlmänner erst nach der Entscheidung der drei Regierungen, den „Civil Air Lift“ einzurichten, darüber unterrichten werden, daß sie mit Militärmaschinen nach Berlin geflogen werden. Er wies jedoch darauf hin, daß dies zu Kurzschlußreaktionen führen könne. Viele Wahlmänner würden möglicherweise nicht bereit sein, das Risiko einer Beförderung in Militärmaschinen auf sich zu nehmen.

4) Herr Troßmann betonte, daß die Wahl des neuen Bundespräsidenten wahrscheinlich nur dann verfassungsgemäß zustande komme, wenn alle Wahlmänner, die dies wünschen, mit normalen Verkehrsmitteln und ohne Gefährdung ihrer Sicherheit nach Berlin reisen könnten. Falls auch nur 20 Abgeordnete nicht die Möglichkeit haben, nach Berlin zu fliegen oder das Risiko eines Flugs mit Militärmaschinen ablehnen, würden sie wahrscheinlich beim Bundesverfassungsgericht die Wahl des Bundespräsidenten mit Erfolg anfechten können. Würden z. B. die Alliierten bereit sein, auch die 22 NPD-Wahlmänner mit Militärmaschinen zu befördern? Wenn nicht, würden die NPD-Abgeordneten die Wahl des Bundespräsidenten mit Erfolg anfechten können.

5) Nach Kenntnis von Herrn Troßmann beabsichtigt kein Wahlmann, den Landweg nach Berlin zu nehmen. Ein Abgeordneter, der aus gesundheitlichen Gründen nicht das Flugzeug benutzen kann, wird an der Bundesversammlung nicht teilnehmen können.

Herr Troßmann wird am Montagnachmittag eine Zusammenstellung der Flugpläne der Wahlmänner übermitteln.

Hiermit über Herrn Dg II A<sup>7</sup> Herrn D II<sup>8</sup> mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs<sup>9</sup> vorgelegt.

Behrends

**VS-Bd. 2067 (201)**

<sup>7</sup> Hat Ministerialdirigent Sahm am 21. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>8</sup> Hat Ministerialdirektor Ruete am 21. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>9</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 23. bzw. am 24. Februar 1969 vorgelegen.

72

**Ministerialdirektor Bahr an Bundesminister Brandt****21. Februar 1969<sup>1</sup>**

Lieber W. B.,

wir sind uns mit den Drei Mächten einig, daß die Bundesversammlung keine große Berlin-Krise auslösen wird. Die Formulierungen des letzten sowjetischen Papiers<sup>2</sup> über die Respektierung der Vier-Mächte-Vereinbarungen wecken nicht nur Erinnerungen an die gleichen sowjetischen Versicherungen drei Tage vor dem 13. August 1961, sondern legen logisch nahe, daß der DDR das Feld freigelassen wird zu Maßnahmen im zivilen Verkehr von Gütern und Personen, ohne daß diese Maßnahmen alliierte Rechte, gegebene Garantien verletzen und unterhalb der – ohnehin veralteten – Contingency-Pläne bleiben.

Auf dieser Arbeits-Hypothese lassen sich eine Reihe von DDR-Maßnahmen vorstellen, die uns im Laufe weniger Wochen dazu zwingen könnten, einen Vertrag über den zivilen Verkehr mit der DDR zu schließen. Ich kann nur hoffen, daß man in Ostberlin nicht über die Phantasie des Planungsstabes verfügt. Für eine Reihe denkbarer Maßnahmen gibt es keinerlei Vorsorge, wie ich festgestellt habe.

Inzwischen ist die öffentliche Diskussion über das Für und Wider weitergegangen bis zu der Erklärung der FDP hin, daß sie der Regierung bei einer Revision ihres Beschlusses nicht in den Rücken fallen würde.<sup>3</sup> Die Russen müssen sich sehr sicher fühlen, wenn sie sich zunehmend engagieren, zumal sie glauben, daß die Bundesrepublik eine Kraftprobe erzwingen will (Schwierigkeiten mit China, der ČSSR und im Innern) und wir nicht einmal die Möglichkeit des Wechsels von Gerstenmaier zu Hassel<sup>4</sup> ausgenutzt hätten. Sie sehen sich vor der Notwendigkeit, mindestens mit einem Rückschlag all der vielversprechenden bilateralen Ansätze rechnen zu müssen.

Es kann sein, daß wir für die Bundesversammlung sehr teuer bezahlen.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Hat Bundesminister Brandt am 22. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 13. Februar 1969 vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 192 f.

Für die Übergabe vgl. Dok. 58. Vgl. dazu ferner Dok. 62 und Dok. 86.

<sup>3</sup> Am 20. Februar 1969 erklärte der FDP-Abgeordnete Genscher die Bereitschaft seiner Partei, zusammen mit der Bundesregierung die „endgültige Ortswahl“ für die Bundesversammlung zu „überprüfen“. „Der FDP-Abgeordnete sagte, die Freien Demokraten würden der Regierung nicht in den Rücken fallen, wenn der Bundeskanzler auf Grund neuer Informationen sein Votum für Berlin ändere. Berlin sei für die FDP keine Prestigefrage und kein Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Für die FDP sei allein entscheidend, wie die Lebensfähigkeit Berlins am besten garantiert werden könne.“ Vgl. den Artikel „In Bonn lebt die Diskussion über den Ort der Bundesversammlung neu auf“, SÜddeutsche Zeitung vom 21. Februar 1969, S. 1.

<sup>4</sup> Am 31. Januar 1969 trat der Präsident des Deutschen Bundestages, Gerstenmaier, zurück. Anlaß waren Entschädigungsleistungen, die ihm wegen beruflicher Benachteiligung während der Zeit des Nationalsozialismus gewährt worden waren. Zu seinem Nachfolger wurde am 5. Februar 1969 der bisherige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, von Hassel, gewählt.

Helmut Schmidt teilt diese Auffassung, wollte sich aber nicht mehr für eine Änderung der Entscheidung engagieren, vor allem, weil dies als unloyal Dir gegenüber erscheinen müßte. In einem langen Gespräch mit ihm hat er mich als seelischen Müllabladtplatz benutzt. Dariüber müssen wir sprechen.

Wehner sagte mir, er teile meine Auffassung, befindet sich aber in einer schwierigen Lage, da er immer gegen Berlin gewesen sei. Inzwischen ist die Frage aufgetaucht, ob die Gültigkeit des Wahlaktes angefochten werden kann, weil eine Reihe von Abgeordneten aus medizinischen Gründen nicht fliegen dürfe.<sup>5</sup>

Der Kressbronner Kreis<sup>6</sup> wollte sich heute mittag mit dem Thema noch einmal beschäftigen. Ich kenne noch nicht das Ergebnis. Es besteht Einigkeit, daß die Entscheidung zugunsten Berlins nach dem Besuch Nixons<sup>7</sup> kaum noch revierbar ist.

Wir versuchen, die Franzosen daran zu hindern, Anfang März in Leipzig der DDR SECAM zu verkaufen.<sup>8</sup>

Ansonsten geht hier alles schön durcheinander. Du fehlst sehr.<sup>9</sup>

Viel Erfolg und herzlichen Gruß

[gez.] E.B.

**Willy Brandt-Archiv, Bestand Außenminister**

<sup>5</sup> An der Bundesversammlung am 5. März 1969 konnten 13 Mitglieder wegen Erkrankung nicht teilnehmen.

<sup>6</sup> Der Kressbronner Kreis diente den Koalitionspartnern als inoffizielles Gremium dazu, in kleinem Kreise unter Einbeziehung der Fraktionsvorsitzenden kontroverse Fragen auf informeller Ebene zu besprechen. Für die Teilnehmer vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 357.

<sup>7</sup> Präsident Nixon hielt sich am 26./27. Februar 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 79–81.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>9</sup> Bundesminister Brandt unternahm vom 14. bis 23. Februar 1969 eine Seereise von Neapel nach Halifax (Kanada), um sich von den Folgen einer Erkrankung zu erholen.

**73****Botschafter Lüders, Luxemburg, an das Auswärtige Amt****Z B 6-1-11286/69 geheim****Fernschreiben Nr.35****Cito****Aufgabe: 22. Februar 1969, 10.45 Uhr****Ankunft: 22. Februar 1969, 11.32 Uhr**

Leiter politischer Abteilung Wagner teilte mir gestern abend eingehend im Auftrag seines Ministers Verlauf des Gesprächs Debré-Thorn vom 20.2. mit. Anschließend unterhielt sich Minister Thorn selbst mit mir.

I. Wagner stellte seinem Bericht voraus, Minister Thorn – und mit ihm wohl alle seine Kollegen vom Ministerrat der WEU – sei überzeugt, daß die Krise in der WEU nur auf dem Hintergrund der Affäre Soames<sup>1</sup> und des tiefgehenden Bruchs zwischen Frankreich und England, den sie zur Folge haben werde, gesehen werden müsse. Da das Auswärtige Amt mich über diese Affäre nicht unterrichtet hatte und mir die Meldungen des deutschen Fernsehens nicht zuverlässig genug erschienen, gab mir Wagner zunächst eine eingehende Schilderung der englischen Version des Gesprächs de Gaulle mit Botschafter Soames sowie der Antwort, die Soames eine Woche später namens der englischen Regierung auf dieses fragwürdige Angebot de Gaulles abgegeben hatte.<sup>2</sup>

II. Thorn habe anlässlich seiner Teilnahme an der WEU-Versammlung<sup>3</sup> Debré einen Besuch gemacht, um etwas über die französische Version der genannten Gespräche zu erfahren. Er habe um die Unterredung als Präsident des Ministerrats der WEU gebeten, zu dessen Verantwortung es gehöre, zu sondieren, welche Möglichkeiten zur Beilegung der WEU-Krise beständen. Debré habe ihm aber vorher mitteilen lassen, er werde als luxemburgischer Außenminister, nicht als Präsident des WEU-Ministerrats empfangen.

III. Debré sei sofort nach seinem Eintritt auf die „unglaubliche Affäre Soames“ zu sprechen gekommen. Er habe die englischen Behauptungen kategorisch abgestritten, habe Soames und die englische Regierung einer „mauvaise foi“ bezichtigt, von einer diabolischen Politik Englands gesprochen. Es sei nicht wahr, daß de Gaulle den Gemeinsamen Markt und die bestehenden Europäischen Gemeinschaften beseitigen wolle; natürlich wünsche er eine gewisse Umgestaltung. Die Einstellung Frankreichs zur NATO sei bekannt; de Gaulle würde es begrüßen, wenn auch andere europäische Partner diese Einstellung teilen würden. Das ganze Gespräch mit Soames habe den Zweck gehabt, vertraulich mit der englischen Regierung ins Gespräch zu kommen, um zu sondieren, wie man aus der verfahrenen Situation herauskommen könne; wenn sich hierbei neue Möglichkeiten und Wege gezeigt hätten, hätte de Gaulle sofort seine anderen europäischen Freunde informiert.

<sup>1</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 56.

<sup>2</sup> Zur britischen Darstellung des Gesprächs sowie zur Antwort der britischen Regierung vgl. Dok. 90.

<sup>3</sup> Zur WEU-Ministerratstagung fand am 6./7. Februar 1969 in Luxemburg vgl. Dok. 50.

Thorn habe an dieser Stelle eingeworfen, der General hätte also eine nachträgliche Information, keine vorherige Konsultation für angebracht gehalten. Debré sei ihm die Antwort schuldig geblieben und fortgefahren, die Aktion de Gaulle sei fehlgeschlagen, der General sei wütend (*enragé*), England habe endgültig bei ihm verspielt.

Debré habe ihm zum Beweis seiner Darstellung des Gesprächs de Gaulle-Soames hin und wieder Einblick in das Protokoll gewährt. Thorn habe aber bei Gelegenheit dieser kurzen Einblicke immer nur von Großbritannien, Italien und Deutschland gelesen, die kleineren Partner Europas wären nicht erwähnt worden.

Diesen Teil des Gespräches abschließend, habe Debré geäußert, man müsse sich nun also in Zukunft von dem Gedanken einer Annäherung an England freimachen. Frankreich hoffe hinfällig auf ein enges und freundschaftliches Zusammengehen der Soeurs Latines von Italien bis Belgien und Luxemburg; von der Bundesrepublik und den Niederlanden sei nicht die Rede gewesen.

#### IV. Über die Einstellung Debrés zur WEU-Krise berichte ich gesondert.<sup>4</sup>

V. Herr Minister Thorn trat mir nach dieser Darstellung mit den Worten entgegen: „Wir sind in die Zeiten Mazarins<sup>5</sup> zurückversetzt.“ Es sei ernst und bedauerlich, daß Nixon in diesem Augenblick der europäischen Konfusion nach Europa komme.<sup>6</sup> Er, Thorn, halte es für richtig, daß man nach der französischen Erklärung, die am Montag den Botschaftern der Fünf übermittelt werde<sup>7</sup>, erst einmal Abstand gewinne und sich Klarheit verschaffe, wie man das Gespräch de Gaulle-Soames bewerten müsse und wo das Frankreich de Gaulles heute wirklich stehe, insbesondere in seiner Einstellung zur EWG, zur Bundesrepublik und zu den kleineren Partnern. Er hoffe zuversichtlich, daß die Regierungen der Benelux-Länder, der Bundesrepublik und Italiens sich zunächst hierüber verständigen würden; denn wenn dieser Kern Europas jetzt nicht zusammenhielte, dann seien wir am Ende. Er werde am 3.3. in Brüssel mit seinen beiden Benelux-Kollegen<sup>8</sup> zusammentreffen, hoffe aber auch auf eine Ausspra-

<sup>4</sup> Am 22. Februar 1969 berichtete Botschafter Lüders, Luxemburg, der französische Außenminister Debré habe im Gespräch mit seinem luxemburgischen Amtskollegen Thorn folgende Forderungen im Zusammenhang mit der WEU-Krise gestellt: „1) Rückkehr zum Status quo ante, d.h. 2) Einstimmigkeit aller sieben Partner für die Einberufung aller Arten von Sitzungen. 3) Einstimmigkeit für die Tagesordnung; auch für Konsultationen in der WEU bedürfe es der Einstimmigkeit. [...] Frankreich würde keine Konsultation der anderen, wenn der französische Vertreter nicht auch aktiv mitwirke. 4) Absetzung des Generalsekretärs, der rechtswidrig gehandelt habe. 5) Frankreich werde erst in den Ministerrat zurückkehren, wenn es eine formelle Garantie der anderen Sechs zu den Punkten 2 und 3 erhalten.“ Trotz dieser kategorischen Forderungen habe Thorn den Eindruck gewonnen, daß Debré kompromißbereit sei, dabei jedoch durch die starre Haltung des französischen Staatspräsidenten gehindert werde: „*De Gaulle locuta, causa finita.*“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; VS-Bd. 2686 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>5</sup> Jules Kardinal Mazarin leitete den französischen Ministerrat unter Ludwig XIII. und Ludwig XIV. von 1642 bis 1661.

<sup>6</sup> Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des französischen Außenministers Debré mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten in Paris am 24. Februar 1969 vgl. Dok. 77.

<sup>8</sup> Pierre Harmel (Belgien) und Joseph Luns (Niederlande).

che mit Minister Brandt.<sup>9</sup> Die WEU-Krise sei jetzt zweitrangig. Vor allem bezieht er nach seinem Gespräch mit Debré, daß Frankreich sich an der WEU-Ministerratssitzung vom 5. März beteiligen werde; von einer Sitzung der Ständigen Vertreter am 26.2. versprach sich Thorn nichts.<sup>10</sup>

[gez.] Lüders

**VS-Bd. 2755 (I A 5)**

## 74

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

**geheim**

**22. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 22. Februar 1969 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, an der deutscherseits Herr Staatssekretär Duckwitz und sowjetischerseits der Zweite Botschaftssekretär Terechow teilnahmen.

Einleitend fragte der Herr *Bundeskanzler* den Botschafter, was er ihm denn mitzuteilen habe.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er habe noch keine Instruktionen aus Moskau, doch rechne er eventuell schon bis Montag<sup>2</sup> mit Instruktionen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe folgende Nachricht erhalten: Herr Ulbricht habe im Namen der SED einen Brief an den SPD-Vorsitzenden Brandt gerichtet.<sup>3</sup> Da Herr Brandt verreist sei<sup>4</sup>, sei dieser Brief von dessen Stellvertreter, Herrn Wehner, in Empfang genommen worden.

<sup>9</sup> Der luxemburgische Außenminister Thorn hielt sich am 24. März 1969 in Bonn auf. Bundesminister Brandt äußerte in den Gesprächen, daß es für „französische Vorstellungen von einem ‚Direktorium‘ der größeren Staaten“ keinen Anhaltspunkt gebe. Die Bundesregierung wünsche keine Lösung der Frage des inneren Ausbaus der Europäischen Gemeinschaften, die auf Kosten der kleineren Staaten gehe. Vgl. den Runderlaß Nr. 1356 des Ministerialdirektors Frank vom 25. März 1969; VS-Bd. 2711 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>10</sup> Zum Vorschlag des Staatssekretärs Duckwitz, die nächste Tagung des Ständigen WEU-Rats vom 26. Februar auf den 5. März 1969 zu verschieben, vgl. Dok. 70, besonders Anm. 7 und 11.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

<sup>2</sup> 24. Februar 1969.

<sup>3</sup> Am 21. Februar 1969 richtete der Erste Sekretär des ZK der SED ein Schreiben an Bundesminister Brandt in dessen Eigenschaft als Vorsitzender der SPD. Er erklärte die Bereitschaft der DDR, im Austausch für eine Verlegung der geplanten Bundesversammlung den Bewohnern von Berlin (West) während der Osterfeiertage 1969 die Möglichkeit von Besuchen in Ost-Berlin einzuräumen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 193 f.

<sup>4</sup> Bundesminister Brandt unternahm vom 14. bis 23. Februar 1969 eine Seereise von Neapel nach Halifax (Kanada), um sich von den Folgen einer Erkrankung zu erholen.

Anmerkung des Dolmetschers: Anschließend wurde der Ulbricht-Brief dem Botschafter übersetzt.

Herr Wehner habe ihn – den Bundeskanzler – noch gestern vom Inhalt dieses Schreibens informiert. Dies sei der Grund, weshalb er gestern dem Botschafter einen Brief gesandt habe. Durch diesen Ulbricht-Brief sei eine neue Sachlage entstanden. Der Vorgang habe ihn befremdet, und er wisse nicht, was er davon halten solle. Ihm sei nicht klar, ob dies eine Reaktion auf die Fühlungsnahmen der letzten Tage<sup>5</sup> sei oder nicht. Sollte es eine Reaktion sein, dann müsse er diese als recht seltsam bezeichnen.

Für ihn als Bundeskanzler sei nun eine neuer Sachverhalt gegeben. Die SPD habe ihn loyalerweise umgehend von dem Ulbricht-Brief in Kenntnis gesetzt, da man sich einig sei, in dieser Angelegenheit gemeinsam zu handeln.

Der *Botschafter* antwortete, er könne sich zu dieser Frage mangels Instruktionen nicht äußern, werde aber umgehend seiner Regierung Bericht erstatten.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, er habe bei den ganzen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion das Gefühl gehabt, daß sich dabei für beide Regierungen eine Gelegenheit bieten werde, um die Entschlossenheit zu bekunden, zur Entspannung und zur Festigung des Friedens beizutragen. Für die Bundesregierung sei es unter den gegebenen Umständen unmöglich, vor politischem Druck zurückzuweichen. Er hoffe, daß man in Moskau die Stimmung der Bevölkerung in der Bundesrepublik richtig einschätze.

Die Einberufung der Bundesversammlung nach Westberlin sei für die Bundesrepublik weder eine Prestigefrage, noch beabsichtige man hierdurch das Verhältnis zur Sowjetunion zu belasten. Wie sich die Dinge nun einmal entwickelt hätten, sehe er nur die folgenden beiden Möglichkeiten. Entweder es bleibe bei dem Beschuß, die Bundesversammlung nach Westberlin einzuberufen, oder aber beide Regierungen müßten im Geben und Nehmen einen überzeugenden Beitrag leisten, um ihren Entspannungswillen zu bekunden.

Ein solcher Beitrag der sowjetischen Seite könnte zum Beispiel in einer Vermittlung bestehen, um die für die Berliner Bevölkerung so dringend notwendige Regelung bezüglich des Zugangs zwischen Westberlin und Ostberlin herbeizuführen. Und dies nicht nur für einen kurzen Zeitraum, sondern für längere Zeit.

Der Bundeskanzler fuhr fort, er habe sich verpflichtet gefühlt, diesen Versuch zu machen und diese Anregung dem Botschafter zu unterbreiten. Es geschehe gewiß nicht aus Ängstlichkeit, zumal sich die Bundesregierung in der strittigen Frage mit ihren Verbündeten einig wisse. Es geschehe vielmehr, um einen Beitrag für die Festigung des Friedens zu leisten, und um einen Ausgangspunkt für eine Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses zu schaffen. Es biete

<sup>5</sup> Am 22. März 1969 berichtete die Presse, daß der Journalist Meissner als Mittelsmann zwischen der sowjetischen Botschaft und Bundeskanzler Kiesinger aufgetreten sei. Meissner habe am 19. Februar 1969 der Botschaft eine schriftliche Versicherung der Bundesregierung übermittelt, wonach diese zu einer Verlegung der Bundesversammlung bereit sei, falls die UdSSR zu „einer baldigen und dauerhaften Regelung der Passierscheinfrage in Berlin“ beitragen werde. Vgl. den Artikel „Ein Mittelsmann brachte Zarapkin eine Notiz“, DIE WELT, S. 5. Vgl. dazu auch den Artikel „Ein Herr Meier“, DER SPIEGEL, Nr. 13 vom 24. März 1969, S. 29f.

sich in der gegenwärtigen Situation somit die Gelegenheit, gewissermaßen aus der Not eine Tugend zu machen.

Ursprünglich habe er vorgehabt, dem Botschafter lediglich ein Aide-mémoire als Antwort auf die jüngste sowjetische Erklärung zu übergeben.<sup>6</sup> Da eine Übersetzung angefertigt worden sei, wolle er sich die Verlesung in deutscher Sprache sparen. Obzwar aus diesem Aide-mémoire hervorgehe, daß die Bundesregierung ihren Standpunkt nicht geändert habe und auf ihrem Beschuß beharre, sei zugleich aus dem Dokument der gute Wille der Bundesregierung zu entnehmen, unnötige Belastungen des Verhältnisses zur Sowjetunion zu vermeiden.

Er bitte den Botschafter, der sowjetischen Regierung gemeinsam mit diesem Aide-mémoire auch die erläuternden Bemerkungen zu übermitteln, die er soeben gemacht habe.

Der von ihm heute unterbreitete Vorschlag, oder besser gesagt, diese Anregung, stelle eine persönliche Anregung dar. Aus Zeitmangel habe er keine Gelegenheit gehabt, diese Anregung mit dem gesamten Kabinett zu besprechen, sondern sie lediglich mit einigen Kabinettskollegen und – wegen der Abwesenheit des Bundesaußenministers – mit Staatssekretär Duckwitz durchgesprochen. Er habe jedoch keinen Zweifel, daß die übrigen Kabinettskollegen ihm in dieser Angelegenheit zustimmen und ihn darin unterstützen werden. Voraussetzung hierbei sei natürlich, daß die sowjetische Regierung ihre Bereitschaft bekunden werde, auf diese Anregung einzugehen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er begreife durchaus, daß der Botschafter jetzt nicht in der Lage sei, zu dieser neuen Sachlage, die durch den Ulbricht-Brief entstanden sei, Stellung zu nehmen. Sollte dieser Brief eine Antwort bzw. eine Reaktion auf die in der letzten Zeit erfolgten Kontakte darstellen, so müßte er dies als befremdlich und bedauerlich bezeichnen.

Botschafter *Zarapkin* wiederholte, daß er sich leider mangels Instruktionen nicht äußern könne, seine Regierung jedoch über die neue Sachlage umgehend unterrichten werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er wolle dieses Gespräch nicht beenden, ohne – unabhängig von der Frage der Bundesversammlung – noch kurz an das Gespräch anzuknüpfen, welches er vor einiger Zeit mit dem Botschafter geführt habe.<sup>7</sup> Wolle man in den strittigen Fragen vorankommen, so sei es seiner Ansicht nach das Beste, auf praktische und pragmatische Art voranzugehen, ohne sich gegenseitig zuviel zuzumuten. Man müsse bestrebt sein, jeweils Verständnis für die Situation des Gesprächspartners aufzubringen. Ein pragmatisches Vorgehen würde es gestatten, in manchen Fragen auch ohne formelle Abreden voranzukommen. In dem damaligen Gespräch habe er dem Botschafter gegenüber einige Beispiele angeführt, wie man die Berlin-Frage entlasten könnte. Das, was er heute angeregt habe, sei ebenfalls ein Beispiel in diesem Bestreben.

Er sei sich zwar darüber im klaren, daß der Botschafter erst Instruktionen seiner Regierung abwarten müsse, doch hoffe er, daß es auf praktische Weise bei

<sup>6</sup> Zur sowjetischen Erklärung vom 13. Februar 1969 über die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin (West) sowie zu dem Aide-mémoire der Bundesregierung vgl. Dok. 62.

<sup>7</sup> Für das Gespräch vom 13. Februar 1969 vgl. Dok. 58.

gegenseitiger Rücksichtnahme gelingen werde, in den umstrittenen Fragen voranzukommen.

Was das Vorgehen Ulbrichts anbelange, fuhr der Bundeskanzler fort, so könne er dazu nur folgendes sagen: Der Botschafter kenne die Lage in der Bundesrepublik Deutschland genau. Es werde ihm daher sicherlich klar sein, daß Ulbricht, wenn es seine Absicht gewesen sei, eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in der umstrittenen Frage zu verhindern, so vorgehen mußte, wie er es getan habe.

Anschließend sagte der Herr Bundeskanzler, er beabsichtige, heute noch nach Tübingen zu reisen, sei dort jedoch für den Botschafter stets erreichbar, falls dieser über das Wochenende Instruktionen seiner Regierung erhalten sollte.<sup>8</sup>

Botschafter *Zarapkin* antwortete, eine positive Entscheidung der Bundesregierung in der umstrittenen Frage des Orts der Präsidentenwahl würde sich zweifellos günstig auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland auswirken. Das jüngste Vorgehen der DDR wolle er jetzt nicht beurteilen, doch könne er der vom Bundeskanzler soeben vorgetragenen Beurteilung dieses Vorgehens natürlich nicht zustimmen. Im Augenblick sei es das Wichtigste, nach Wegen zu suchen, um in der umstrittenen Frage zu einer vernünftigen Lösung zu gelangen. Sollte die Bundesregierung dabei guten Willen bekunden, so werde sie bei der sowjetischen Regierung ganz gewiß Verständnis finden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es sei unerlässlich, bei der entstandenen Lage klar und offen miteinander zu reden. Die Bundesregierung sei durchaus bereit, guten Willen zu zeigen, wenn auch die sowjetische Regierung von diesem Bestreben beseelt und bereit sei, gemeinsam mit der Bundesregierung die Brücke der Verständigung zu betreten. Sollte dies der Fall sein, so hoffe er, daß es doch noch möglich sein werde, in der umstrittenen Frage eine Regelung zu finden, mit der sich beide Regierungen einverstanden erklären könnten. Er wolle ausdrücklich bekräftigen, daß der heute von ihm dargelegten Anregung einzig und allein das Motiv zugrunde liege, jetzt und in Zukunft zur Entspannung beizutragen. Er hoffe sehr, daß dies sowjetischerseits nicht als Zeichen der Schwäche und als Zurückweichen vor politischem Druck gewertet werde. Eine solche Auslegung würde die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht verstehen und die Autorität der Bundesregierung in den Augen der Bevölkerung zerstören. Aus diesem Grunde sei – wollte man zu einer vernünftigen Regelung kommen – eine überzeugende Mitwirkung seitens der Sowjetunion unerlässlich.

Botschafter *Zarapkin* erwiederte, er werde selbstverständlich seiner Regierung umgehend und ausführlich über das heutige Gespräch berichten und wolle jetzt nur noch kurz folgendes bemerken: Der Herr Bundeskanzler habe ausgeführt, die Bundesregierung sei voll des guten Willens und bereit, einen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Dies sei sehr begrüßenswert. Wichtig sei jedoch, daß auf so erfreuliche Worte auch entsprechende Taten folgten. Sollten derartige Taten erfolgen, dann könne die Bundesregierung auf volles Verständnis der sowjetischen Regierung rechnen.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 23. Februar 1969 in Stuttgart vgl. Dok. 75.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte abschließend, das sei schon richtig, aber Taten von beiden Seiten.

Der *Botschafter* antwortete, er habe den Eindruck, daß sowjetischerseits doch bereits einiges geschehen sei.

Das in einer ruhigen und sachlichen Atmosphäre geführte Gespräch dauerte von 15.00 Uhr bis 15.40 Uhr.

**VS-Bd. 4395 (II A 1)**

## 75

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin in Stuttgart**

**Z A 5-19.A/69 geheim**

**23. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 23. Februar 1969 in Stuttgart den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter dringend nachgesucht hatte. An der Unterredung nahmen deutscherseits die Staatssekretäre Duckwitz und Diehl sowie MDg Neusel und sowjetischerseits der Zweite Botschaftssekretär Terechow teil.

Botschafter Zarapkin sagte einleitend, er habe im Anschluß an das Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vom 22. Februar<sup>2</sup> aus Moskau Instruktionen erhalten, die er nun vortragen wolle.

Anm. des Dolmetschers: Es folgte nun die Verlesung einer Mitteilung in russischer und deutscher Sprache folgenden Inhalts:

„Die sowjetische Seite möchte bestätigen, daß die Verlegung der Präsidentenwahl aus Westberlin in eine Stadt der BRD – sofern eine derartige Entscheidung getroffen würde – zweifellos zur Entschärfung der entstandenen Spannung beitragen und eine positive Bedeutung haben würde. Die Verlegung könnte sich auch günstig auf den Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Fragen auswirken; ein Meinungsaustausch, für dessen Durchführung die Bundesregierung im Hinblick auf die Suche nach Wegen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik ein entsprechendes Interesse bekundet hat.“

Was die Frage der Passierscheine anbelangt, so wird gegenwärtig, soweit wir unterrichtet sind, zwischen den für diese Sache zuständigen Stellen – dem Westberliner Senat und den Behörden der DDR – ein entsprechender Kontakt aufgenommen.“

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 25. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 74.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Botschafter für die übermittelte Mitteilung, die er mit Interesse zur Kenntnis nehme. Den Wortlaut derselben verstehe er so, daß die Verhandlungen zwischen den Westberliner und den Ostberliner Stellen über die Passierscheine schon im Gange seien. Ihm sei hierbei nicht ganz klar, ob mit dieser Andeutung etwa der Ulbricht-Brief<sup>3</sup> gemeint sei. Erst gestern sei nämlich der Berliner Regierende Bürgermeister zu einem Gespräch bei ihm gewesen und habe ihm auf Befragen versichert, daß er von Verhandlungen, die bereits angelaufen seien, nichts wisse.<sup>4</sup>

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er verfüge außer der soeben verlesenen Mitteilung über keine weiteren Informationen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man müsse nun klar miteinander sprechen. Er entnehme aus der Mitteilung die Absicht der sowjetischen Regierung, das strittige Berlin-Problem möglicherweise in dem gleichen Geist zu behandeln wie die Bundesregierung. Dies gelte sowohl für den grundsätzlichen Aspekt als auch für den aktuellen Streitfall. Wenn man zu einer befriedigenden Lösung kommen wolle, sei ein überzeugender Beitrag der Sowjetunion erforderlich. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die Bundesregierung vor politischem Druck zurückweiche.

Das Angebot einer Passierscheinregelung nur für die Osterfeiertage sei unzureichend. Eine solche Regelung müßte sich jedenfalls auf einen längeren Zeitraum beziehen. Er sei sich darüber im klaren, daß diese Frage nicht zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung zu entscheiden sei, sondern daß dies in die Zuständigkeit der Westberliner und der Ostberliner Behörden falle. Dessen ungeachtet könne man jedoch heute in diesem Kreise darüber sprechen.

Wenn er eine Entscheidung zu treffen habe, so müsse er genau wissen, was Ostberlin anbiete, um zu einer Verständigung zu gelangen. Er wolle nochmals an das gestrige Gespräch anknüpfen und feststellen, daß jetzt vielleicht ein Augenblick in der Geschichte der Beziehungen unserer beiden Völker gekommen sei, um nicht nur einen aktuellen Streitfall zu bereinigen, sondern um eine Entwicklung einzuleiten, die auf eine allgemeine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hoffen ließe. Er würde es daher sehr bedauern, wenn die Verhandlungen über eine größere Freizügigkeit zwischen den

3 Zum Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED vom 21. Februar 1969 an Bundesminister Brandt vgl. Dok. 74, Anm. 3.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse van Well vermerkte am 24. Februar 1969, daß Bundeskanzler Kiesinger gegenüber dem Regierenden Bürgermeister von Berlin am Vortag den Wunsch geäußert habe, „der Senat möge zu ermitteln versuchen, ob die andere Seite bereit sei, über ein längerfristiges Passierscheinabkommen zu verhandeln. Ulbrichts Angebot von Passierscheinen für Ostern sei nicht ausreichend. Die Regelung müsse mindestens für ein Jahr gelten.“ Der Senat von Berlin habe daraufhin Schütz beauftragt festzustellen, „ob die andere Seite bereit ist, die Freizügigkeit in Berlin zu erweitern und den Berlinern zu helfen. [...] Bis Ende dieser Woche soll festgestellt werden, ob überhaupt ein Übereinkommen und, falls ja, mit welchem Kern zu erreichen ist. Alsdann soll der Senat an die Bundesregierung herantreten wegen einer etwaigen Verlegung der Bundesversammlung.“ Dies bedeute, „daß die Entscheidung, ob die Bundesversammlung in Berlin stattfinden soll oder nicht, dem Senat und seinen Möglichkeiten, aus Ostberlin eine Konzession herauszuholen, überlassen worden ist“. Bundesminister Brandt „habe dem Regierenden Bürgermeister telefonisch gesagt, er sei für eine Absage der Bundesversammlung, wenn eine längerfristige Passierscheinregelung zustande komme“. VS-Bd. 4395 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

beiden Teilen Berlins von der Ostberliner Seite ohne eine angemessene Großzügigkeit geführt würden.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, der Herr Bundeskanzler habe gestern gesagt, er hoffe, daß die Sowjetunion auf seine Initiative positiv reagieren werde. Er, der Botschafter, glaube, daß die sowjetische jüngste Reaktion ein positives Echo auf die Initiative des Bundeskanzlers darstelle.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu und sagte, er halte die sowjetische Reaktion für ermutigend. Ein soeben mit Herrn Schütz in Berlin geführtes Telefonat habe aber ergeben, daß bisher noch keine Verhandlungen zwischen den zuständigen Berliner Stellen aufgenommen worden seien. Dies bestätige seine Vermutung, daß es sich bei dem, was der Botschafter angesprochen habe, wohl doch um den Ulbricht-Brief handele. Er hoffe allerdings, sich zu täuschen. Klar sei jedoch, daß nach der gerade erfolgten Auskunft von Schütz die Verhandlungen noch nicht begonnen hätten.

Botschafter *Zarapkin* verwies in seiner Antwort auf das soeben überreichte Dokument, worin es heiße, daß „... gegenwärtig, soweit wir unterrichtet sind, zwischen den für diese Sache zuständigen Stellen – dem Westberliner Senat und den Behörden der DDR – ein entsprechender Kontakt aufgenommen wird“. Mehr könne er im Augenblick dazu nicht sagen.

Staatssekretär *Duckwitz* warf an dieser Stelle ein, es müsse sich hierbei gewiß um andere Kontakte handeln, da ja Bundesaußenminister *Brandt* kein Vertreter des Westberliner Senats sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bekräftigte diesen Gedanken und sagte, er hoffe, daß es bald zu entsprechenden Kontakten kommen werde.

Auf die Frage Botschafter *Zarapkins*, was er denn nun seiner Regierung melden solle, antwortete der Herr *Bundeskanzler*, er halte die heute empfangene Botschaft für ermutigend und sehe mit Interesse den geplanten Gesprächen zwischen den Ostberliner und Westberliner Stellen über die Freizügigkeit in Berlin entgegen. Er wolle nochmals betonen, daß es sich bei dem Entgegenkommen der anderen Seite um einen überzeugenden Beitrag handeln müsse und daß eine Passierscheinregelung nur für Ostern von ihm als unbefriedigend betrachtet werde.

Sollte jedoch ein großzügiges Angebot erfolgen, so bleibe er bei dem, was er gestern in Aussicht gestellt habe. Auf die Zwischenfrage des Botschafters, was er denn konkret damit meine, antwortete der *Bundeskanzler* folgendes: Er habe gestern ausgeführt, daß er sich im Falle eines großzügigen Beitrags der anderen Seite – wobei die Sowjetunion als Vermittler auftreten würde – im Interesse der Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik für die Verlegung der Wahl an einen anderen Ort einsetzen würde. Er sei überzeugt, daß die Bundesregierung und der *Bundestagspräsident*<sup>5</sup> ihn dabei unterstützen würden. Selbstverständlich müsse er bei einer derartigen Entscheidung seinerseits mit Unzufriedenheit und Kritik rechnen, doch sei er bereit, dies auf sich zu nehmen.

<sup>5</sup> Kai-Uwe von Hassel.

Botschafter *Zarapkin* sagte, der sowjetische Standpunkt zu der geplanten Präsidentenwahl in Westberlin sei zur Genüge bekannt. Zwecks Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und um eine gute Atmosphäre für eine Verbesserung des Verhältnisses zu schaffen, sei es unerlässlich, diesen Streitpunkt, der ein Hindernis für die Normalisierung der Beziehungen darstelle, aus der Welt zu schaffen. Die Ausführungen des Bundeskanzlers ließen darauf schließen, daß er ein Junktum zwischen den beiden in Rede stehenden Fragen herstellen wolle. Der Bundeskanzler wolle anscheinend erst einmal sehen, was bei den Kontakten herauskomme, und dann seine Entscheidung treffen.

Der *Bundeskanzler* erwiederte, er erwarte keine Vorleistung von der anderen Seite, doch dürfe man auch von ihm keine Vorleistung erwarten. Man müsse in realistischer Weise versuchen, zu einer Regelung zu kommen. Er müsse sicher sein, daß, im Falle der Verlegung der Präsidentenwahl in eine andere Stadt, die andere Seite einen überzeugenden Beitrag – eine bessere Formulierung falle ihm im Augenblick nicht ein – leisten werde. Im Augenblick könne er nichts anderes sagen, sonst würde ihn die deutsche Öffentlichkeit nicht verstehen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, für die deutsche Öffentlichkeit werde es in höchstem Maße interessant und erfreulich sein, den wesentlichen Inhalt der heute überbrachten Mitteilung zu erfahren. Anschließend zitierte er wiederum einige Formulierungen aus dieser Mitteilung. Das Entscheidende sei jedoch bei der ganzen Angelegenheit nicht die Passierscheinfrage, sondern die sich eröffnende Aussicht auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf breiter Basis. Darauf werde im ersten Teil der vorliegenden Mitteilung doch deutlich angespielt. Er glaube, daß der Bundeskanzler ihm bei dieser Feststellung zustimmen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er bezweifle nicht die in den Formulierungen der Mitteilung enthaltenen aufrichtigen Absichten. Es sei sein eigener Wunsch, in diesem Sinne zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu kommen. Dieses Ziel könne jedoch nicht durch ein einseitiges Nachgeben erreicht werden. Wenn die Bundesregierung unter der Voraussetzung eines überzeugenden Entgegenkommens der anderen Seite die Präsidentenwahl so kurz vor dem angesetzten Termin an einen anderen Ort verlegen würde, so wäre dies ein äußerst wichtiger politischer Entschluß. Dies habe nichts mit der Rechtsauffassung der Bundesregierung zu tun und würde sie auch nicht ändern. Sollte er sich zu diesem Schritt entschließen, so täte er dies zwecks Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen. Solange jedoch lediglich die Ankündigung eines eventuellen Entgegenkommens der anderen Seite vorliege, könne die Bundesregierung eine solche Entscheidung nicht treffen. Es bedürfe eines deutlichen Beweises für die Bereitschaft der anderen Seite, einen positiven Beitrag zu leisten. Er denke hierbei an eine großzügige Freizügigkeit innerhalb Berlins oder auch an andere Berlin betreffende Fragen. Selbstverständlich sei das wichtigste Ziel bei den nun angelaufenen Gesprächen zwischen den Regierungen, zu guten Beziehungen auch für die Zukunft zu gelangen. Insofern stimme er dem Botschafter zu. Die aktuelle Streitfrage lasse sich jedoch nur durch ein gegenseitiges Entgegenkommen lösen.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, der Inhalt der heutigen Mitteilung und der Hinweis auf Kontakte zwischen dem Westberliner Senat und DDR-Behörden sei doch eigentlich schon eine Antwort auf die Frage des Bundeskanzlers, wegen der Freizügigkeit in Berlin. Die sowjetische Regierung glaube, daß eine Passierscheinregelung, wie sie jetzt für die Osterfeiertage vorgeschlagen sei, doch einen guten Anfang darstelle. Später ließe sich dann vielleicht eine Regelung auf breiterer Basis finden. Doch seien in dieser Frage schließlich nicht die sowjetische Regierung und die Bundesregierung kompetent. Mehr könne er im Augenblick nicht dazu sagen.

Der *Bundeskanzler* antwortete, da nun schon mehrfach ein Name gefallen sei, wolle er feststellen, daß dieser Herr nicht sein Bevollmächtigter sei.<sup>6</sup> Bei offiziellen Verhandlungen würde er, der Bundeskanzler, natürlich das Auswärtige Amt eingeschaltet haben. Man habe ihm von Kontakten mit einem Mitglied der sowjetischen Botschaft erzählt und ihn nach seiner Meinung zu diesem Problem gefragt. Er habe daraufhin einige Ideen dargelegt und betont, daß man nur auf einer soliden Basis zu einer Übereinkunft kommen könne. Die erwähnten Gespräche seien also in eigener Verantwortung geführt worden; er, der Bundeskanzler, sei lediglich informiert worden. Er habe diese Information natürlich interessiert zur Kenntnis genommen.

Somit sei also erst gestern durch das Gespräch mit dem Botschafter der erste offizielle Kontakt erfolgt, und er bitte dieses gestrige Gespräch als den Ausgangspunkt der Diskussion zu betrachten. Er hoffe, daß es bald zu Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen kommen und daß das Ostberliner Angebot überzeugend sein werde. Davon hänge alles ab.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, man könnte auch von der anderen Seite an die Sache herangehen; also erst beschließen, den Ort der Präsidentenwahl zu ändern, und dann weitersehen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, man müsse praktisch an die Dinge herangehen, in realistischer Weise, ohne ein direktes Nachgeben der anderen Seite zu fordern. Über den Modus der Publikation einer eventuellen Übereinkunft könne man später reden. Er strebe eine für beide Seiten befriedigende Lösung an. Hier biete sich doch die Gelegenheit, der Welt zu beweisen, daß zwei Länder, sofern sie von gutem Willen beseelt sind, in der Lage seien, in einer strittigen Frage eine vernünftige Regelung zu finden.

Botschafter *Zarapkin* meinte, es wäre natürlich gut, wenn dies gelänge, doch müsse man aufpassen und vermeiden, daß man in dieser Angelegenheit in einen Circulus vitiosus gerate. Daher wäre es gut, wenn er seiner Regierung als Ergebnis der beiden Gespräche mit dem Bundeskanzler etwas Konkreteres melden könnte, als das, was er bisher vom Bundeskanzler gehört habe. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß dies doch konkret genug gewesen sei, fragte der Botschafter, ob der Bundeskanzler ihm zusagen könne, daß die Präsidentenwahl aus Westberlin verlegt werde. Der Bundeskanzler möge doch nicht vergessen, daß das Aide-mémoire, welches er ihm gestern übergeben habe und worin

<sup>6</sup> Zu den Sondierungen des Journalisten Meissner in der Frage der Verlegung der Bundesversammlung an einen anderen Ort vgl. Dok. 74, Anm. 5.

die Bundesregierung im Grundsätzlichen auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre, noch im politischen Raum stehe.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er würde bei einem überzeugenden Entgegenkommen bezüglich Berlins bereit sein, eine solche Erklärung abzugeben. Unter einem solchen Entgegenkommen verstehe er z.B. eine großzügige Regelung der Freizügigkeit in dieser Stadt, und zwar langfristig. Er würde einer entsprechenden Erklärung der sowjetischen Regierung Glauben schenken und erinnere sich noch recht gut daran, daß im Jahre 1955 bei den Verhandlungen in Moskau über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Freigabe der Kriegsgefangenen auf der Basis eines Ehrenworts erfolgt sei.<sup>7</sup> Die Sowjetunion habe damals ihr Wort gehalten, und er glaube, daß auch in dem vorliegenden Fall die UdSSR ihr Wort halten würde. Man habe es aber jetzt nicht nur mit der Sowjetunion, sondern auch mit der DDR zu tun. Doch sehe er darin mehr eine praktische Schwierigkeit und sei überzeugt, daß sich ein Weg finden lassen werde, um auch diese Schwierigkeit zu überwinden. Sollte die Bundesregierung den Eindruck gewinnen, daß Ostberlin auf sowjetischen Rat zu einer überzeugenden Gegenleistung bereit sei, so wäre er seinerseits bereit, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Ein solider Beitrag der anderen Seite sei unerlässlich, und er meine, daß es für Ostberlin nicht so schwer sein dürfte, einer befriedigenden Regelung zuzustimmen. Eine solche Regelung wäre auch gut für die Verbesserung der Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands, was die Bundesregierung ja anstrebe.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, aus den letzten Ausführungen des Bundeskanzlers ergebe sich ein neues Bild, und man beginne sich vom Ausgangspunkt und vom eigentlichen Gegenstand des Gesprächs zu entfernen. Der Bundeskanzler spreche nunmehr nicht von Passierscheinen für die Osterfeiertage, sondern von Freizügigkeit in Berlin überhaupt.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte, daß er von Freizügigkeit gesprochen habe, mit Passierscheinen oder auch ohne, und daß er bei diesem Fragenkomplex auch an andere geeignete Maßnahmen gedacht habe, um das Leben der Berliner Bevölkerung zu erleichtern.

Der *Botschafter* erwiederte, der Bundeskanzler rücke mit seinen Ausführungen die Dinge in eine andere Ebene. Der Verkehr zwischen Ostberlin und Westberlin sei doch eine Sache, die in die Kompetenz des Westberliner Senats bzw. der DDR falle. Dagegen sei die Präsidentenwahl eine Angelegenheit, die von Bonn beschlossen worden sei, obgleich der sowjetische Standpunkt, wonach Westberlin als Wahlort kategorisch abgelehnt werde, bekannt sei. Die Sowjetunion halte den Beschuß der Bundesregierung für widerrechtlich. Er, der Botschafter, sehe keinen Grund, zwischen den beiden heute und gestern besprochenen Fragen, nämlich der Präsidentenwahl und der Freizügigkeit in Berlin, ein Junktim herzustellen.

Botschafter Zarapkin fuhr fort, der Bundeskanzler erwarte nach seinen Ausführungen für die Verlegung der Wahl an einen anderen Ort die Zahlung eines Preises, z. B. die Gewährleistung der Freizügigkeit zwischen Westberlin und Ost-

<sup>7</sup> Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen II, S. 544–552.

berlin für einen längeren Zeitraum. Er halte es nicht für richtig, auf diese Art die Dinge zu behandeln.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er beabsichtige nicht, ein Junktim zwischen den beiden Fragen herzustellen, sondern er wünsche, zu einem praktischen, beide Seiten befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Die Sowjetunion bzw. die Bundesrepublik hätten bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen als Vermittler aufzutreten; die Sowjetunion gegenüber der DDR und die Bundesrepublik gegenüber dem Westberliner Senat. Er fordere keineswegs die Herstellung eines Junktims. Sollte bei den Verhandlungen eine Regelung zustande kommen, durch die das Leben der Westberliner erleichtert werde, so würde dies ohne Frage der Bundesregierung helfen, einen entsprechenden Beschuß zu fassen. Ein solcher Beschuß würde nicht bedeuten, daß die Bundesregierung ihren Rechtsstandpunkt aufgebe, der übrigens auch von ihren Verbündeten geteilt werde. Wenn man jedoch beabsichtige, mit anderen Völkern in Frieden zu leben, so dürfe man keine starre Haltung einnehmen, sondern müsse bestrebt sein, nach praktischen Lösungen zu suchen. Über den Modus der Publikation könne man sich, wie schon gesagt, später einigen.

Angesichts des nun schon so nahegerückten Termins der Präsidentenwahl könne er sich aber nur bei einem überzeugenden Angebot der Gegenseite – unter Einschaltung der Sowjetunion als Vermittler – für eine Verlegung des Wahlorts einsetzen. Diese Überlegung sei nicht als ein Junktim aufzufassen, sondern lediglich ein Vorschlag zur Erleichterung der Situation.

Auf die Frage des *Botschafters*, wie denn der Bundeskanzler das heutige Gespräch resümieren würde, antwortete der *Bundeskanzler*, er betrachte die ihm heute übermittelte Botschaft als ermutigend. Sie richte sich auf das Ziel, welches auch die Bundesregierung anstrebe und worüber er gestern, zusätzlich zum Aide-mémoire, entsprechende Erläuterungen gemacht habe. Auch den in der Botschaft enthaltenen Hinweis auf Passierscheinverhandlungen werte er als einen ermutigenden Hinweis.

Der Bundeskanzler fuhr fort, man müsse nun abwarten, was sich bei den in Aussicht gestellten Verhandlungen abzeichnen werde. Sollten sich solide Ergebnisse und vernünftige Lösungen ankündigen, dann wäre eine neue Phase im deutsch-sowjetischen Gespräch erreicht. Er wolle nochmals unterstreichen, daß er kein Junktim anstrebe. Da man unter Zeitdruck stehe, wäre es wünschenswert, daß es recht bald zu einer Verbindungsauftnahme zwischen den Westberliner und Ostberliner Stellen käme.<sup>8</sup> Eine Veröffentlichung des Ergebnisses solcher Gespräche sei nicht nötig.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort und sagte, er hoffe sehr, daß es gelingen werde, auf dem eingeschlagenen Wege voranzukommen und zu einer beiderseits annehmbaren Übereinkunft zu kommen. In diesem Zusammenhang bedaure er das Erscheinen des Ulbricht-Briefs. Sollte der Botschafter aus Moskau etwas Neues in bezug auf Berlin erfahren, so würde man wieder Verbindung miteinander aufnehmen. Es sei sein aufrichtiger Wunsch und seine Hoffnung, in der strittigen Frage ein für beide Länder befriedigendes Resultat zu erzielen.

<sup>8</sup> Vgl. dazu weiter Dok. 82.

Mit der Bemerkung des *Botschafters*, daß er stets dem Bundeskanzler für Gespräche zu Verfügung stehe, endete der offizielle Teil des Gesprächs, das von kurz nach 16.00 Uhr bis etwa 17.30 Uhr dauerte. – Das Gespräch wurde sachlich und höflich geführt.

Auf das offizielle Gespräch folgte noch eine in gelockerter Atmosphäre geführte Unterhaltung von etwa 20 Minuten Dauer. Hierbei sagte Botschafter *Zarapkin* u.a. folgendes: Nach sowjetischer Auffassung sei es nicht gut, wenn auf wiederholte Versicherungen, die Bundesregierung sei vom guten Willen beseelt, einen effektiven Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion zu leisten und dergleichen mehr, keine praktischen Schritte folgten. Kurz – schöne Worte, aber keine Taten. Eine solche Haltung sei auf die Dauer gesehen den Beziehungen eher abträglich als förderlich.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, die diesbezüglichen Versicherungen der Bundesregierung seien durchaus aufrichtig gemeint, und man müsse nun sehen, wie man den aktuellen Streitpunkt aus der Welt schaffen könne. Die Bundesregierung sei, wie er ja dargelegt habe, durchaus bereit, einen entsprechenden Beitrag hierzu zu leisten.

Botschafter *Zarapkin* sagte, die diplomatische Erfahrung lehre, daß es nicht gut sei, im Zuge von bilateralen Verhandlungen zunächst mit bescheidenen Wünschen bzw. Forderungen aufzutreten, um dann, wenn sich eine günstige Entwicklung abzeichne, die Forderungen immer höher zu schrauben. Eine solche Taktik führe selten zu dem angestrebten Ergebnis.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, die Bundesregierung bediene sich im vorliegenden Fall durchaus nicht dieser Taktik, und die in Aussicht gestellte Verlegung des Wahlorts – bei entsprechender Gegenleistung – sei doch schließlich ein sehr beachtlicher Schritt der Bundesregierung und ein Beweis ihres guten Willens zur Entspannung allgemein und zur Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion beizutragen.

Anschließend beschäftigte sich der *Botschafter* mit dem Status Westberlins und wiederholte dabei die bekannten sowjetischen Thesen.

Der Herr *Bundeskanzler* widersprach der sowjetischen Auffassung und brachte dabei entsprechende Gegenargumente vor, ohne jedoch zu bestreiten, daß Westberlin einen Sonderstatus habe. – Der *Botschafter* sagte, er hoffe sehr, daß eine Einigung zustande kommen werde, damit höchst unerwünschte Folgen, die auch die Sowjetunion nicht wolle, vermieden würden.

**VS-Bd. 480 (Büro Staatssekretär)**

**Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz  
mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin**

St.S. 232/69 VS-vertraulich

24. Februar 1969<sup>1</sup>

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts empfing am 24. Februar 1969 Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, an der sowjetischerseits der Zweite Botschaftssekretär Terechow teilnahm.

Der Herr *Staatssekretär* sagte einleitend, es handele sich heute um ein anderes Thema als gestern in Stuttgart<sup>2</sup>, und zwar um die deutsche Antwort auf die sowjetische Erklärung zum NV-Vertrag, die der Botschafter am 6. Februar d.J. dem Bundesaußenminister übergeben habe<sup>3</sup>.

Kurz zusammengefaßt wolle er zu dieser Erklärung sagen, daß sie vom Bundesminister des Auswärtigen als ein Schritt in der erwünschten Richtung angesehen werde. Man habe nun deutscherseits diese Erklärung sorgfältig geprüft, insbesondere ihren letzten Absatz<sup>4</sup>, und verschiedene Überlegungen angestellt. Die Bundesregierung würde eine nähere Erläuterung eben dieses letzten Absatzes begrüßen und hoffe, daß man durch weitere Interpretationen der sowjetischen Seite vorankommen werde. Zu diesem Zweck habe man deutscherseits ein Aide-mémoire mit entsprechenden Ergänzungsvorschlägen zu der erwähnten sowjetischen Erklärung ausgearbeitet, welches er nun dem Botschafter mit einer russischen Übersetzung übergeben wolle.<sup>5</sup> Er erwarte heute kein Stellungnahme des Botschafters, da dieses Papier, welches er an die sowjetische Regierung weiterzuleiten bitte, natürlich erst geprüft werden müsse.

Botschafter Zarapkin antwortete, nachdem er das Aide-mémoire überflogen hatte, er werde das Dokument umgehend seiner Regierung zur Kenntnis bringen und, sofern er eine Antwort aus Moskau erhalten haben werde, diese dem Aus-

1 Durchschlag als Konzept.

2 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin vgl. Dok. 74.

3 Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin vgl. Dok. 46.

4 Zum sowjetischen Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 vgl. Dok. 46, Anm. 4.

5 Die Bundesregierung schlug vor, das sowjetische Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 in drei Punkten zu ergänzen bzw. zu verdeutlichen: 1) Durch den Hinweis auf das Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. 2) Durch den Hinweis auf die Geltung des in Artikel 2 der UNO-Charta ausgedrückten Gewaltverbots auch gegenüber der Bundesrepublik. Es sei „kein Platz mehr für Vorbehaltstrechte, die die Bundesrepublik Deutschland von den in Artikel 2 Absätze 3 und 4 der UNO-Charta bekräftigten Grundsätzen ausschließen. Es wird daher vorgeschlagen, die Erklärung vom 6. Februar um folgenden Satz zu ergänzen: ‚Unbeschadet der Tatsache, daß noch kein Friedensvertrag geschlossen ist, erklärt die Sowjetunion, daß in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland die Grundsätze von Art. 2 Abs. 3 und 4 der VN-Satzung vorbehaltlos und uneingeschränkt gelten.‘“ 3) Durch den Hinweis auf die Geltung der Resolution Nr. 255 des UNO-Sicherheitsrats vom 19. Juni 1968. Die Bundesregierung schlug vor, den entsprechenden Satz der sowjetischen Erklärung folgendermaßen zu formulieren: „Auf die Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner würde sich die Resolution des Sicherheitsrats der UNO Nr. 255 und die ihr zugrunde liegenden Absichtserklärungen der drei Kernwaffen-Staaten uneingeschränkt erstrecken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 213 des Staatssekretärs Duckwitz vom 25. Februar 1969 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 4339 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1969.

wärtigen Amt mitteilen. Nach einer ersten flüchtigen Durchsicht des Aide-mémoires sei ihm allerdings nicht klar, warum darin ein bestimmter Artikel der UNO-Charta angesprochen werde. Dies gehe doch über den Rahmen des eigentlichen Diskussionsgegenstandes hinaus. Viele Staaten – es seien inzwischen nahezu 90 – hätten bereits den NV-Vertrag unterzeichnet, und kein einziger hätte dabei derartige Fragen aufgeworfen und die UNO-Charta mit der Frage des Beitritts in Verbindung gebracht.

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, aus dem Aide-mémoire gehe ja hervor, weshalb man mit der sowjetischen Regierung auch über Artikel 2 der UNO-Charta sprechen möchte. Die Bundesrepublik sei eben in einer besonderen Lage. Er halte es jedoch für ratsam, ein eingehendes Gespräch erst nach einer sorgfältigen Prüfung dieses Dokuments durch die sowjetische Seite zu führen.

Botschafter *Zarapkin* fragte den Staatssekretär, was denn mit der Formulierung aus Punkt 2 „vorbehaltlos und uneingeschränkt“ gemeint sei. Ihm sei dies nicht klar, zumal doch die UNO-Satzung ein geschlossenes Ganzes darstelle. Er wäre für eine Antwort dankbar, um in der Lage zu sein, auf entsprechende Fragen aus Moskau antworten zu können.

Der Herr *Staatssekretär* wiederholte seine Auffassung, wonach es besser sei, erst nach einer in Ruhe erfolgten Prüfung des Aide-mémoires durch die sowjetische Seite über einzelne Punkte zu diskutieren. Dieses Aide-mémoire sei als ein Vorschlag der Bundesregierung zu diesem Fragenkomplex anzusehen. Er habe keineswegs angenommen, daß der Botschafter gleich heute allen in dem Aide-mémoire enthaltenen Vorschlägen zustimmen werde.

Botschafter *Zarapkin* stimmte dem Staatssekretär dahingehend zu, daß das Dokument natürlich erst sorgfältig geprüft werden müsse. Die sowjetische Seite werde dann Stellung nehmen und erforderlichenfalls – wobei er mit ziemlicher Sicherheit damit rechne – Einwände erheben. Dies gelte insbesondere für Punkt 2, da es sich ja dabei um eine recht schwierige Frage handele. Bei Punkt 1 und 3 lägen die Dinge anders. Hingegen seien bei den Vorschlägen zu Punkt 2 die Klippen so deutlich erkennbar, daß er hier mit erheblichen Schwierigkeiten rechne. Er verstehe nicht, warum die Bundesregierung so komplizierte Fragen aufwerfe. Dies könne doch lediglich zu einer Verzögerung des Beitritts zum NV-Vertrag führen, was eine schlechte Entwicklung wäre.

Der Herr *Staatssekretär* erwiederte, im politischen Gespräch sei es zuweilen unmöglich, auch komplizierte Fragen aufzuwerfen. Die Bundesregierung verfolge aber keineswegs eine Verzögerungstaktik, sondern sie wolle lediglich Klarheit in einigen Punkten haben. Dies sei der Zweck des heute übergebenen Aide-mémoires.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, nach sowjetischer Auffassung seien die von der Bundesregierung erwünschten Klarstellungen, die ihm der Bundesaußenminister bei dem Gespräch am 10. Januar d.J.<sup>6</sup> unterbreitet habe, durch die dem Außenminister am 6. Februar überreichte sowjetische Erklärung bereits erfolgt. In Moskau vertrete man den Standpunkt, daß man in Bonn nun nicht länger nach neuen Gründen oder Vorwänden suchen sollte, um den Beitritt zum Vertrag zu verzögern. Andererseits wäre ein baldiger Beitritt ein positiver Akt,

<sup>6</sup> Für das Gespräch vgl. Dok. 8.

der zur Verbesserung der Lage überhaupt und des beiderseitigen Verhältnisses beitragen würde.

Es seien doch nun in den letzten Monaten auf beiden Seiten Anstrengungen unternommen worden, um in dieser Richtung zu guten Ergebnissen zu gelangen, und es wäre bedauerlich, wenn diese Anstrengungen nicht zu dem geckten Ziel führen würden. Es sei daher sein Wunsch, und er appelliere an die Bundesregierung, als Reaktion auf die Bekundung des guten Willens der sowjetischen Seite – wobei er die Erklärung vom 6. Februar meine – ihre Bereitschaft zum Beitritt zu erklären. Die Voraussetzungen seien, nachdem die Sowjetunion durch ihre Erklärung angebliche Unklarheiten beseitigt habe, für einen baldigen Beitritt durchaus gegeben. Die Sowjetunion habe, offen gesagt, nie so recht verstanden, daß es für die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Unklarheiten gebe. Der Botschafter verwies auf die im Vertrag enthaltenen verschiedenen Garantien, auf die Sicherheitsratsresolution Nr. 255<sup>7</sup> und andere Sicherungen, wodurch die Interessen der Nichtnuklearstaaten gebührend berücksichtigt worden seien. Nun gebe es keine Hindernisse mehr für eine Beitritt, und er hoffe, daß sich die Bundesregierung bald zu diesem konstruktiven Schritt entschließen werde.

Der Herr *Staatssekretär* antwortete, grundsätzlich stimme er dem Botschafter zu, denn die Bundesregierung bejahe den Vertrag als solchen; sie wünsche lediglich noch in einigen Punkten Erläuterungen der sowjetischen Seite. Je rascher es zu diesen Klarstellungen kommen werde, um so besser. Die von der sowjetischen Seite noch vorzunehmenden Erläuterungen hätten ganz einfach den Zweck, der Bundesregierung den Beitritt zu dem Vertrag zu erleichtern, nicht aber, neue Schwierigkeiten zu machen.

Botschafter *Zarapkin* sagte, es wäre noch verständlich, wenn die Bundesrepublik, sofern sie die Absicht hätte, demnächst UNO-Mitglied zu werden, um Klarstellungen in bezug auf einige Artikel der UNO-Charta ersuchte. Hingegen sei es doch wenig ratsam und auch unverständlich, daß die Bundesregierung den Beitritt zum NV-Vertrag mit einem Artikel der UNO-Charta in Verbindung bringe. Dies könne doch nur zu Komplikationen führen.

Der Herr *Staatssekretär* erwiederte, es stehe der sowjetischen Regierung durchaus frei, in ihrer Antwort auf das heutige Aide-mémoire auf solche Bedenken hinzuweisen. Er werde dem Bundesaußenminister die Ausführungen des Botschafters als eine Art vorläufige Stellungnahme zu dem heute überreichten Dokument mitteilen.

Botschafter *Zarapkin* ging nochmals auf die UNO-Charta ein und sagte, daß sie nach sowjetischer Auffassung selbstverständlich für jedes UNO-Mitglied verbindlich sei. Doch gehörten diese Dinge nicht zu dem Diskussionsgegenstand, um den es hier gehe. Die Sowjetunion habe seinerzeit die UNO-Charta unterzeichnet, und sie betrachte die Charta in ihrer Gesamtheit als Grundlage für die Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Ländern.

<sup>7</sup> Zur Resolution Nr. 255 des UNO-Sicherheitsrats vom 19. Juni 1968 vgl. Dok. 14, Anm. 6.

Der Herr *Staatssekretär* nahm diese Feststellung zur Kenntnis und sagte abschließend, er hoffe, daß die sowjetische Regierung nach sorgfältiger Prüfung des deutschen *Aide-mémoires* eine Antwort erteilen werde.<sup>8</sup>

Das Gespräch dauerte von 17.30 Uhr bis 18.10 Uhr und wurde in einer höflichen Atmosphäre geführt.

**VS-Bd. 481 (Büro Staatssekretär)**

77

**Botschafter Freiherr von Braun, Paris,  
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11310/69 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 443  
Cito**

**Aufgabe: 24. Februar 1969, 22.40 Uhr  
Ankunft: 24. Februar 1969**

Debré empfing heute abend die fünf Botschafter der EWG-Länder<sup>1</sup> zur „Unterrichtung über die Auffassungen Frankreichs über Europa“. Er gab zunächst einen kurzen Überblick über einige Aspekte der britischen Bemühungen um den Eintritt in die EWG seit Eintreffen Soames in Paris (I), sagte sodann, drei britische Behauptungen über das Gespräch de Gaulle-Soames vom 4. Februar seien Entstellungen, „déformations“ (II), und endete mit einem Appell an den Zusammenhalt der Sechs, wobei er unter persönlicher Apostrophierung des deutschen Botschafters das deutsch-französische Verhältnis als den Mittelpunkt der europäischen Verständigung hervorhob (III).

I. Debré betonte, er habe uns bereits vor den britischen Veröffentlichungen vom 21.2.<sup>2</sup> für heute zu sich gebeten, sobald der Umfang und tendenziöse Charakter der Mitteilungen, die die britische Regierung am 11./12. Februar den EWG-Mitgliedsländern über die britisch-französischen Kontakte gemacht hatten<sup>3</sup>, der französischen Regierung klar geworden sei, ebenso wie die Aufregung, die diese Mitteilungen ausgelöst hatten. Eine richtige Darstellung des Gesprächs de Gaulle-Soames sei ihm notwendig erschienen.

<sup>8</sup> Zur sowjetischen Antwort vom 10. März 1969 vgl. Dok. 97, Anm. 15.

<sup>1</sup> Sigismund Freiherr von Braun (Bundesrepublik); Baron Adolph Bentinck (Niederlande); Robert Rothschild (Belgien); Georges Heisbourg (Luxemburg); Francesco Malfatti di Montetretto (Italien).

<sup>2</sup> Am 22. Februar 1969 berichtete Gesandter Wickert, London, über die Berichterstattung in der britischen Presse: „Nachdem die französische Version der Vorgänge durch eine gezielte Indiskretion in die französische Presse gekommen war, hat offensichtlich das Foreign Office der hiesigen Presse die britische Version an die Hand gegeben. Die Zeitungen schreiben, die Vorschläge de Gaulles seien so überraschend und unorthodox gewesen, daß der britische Botschafter in Paris seine Aufzeichnung über die Unterredung mit de Gaulle mit dem Büro des Präsidenten abgestimmt habe. An ihrer Authentizität könne daher nicht gezweifelt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 386; Referat I A 1, Bd. 736.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson am 12. Februar 1969; Dok. 56.

Er müsse bis zur Ankunft Soames' zurückgreifen. Dieser habe vom ersten Augenblick an mit Bewegung dargelegt, daß ihm, dem Politiker, eine Besserung der britisch-französischen Beziehungen als eine „Mission“ am Herzen liege und daß er [einen] engeren Zusammenschluß Europas wolle. Er habe mehrmals den Wunsch nach einer grundlegenden Unterhaltung mit dem General ausgesprochen und sehr insistiert; eine Reaktion sei erforderlich gewesen. Bis dahin habe Frankreich keine Separatgespräche mit den Briten über deren Eintritt in die EWG geführt. Soames habe aber gerade diese gewünscht. Am 4. Februar sei es dann, nachdem Soames genesen war, zum Gespräch mit dem General, am 8. zur Unterhaltung mit ihm selbst (nach der Rückkehr aus Spanien)<sup>4</sup> gekommen. Der General und er hätten verlangt, daß die Unterhaltungen streng vertraulich blieben. Eine solche Geheimhaltung sei unentbehrlich, da es zunächst festzustellen galt, ob Großbritannien überhaupt mit Frankreich einen Gedankenaustausch haben wolle. Soames' Frage, ob „vertraulich“ in engster Weise auszulegen sei, sei bejahend beantwortet worden. In Paris hätten nur der General, er selbst, sein Kabinettschef<sup>5</sup> und Alphand davon gewußt; es sei verabredet gewesen, daß, sobald eine erste Unterhaltung mit einem maßgeblichen britischen Politiker – etwa Wilson oder Stewart – ein Ergebnis zeitigen würde, die Vertraulichkeit aufgehoben werden sollte. Soames habe einige Tage später mitgeteilt, Großbritannien sei zu ersten Gesprächen bereit; er habe aber gleichzeitig hinzugefügt, daß Wilson schon mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen habe und daß Weisungen zur Unterrichtung der anderen EWG-Regierungen ebenso wie der amerikanischen Regierung hinausgegangen seien. Mehrere Mitglieder der britischen Regierung seien außerdem auf dem Laufenden gehalten worden.

Zur Sache selbst: Vorausschicken wolle er, daß er sich jeder Kritik an der britischen Regierung enthalten und hierzu auf die Erklärungen des französischen Regierungssprechers verweisen wolle.<sup>6</sup> Jeder wisse, daß das Problem des britischen Eintritts ein Krisenelement für die EWG bedeute. Frankreich habe hierzu immer zwei kritische Thesen vertreten. Erstens werde mit dem britischen Eintritt und der Vermehrung der Mitgliedszahl von sechs auf vielleicht zwölf der Gemeinsame Markt etwas ganz Neues; die Grundlagen seiner Politik würden sich damit ändern. Zweitens – und auch das sei nichts Neues – glaube Frankreich, daß Europa nicht nur hohen Lebensstandard und Verbrauch bedeute, sondern daß es ein gewisses grundlegendes Gefühl der Unabhängigkeit,

<sup>4</sup> Der französische Außenminister Debré hielt sich vom 5. bis 8. Februar 1969 in Spanien auf.

<sup>5</sup> Xavier Daufresne de la Chevalerie.

<sup>6</sup> Am 24. Februar 1969 veröffentlichte das französische Außenministerium eine Erklärung zum Verlauf des Gesprächs zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem britischen Botschafter in Paris: „Reçu le 6 février sur sa demande par M. Tricot, M. Soames voulait être sûr d'avoir bien compris son entretien du 4 février avec le président de la République. Il montra alors un résumé en anglais de cet entretien, résumé dont il était l'auteur. M. Tricot constata des divergences avec les indications que le général de Gaulle lui avait données sur la substance de cet entretien qui avait eu lieu en tête à tête. M. Tricot suggéra à M. Soames, qui en fut d'accord, que M. Debré, alors en Espagne, et qui avait prévu de le recevoir le 8 février, dès son retour, lui donne les précisions attendues. M. Soames laissa à M. Tricot un exemplaire de sa propre version. Celle-ci n'a été l'objet d'aucune approbation orale, téléphonique ou écrite. Le 8 février, M. Debré, après avoir reçu les directives du général de Gaulle, donna à M. Soames toutes les indications nécessaires sur la portée et le sens de l'entretien du 4 février, et répondit à toutes les questions de l'ambassadeur.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1969, I, S. 103 f.

eine „grandeur“ benötige, sozusagen eine europäische Persönlichkeit; die bisherige Politik der britischen Regierung habe aber von Europa weg in Richtung auf Amerika geführt; wie oft habe man das erlebt: in der Weltraumwirtschaft, in der Wissenschaft, beim Nassauer Abkommen<sup>7</sup>, in vielen anderen außenpolitischen Aktionen der Engländer, dies habe alles die französische Haltung gegenüber dem Beitrittsgesuch mitbestimmt. Der General habe vor der Frage gestanden, wie diese Schwierigkeit bei der – zusätzlich auch durch andere Probleme behinderten – Schaffung Europas überwunden werden könne. Er sei erfüllt von dem Gefühl, daß die Sechs gemeinsam, wenn sie nur wollten, wirtschaftlich, politisch, monetär nichts zu fürchten brauchten. Er habe immer „une certaine nostalgie“ empfunden gegenüber der Tatsache, daß wir in allen Dingen dieser Welt zu sechst lange nicht so stark seien wie es möglich wäre. Für seine erste Unterhaltung mit Soames habe er sich daher zwei Punkte vorgenommen. Erstens die Herstellung eines tragbaren Vertrauensklimas zwischen Frankreich und Großbritannien; zweitens, auf längere Sicht für die Briten einen Weg nach Europa zu finden. Auf lange Sicht aber werde Europa sich nicht als Gemeinsamer Markt, sondern als etwas anderes weiterentwickeln. Alle wirtschaftlichen Tagesprobleme, wie Zollabbau, landwirtschaftliche Präferenzen usw. seien in dieser Vision nur ephemäre Einzelfragen.

Das sei es in nuce, was er dem britischen Botschafter gesagt habe.

II. Er müsse jetzt etwas sagen, was ihn bekümmere (qui me gêne): in drei Punkten seien die britischen Erklärungen eine Entstellung (déformation) dessen, was der General zu Soames gesagt habe.

### 1) Gemeinsamer Markt

Die Behauptung, der General glaube an und wolle das Ende des Gemeinsamen Markts, sei unrichtig. Er sei zwar, wie er immer wieder betone, bei dessen Schaffung nicht dabeigewesen. Der Markt funktioniere aber, er sei in seinem heutigen Zustand das Ergebnis nicht nur des Vertrags, sondern auch einer zehnjährigen Entwicklung. Der britische Beitritt würde ihn in seiner Struktur völlig ändern; er sei dann nicht mehr der Gemeinsame Markt. Nur das habe der General sagen wollen.

### 2) NATO

Die Engländer behaupteten – wenn er es richtig verstehe –, der General habe vorab die Abschaffung der NATO verlangt. Wahr sei, daß der General nicht davon gesprochen habe, sondern der Botschafter die Frage nach der Zukunft der NATO gestellt habe. Darauf habe der General geantwortet, wenn wir ein unabhängiges Europa bekommen, würden wir die NATO nicht mehr brauchen. Dies sei offenbar in London in eine Forderung auf eine vorherige Abschaffung der NATO umgeändert worden.

### 3) Viererdirektorium

Dieses Wort sei in den Gesprächen vom 4. und 8. Februar überhaupt nicht gefallen. Es stehe auch nicht in der britischen Zusammenfassung, sondern sei in London erfunden worden. Wahr sei demgegenüber folgendes: der General habe über eine gemeinsame europäische Verteidigung gesprochen und dabei gesagt,

<sup>7</sup> Zur Konferenz von Nassau vom 18. bis 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 56, Anm. 5.

daß, wenn die vier Länder für diesen Zweck ihre Mittel zusammentäten, eine wirkliche Verteidigung möglich sei. Das Wort Direktorium sei erst in London erfunden und verwandt worden.

Die drei déformations könnten bestenfalls auf Übersetzungsfehler zurückgeführt werden.

III. Debré schloß mit einem persönlichen Appell. Wir alle in Europa hätten jeder in seinem Land in unterschiedlicher Form und mit andersartigem Gewicht unsere Probleme zu lösen. Da seien die landwirtschaftlichen Markt- und Preisfragen – es sei möglich, daß in diesem Punkte der Gemeinsame Markt in allernächster Zukunft vor einer schweren Belastungsprobe stehe. Da sei der Beitritt Großbritanniens – de Gaulle habe hierzu eine weitblickende Vision. Da sei die Großmachtentwicklung der USA und der UdSSR gegenüber Europa, die Solidarität unter den Europäern erforderlich. Frankreichs Haltung zu den grundlegenden europäischen Fragen sei unverändert. Er bate, dies unseren Regierungen zu sagen und hoffe, daß hieran nicht gezweifelt werde. Besonders an mich, den deutschen Botschafter, richte er diese Bitte. Es gebe für Deutschland und Frankreich keine andere Politik als die der Verständigung, und die anderen vier Botschafter mögen dies bitte auch hören. Bei unseren beiden Regierungen herrsche der Wunsch vor, die Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern zu vertiefen und Europa in Zusammenarbeit mit den anderen Vier zu organisieren und über die deutsch-französische Freundschaft hinaus eine Annäherung auch an die anderen Europäer zu suchen. Frankreich sehe die Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Sechs als Element und Grundlage für Europa. Ohne diese Zusammenarbeit glaube er nicht, daß für unseren Kontinent eine Zukunft bestehe.

4) Fragen wurden nicht gestellt. Es wurde vereinbart, daß die fünf Botschafter der Presse – vor der Tür warteten 50 Photographen und Journalisten – nichts mitteilen würden und daß der Quai nur ein kurzes Communiqué etwa folgenden Inhalts herausgeben würde: „Das bereits am Donnerstag, dem 19. Februar vereinbarte Treffen bezweckte, die Ansichten Frankreichs über die europäischen Fragen den Vertretern der EWG-Mächte darzulegen.“

[gez.] Braun

**VS-Bd. 2755 (I A 5)**

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Alten

Pl-82.02-70/69 geheim

25. Februar 1969<sup>1</sup>

Betr.: Truppenverminderungen

1) Vom 18. bis 21. Februar habe ich zusammen mit VLR I Dr. Lankes, II B 2, an den Besprechungen der Abrüstungsexperten in Brüssel (formal: Erweiterter Politischer Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene) über den Fortgang der Arbeiten zum Thema Truppenreduzierung teilgenommen. Außerdem nahmen LR Dr. Alexy, II A 7, und Oberst Steiff, BMVtg, teil.

Die Besprechungen standen im Schatten der sehr kritischen Stellungnahme des Militärischen Ausschusses von SHAPE zu den von den Abrüstungsexperten erarbeiteten sechs Truppenreduzierungsmödellen. Nach dieser Stellungnahme wäre allenfalls ein „freeze“ vertretbar, während jede beiderseitige Truppenreduzierung infolge der gegebenen geostrategischen Lage das militärische Gleichgewicht zuungunsten des Westens verändern würde.

Wir sehen es nach vorhergehender Absprache mit den Engländern als Aufgabe an,

- die Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen, d.h., dafür zu sorgen, daß das negative Urteil von SHAPE die Arbeiten nicht blockiere;
- die „Konfrontation“ mit der militärischen Seite dadurch zu überwinden, daß informelle Kontaktmöglichkeiten auf Arbeitsebene, etwa in gemischten Arbeitsgruppen, geschaffen würden.

Beide Ziele entsprechen im wesentlichen den Vorstellungen der übrigen Delegationen und wurden erreicht. Die französische Seite hat sich an den Besprechungen beteiligt; sie war zwar nicht besonders aktiv, im wesentlichen aber kooperativ.

Grundlage der Diskussion war ein amerikanisches Arbeitspapier, das die bisher vorgebrachten Gesichtspunkte sammelt und den Stand der Diskussion, d.h. die erreichte Übereinkunft und die noch offenen Fragen, nach Auffassung aller Delegationen im wesentlichen zutreffend wiedergibt. Dieses in der Anlage beigefügte Papier<sup>2</sup> gibt einen ausgezeichneten Überblick über die gesamte Problematik.

Die amerikanische Delegation (in erster Linie Kranich und Garthoff von der Abrüstungsbehörde) hat auch im übrigen die Diskussion sehr wohltätig beeinflußt; von den übrigen Delegationen ist besonders der britische Vertreter, General Lloyd vom Foreign Office, besonders hervorzuheben.

2) Herr Jaenicke als Vorsitzender wird dem NATO-Rat einen „progress report“ vorlegen, der in großen Zügen und unter Verwendung des amerikanischen Papiers die Diskussionen wiedergibt. Es kann sein, daß dieses Papier auch auf

1 Hat Ministerialdirektor Bahr vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11570 (Planungsstab).

der nächsten Ministerratstagung<sup>3</sup> vorgelegt wird. Das NATO-Sekretariat wird ferner ein detailliertes Papier ausarbeiten, das die demnächst zu behandelnden Probleme kategorisiert. Der Politische Ausschuß soll daraufhin Unterausschüsse einsetzen, die einzelne Aspekte untersuchen sollen. Hierbei wird es u.a. darum gehen, welche Informationen noch von der militärischen Seite verlangt und zur Verfügung gestellt werden können. Dabei spielt der in diesem Jahr fertigzustellende militärische Bericht über die relative Stärke von NATO und Warschauer Pakt („force capability study“) eine Rolle. Die militärische Seite soll zu diesen Arbeiten herangezogen werden. Eine Schwierigkeit wird darin bestehen, daß die Untergruppen vom NATO-Sekretariat von den nationalen Experten und den militärischen Vertretern beschickt, allen Interessenten offenstehen müssen und dennoch nur so klein bleiben dürfen, daß sie arbeitsfähig sind.

Einstweilen wird es sich nicht darum handeln, neue Modelle zu erarbeiten (die militärische Seite hat den Vorschlag, sie möge Modelle erstellen, glatt abgelehnt). Es wird im Sinne des Vorschlags – Ziffer 45b) auf Seite 35 des amerikanischen Papiers – vielmehr zunächst um die Erarbeitung allgemeiner Grundsätze und gemeinsamer und vergleichbarer Ausgangspunkte und Daten gehen.

3) Die Hauptschwierigkeit bestand bisher offensichtlich darin, daß die militärische Seite von einem „minimum requirement“ ausgeht, d.h. von einem Verteidigungspotential, das in relativer Unabhängigkeit von der Stärke des Gegners vorhanden sein muß, um eine bestimmte Stellung oder Front verteidigen zu können. (Vergleich: Eine Festung des 19. Jahrhunderts benötigt eine Truppenstärke X zur Besetzung ihrer Werke, selbst wenn der Gegner in weit unterlegener Stärke angreift. Mit der gleichen Truppenmenge kann sie aber auch gegen vielfach überlegenen Gegner gehalten werden.) Die Problematik besteht nun darin, daß die militärische Seite nicht bereit und es ihr wohl auch nicht zuzumuten ist, dies deutlich auszusprechen oder gar ihr „minimum requirement“ zu nennen. Sie hält dies – auch im Hinblick auf die Einschätzung der Bedrohung – für eine politische Entscheidung, für die sie keine Verantwortung übernehmen möchte, und will vor allem vermeiden, sich durch die Nennung bestimmter Ziffern unglaublich zu machen oder zu präjudizieren.

4) Probleme der Verifikation und der Organisation der Truppenverminderungen wurden bisher nur am Rande besprochen. Es ist aber offensichtlich, daß vor allem auf der militärischen Seite, aber auch bei vielen politischen Instanzen, ausreichende vereinbarte Kontrollen als essentiell angesehen werden. Diese Fragen und damit zusammenhängend das Problem gemeinsamer Kontrollorgane („pact-to-pact approach“) werden zunehmend an Gewicht gewinnen. Ihre politischen Implikationen (Verklammerung der Pakte, Festigung des Status quo) werden bisher weitgehend noch nicht gesehen und sind allerdings auch für die meisten unserer Verbündeten relativ uninteressant. Unter diesem Aspekt empfiehlt es sich, daß wir unsere diesbezüglichen Vorstellungen zur europäischen Sicherheit weiter klären, unseren Verbündeten deutlich machen und über die technischen Aspekte der Truppenreduzierung hinaus in den NATO-internen Gesprächen verwerten.

<sup>3</sup> Die Tagung des NATO-Ministerrats fand am 10./11. April 1969 in Washington statt. Vgl. dazu Dok. 121.

Im übrigen werden die NATO-internen Vorbereitungen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen, bis ein verhandlungsfähiges Modell vorgelegt werden kann. Nach derzeitigen Schätzungen käme ein Zeitraum von etwa zwei Jahren wohl in Betracht. Man rechnet vorher auch nicht mit sowjetischer Bereitschaft zu Verhandlungen. Letzteres traf bisher angesichts des geringen von sowjetischer Seite gezeigten Interesses sicherlich zu; ob das so bleibt, muß dahingestellt werden.

von Alten

**VS-Bd. 11570 (Planungsstab)**

## 79

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon**

**Z A 5-23.A/69 geheim**

**26. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 26. Februar 1969 um 11.15 Uhr Präsident Nixon zu einem Gespräch unter vier Augen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwähnte zunächst den derzeitigen kleinen diplomatischen Krieg zwischen Frankreich und Großbritannien über das Gespräch zwischen de Gaulle und dem britischen Botschafter<sup>2</sup> sowie über die WEU. Er glaubte aber, daß man darüber hinwegkommen werde.

Der *Präsident* bat den Herrn Bundeskanzler um einen Rat, wie sich die amerikanische Seite am besten verhalte. Er sei der Auffassung, daß man die Verbindungsline mit Frankreich offenhalten müsse. Seiner Ansicht nach müsse innerhalb des Bündnisses ein enger Zusammenhalt bestehen. Er unterstützte die Allianz und ihre Stärkung und den Grundsatz, daß Großbritannien an Europa beteiligt sein müsse. Andererseits halte er es nicht für nützlich, darüber jetzt etwas in der Öffentlichkeit zu sagen, da sich in den umstrittenen Punkten die französische Haltung in absehbarer Zeit nicht ändern werde. Es gebe aber andere Bereiche, wo man zusammenarbeiten sollte. Er sei sich darüber im klaren, daß es entscheidend im deutschen Interesse liege, enge deutsch-französische Beziehungen ebenso zu unterhalten wie mit anderen Mitgliedern des Bündnisses. Deutschland nehme eine Schlüsselrolle ein. Er wolle dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß es sein Wunsch sei, mit der Bundesregierung und der neuen aus den Wahlen hervorgehenden Regierung die engstmöglichen Konsultationen zu pflegen. Deutschland nehme im Bündnis einen zentralen Platz ein,

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 27. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 56.

und die amerikanische Regierung wolle nichts tun, was die deutsche Position schwächen würde. Dies sei auch die symbolische Bedeutung seiner Reise nach Berlin.<sup>3</sup> Man werde nichts tun, was Deutschland in Schwierigkeiten bringen könnte. Die Bereitschaft, enge Verbindung mit den Partnern des Bündnisses zu halten, gelte für alle Partner, auch für Frankreich. Sie gelte nicht nur für den bilateralen, sondern auch für den multilateralen Bereich. Der Präsident fragte noch einmal, wie Amerika seine Rolle am besten spielen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderete, das Beste, was Amerika tun könne, sei eine Demonstration seines Interesses an den europäischen Angelegenheiten. Er sei davon überzeugt – und viele Europäer teilten diese Auffassung –, daß Europa geeint werden müsse. Dies sage er nicht nur im Hinblick auf die eigene Zukunft, sondern auch deshalb, weil ein geeintes Europa ein stabilisierender Faktor in der Weltpolitik sei. Dies bleibe weiterhin das Ziel. Was die Methoden und die Form eines geeinten Europas angehe, so seien dies Fragen von zweit-rangiger Bedeutung. Bisher sei es nicht gelungen, das Ziel zu erreichen, was nicht nur auf de Gaulle zurückzuführen sei, dessen eigene Vorstellungen über ein geeintes Europa von den anderen Partnern nicht akzeptiert würden. De Gaulle wünsche besondere Bindungen zwischen Frankreich und Deutschland, doch bestünden zwischen beiden Ländern in vielen Fragen erhebliche Meinungs-verschiedenheiten. Mit den anderen europäischen Ländern stimme Deutschland hinsichtlich der NATO, der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, der britischen Beteiligung nicht nur am Gemeinsamen Markt, sondern auch am künftigen politischen Zusammenschluß überein, nicht aber mit Frankreich. Auch hinsichtlich des Nahen Ostens sei man nicht der gleichen Auffassung. Deutscherseits sei man in den Gesprächen mit den Franzosen immer sehr offen gewesen und habe auch in der Öffentlichkeit die Dinge beim Namen genannt. De Gaulle habe einmal mit gewisser Melancholie von den zwei Männern gesprochen, die ausgezogen seien, einen Schatz zu suchen, den sie aber nicht gefunden hätten. Stattdessen hätten sie ihre Freundschaft gefunden.<sup>4</sup> In anderen Worten, es sei nicht gelungen, das Europa zu schaffen, das er sich vorstelle, ein Europa ohne Partnerschaft mit den Amerikanern und ohne Großbritannien. Zwischen Frankreich und Deutschland gebe es mehr Differenzen als mit irgendeiner anderen westlichen Regierung. Gleichzeitig bestehe aber der deutsch-französische Vertrag<sup>5</sup>, der eine zweimalige Konsultation im Jahr vorsehe, bei der die Probleme besprochen würden. Gerade im Hinblick auf die Differenzen sei es wichtig, daß man den Vertrag habe. De Gaulle sei über die Entwicklung enttäuscht. Er (Bundeskanzler) habe versucht, die deutsch-französischen Verbindungen wieder etwas zu stärken, die zuvor vernachlässigt worden seien, doch könne er seine eigenen Ansichten und die deutschen Ansichten nicht ändern, nur um mit den Franzosen übereinzustimmen. Bisher sei es gelungen, einen Bruch zu vermeiden, und wo immer es möglich gewesen sei, habe man versucht, Brücken zu bauen, wie beispielsweise jüngst im Falle der WEU-Krise. Insgesamt seien die Beziehungen mit Frankreich nicht so gut wie sie gewesen

<sup>3</sup> Präsident Nixon besuchte Berlin (West) am 27. Februar 1969.

<sup>4</sup> Vgl. die Tischrede des französischen Staatspräsidenten vom 12. Juli 1967 in der Redoute in Bad Golesberg; BULLETIN 1967, S. 654.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

seien, doch seien sie immer noch freundschaftlich; doch wenn man ständig in wichtigen Fragen nicht übereinstimme, so sei dies ermüdend und deprimierend und belaste die Freundschaft.

Er habe de Gaulle einmal gefragt, warum seine Äußerungen so oft einen anti-amerikanischen Akzent hätten, und habe ihn darauf hingewiesen, daß gerade dies ihn in Deutschland viel Sympathie koste, da wir unseren Beziehungen mit den Vereinigten Staaten den ersten Rang gäben. De Gaulle habe darauf geantwortet, diese Äußerungen seien nicht Ausdruck eines antiamerikanischen Resentiments, vielmehr müsse er sich dieser kategorischen Sprache bedienen, weil einige Franzosen die französische Identität aufzugeben bereit wären, um in einer atlantischen Gemeinschaft ein bequemes Leben zu führen. De Gaulle habe einen ausgeprägten Sinn für Geschichte und Tradition und halte sich für den Einzigsten, der Frankreich retten könne. Die Lage sei schwierig, und er selbst versuche alles, um ein Auseinanderfallen der beiden Länder zu verhindern. Die beiden Völker wollten in Freundschaft miteinander leben – dies sei das Wunder nach dem letzten Krieg gewesen – und deswegen sei das deutsch-französische Verhältnis so wichtig. Dies erkläre auch, warum er seine Entscheidungen nicht nach einem profranzösischen oder probritischen Gesichtspunkt treffen könne.

Der Präsident verglich die Lage der Bundesregierung mit der eines Seiltänzers und betonte, daß man amerikanischerseits nichts tun wolle, was die Bundesrepublik in dieser delikaten Situation stören könnte. Er habe auch mit Wilson über dieses Thema gesprochen<sup>6</sup>, und er wolle mit de Gaulle ein gutes Gespräch führen.<sup>7</sup> De Gaulle dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß er ausgeschlossen oder isoliert werden solle. Er mache sich aber andererseits auch keine Illusionen.

Der Herr Bundeskanzler sagte, es sei immer eine Freude, mit de Gaulle zu sprechen, denn er sei ein wirklicher Staatsmann. Was er sage, sei nie uninteressant, und er drücke es stets mit französischer Klarheit aus. Es sei aber nicht richtig zu behaupten, wir segelten im Kielwasser der Franzosen. Die eigene Haltung habe man immer sehr deutlich dargelegt. De Gaulle sei auch enttäuscht, daß wir mit seinen Ansichten nicht übereinstimmten. Dies lasse sich aber nicht ändern, und man müsse geduldig sein und warten, was sich in Frankreich während der nächsten zehn Jahre zutrage. Es sei sicher gut, wenn man ihm nicht das Gefühl der Isolierung gebe. Das habe er auch Wilson vor zwei Jahren gesagt, als Wilson einer harten Linie gegenüber de Gaulle das Wort geendet habe.<sup>8</sup> De Gaulle könne man nicht zwingen.

Was den Beitritt Großbritanniens angehe, so sei die Öffentlichkeit in Deutschland dafür. Es liege im eigenen nationalen Interesse, diesen Beitritt zu wünschen und zu verhindern, daß sich ein Graben auftue. Es seien aber nicht nur wirtschaftspolitische Überlegungen, die für den Beitritt sprächen. Wie im Anschluß an den jüngsten Besuch Wilsons festgestellt worden sei, lasse sich ein geeintes Europa ohne England nicht denken, aber auch nicht ohne Frankreich.

<sup>6</sup> Präsident Nixon hielt sich vom 24. bis 26. Februar 1969 in Großbritannien auf.

<sup>7</sup> Präsident Nixon hielt sich vom 28. Februar bis 2. März 1969 in Frankreich auf.

<sup>8</sup> Für die Gespräche zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Premierminister Wilson am 15/16. Februar 1967 vgl. AAPD 1967, I, Dok. 55 und Dok. 57.

Vor einiger Zeit sei hier in Europa in verschiedenen Kreisen die Auffassung vertreten worden, daß von den Fünf neue Institutionen geschaffen und die Franzosen ausgeklammert werden sollten. Dies wäre ein schrecklicher Fehler gewesen. Er glaube, heute denke man hieran nicht mehr.

Der *Präsident* sagte, Frankreich zu isolieren wäre auch ein Fehler unter einem anderen Gesichtspunkt. Man müsse die Lage vor dem Hintergrund größerer geschichtlicher Zeiträume sehen und daran denken, daß neue Persönlichkeiten auf der politischen Bühne erschienen. Frankreich gehöre genauso zu Europa wie Großbritannien. Man sollte sich deshalb nicht auf vorwurfsvolle Rhetorik einlassen oder mit Emotionen reagieren. Was man brauche, sei Geduld und Beständigkeit. Was die Beziehungen zur Sowjetunion angehe, so wäre es auch hier falsch, eine provozierende oder kriegerische Haltung einzunehmen. Vielmehr müsse man fest und direkt bleiben und dürfe die eigenen Rechte und Prinzipien nicht einem Kompromiß opfern. Diese Sprache verstünden die Russen. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß man es bei den Russen nicht mit einem Freund zu tun habe. Bei den Franzosen habe man es aber mit einem Freund zu tun. Vielleicht würden eines Tages die Russen auch Freunde des Westens, doch seien sie dies heute noch nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an ein Gespräch mit Präsident Johnson<sup>9</sup>, als auch von den Franzosen und ihrer oft schwierigen Haltung die Rede gewesen sei. Johnson habe gesagt, es sei gewiß nicht immer leicht, mit den Franzosen zuretzukommen, aber dennoch seien sie Freunde. Er (Johnson) werde nicht vergessen, wie sich de Gaulle während der Kuba-Krise verhalten habe. Im Falle eines wirklichen Konflikts werde er immer da sein.

Präsident Nixon fragte, ob dies auch für die Zukunft gelte.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte diese Frage, denn de Gaulle werde sich nicht vom gemeinsamen Schicksal ausschließen.

Der *Präsident* betonte noch einmal, daß er die engstmöglichen Kontakte mit der deutschen Regierung zu haben wünsche. Er habe vor der Reise darüber auch mit seinem Außenminister<sup>10</sup> und Professor Kissinger gesprochen, und er sehe einen Zweck seines Besuches in der Bundesrepublik darin, eine neue und vertiefte Verbindung mit der Bundesregierung herzustellen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er sei darüber sehr glücklich. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß er sich kurz nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte den schwierigen Fragen des Nichtverbreitungsvertrags gegenübergesessen habe. Zuvor habe Mr. Foster in einem Artikel in *Foreign Affairs*<sup>11</sup> die Auffassung vertreten, um den Vertrag zustande zu bringen, müsse man auch das Risiko einer Erosion des Bündnisses in Kauf nehmen.

Der *Präsident* bezeichnete diese Auffassung als kurzsichtig.

Der Präsident fuhr fort, daß bei Gesprächen mit der Sowjetunion, sei es über die Begrenzung strategischer Waffen oder über irgendein anderes Thema, das Bündnis nicht geschwächt werden dürfe. Das Bündnis sei das Herzstück der

<sup>9</sup> Für das Gespräch vom 15. August 1967 vgl. AAPD 1967, II, Dok. 301.

<sup>10</sup> William P. Rogers.

<sup>11</sup> Vgl. William C. FOSTER, Risks of Nuclear Proliferation. New Directions in Arms Control and Disarmament., in: *Foreign Affairs* 43 (1964/65), S. 587–601.

Verteidigung nicht nur Westeuropas, sondern der gesamten freien Welt. Was die sowjetischen Ziele angehe, so sei klar, daß alle Bemühungen darauf gerichtet seien, das Bündnis zu schwächen. Der Westen dürfe nicht in diese Falle geraten. Dies heiße nicht, daß man nicht zu Verhandlungen bereit sein dürfe, doch müsse man sich vorher konsultieren und darüber klar sein, daß man keiner Regelung zustimmen dürfe, durch welche das Bündnis beeinträchtigt oder geschwächt würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, man dürfe nicht das Opfer von Wunschdenken werden.

Der *Präsident* fuhr fort, daß die Sowjetunion in erster Linie das Bündnis und hier wiederum vor allem Deutschland im Auge habe. Dessen sei er sich durchaus bewußt. Wenn für die Sowjetunion das Bündnis so wichtig sei, dann müsse es auch für den Westen ebenso wichtig sein.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, man wolle die eigenen Rechte und berechtigten Interessen wahren, und das deutsche Volk neige nicht zu emotionalen Reaktionen. Es sei fest in seiner Haltung und unerschütterlich in seinen Bemühungen um die Wiedervereinigung. Das deutsche Volk sei nicht hektisch, sondern realistisch. Es fühle sehr wohl, ob unsere Freunde uns zur Seite stünden oder ob sie an unseren Problemen nicht interessiert seien. Das deutsche Volk wolle nicht Unmögliches. Der Besuch des Präsidenten in Berlin sei von allergrößtem Wert, und man schulde ihm dafür großen Dank.

Bezüglich des NV-Vertrags führte der Herr *Bundeskanzler* aus, die Situation sei noch schwierig. Die Öffentlichkeit und auch seine eigene Partei sei noch gespalten. Es gebe einige Fragen, über die auf höherer Ebene als bisher gesprochen werden sollte. Er erwähnte dabei die Artikel 53 und 107 sowie die Frage der Kontrolle und eines Verifizierungsabkommens zwischen EURATOM und IAEA.

Der *Präsident* vertrat die Ansicht, daß deutscherseits eine Zusicherung seitens der Sowjetunion bezüglich der Bestimmungen der UN-Satzung benötigt werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderete, darum müsse man sich bemühen. Die Öffentlichkeit könne nicht verstehen, wenn eine Vertrag unterzeichnet werde, der Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zum Inhalt habe, und gleichzeitig die Sowjets ein militärisches und politisches Interventionsrecht beanspruchten. Er erwähnte, daß nach Auffassung der Sowjets eine deutsche Beteiligung am Projekt der Ultragaszentrifuge nicht möglich wäre, wenn die Deutschen den Vertrag schon unterzeichnet hätten. Dabei habe dieses Projekt nichts mit einer militärischen Zielsetzung zu tun. Diese Situation zeige deutlich, daß diese Frage noch nicht hinreichend geklärt sei.

Über den Devisenausgleich führte der Herr *Bundeskanzler* aus, daß seiner Ansicht nach eine Lösung möglich sei, die für beide Seiten befriedigend sei. Man bemühe sich um eine längerfristige Regelung.

Nach Auffassung des *Präsidenten* müßten die Sachverständigen dieses Thema weiterbehandeln. Man habe das gemeinsame Ziel, die internationale Währungsstabilität zu wahren und in diesem Zusammenhang stelle sich auch das Problem der amerikanischen Zahlungsbilanz. Die amerikanische Regierung nehme keine starre Haltung bezüglich möglicher Lösungen ein. Er verstehe, daß

die Bundesregierung keine Lösung wolle, die an Besatzungskosten erinnere, und er habe darüber auch mit seinen Sachverständigen gesprochen. Er sei zufriedentlich, daß es gelingen werde, eine befriedigende Lösung auszuarbeiten, und er wisse, daß dieser Wille auch auf deutscher Seite bestehe.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß sich aus dieser Frage im Jahre 1966 sehr ernsthafte Schwierigkeiten ergeben hätten, die dann unter anderem auch den Sturz der Regierung Erhard verursacht hätten.

Der *Präsident* bemerkte abschließend, daß nach seinen Informationen eine Gruppe deutscher Finanzsachverständiger im März nach Washington kommen werde.<sup>12</sup> Finanzminister Kennedy würde es für zweckmäßig halten, mit dieser Gruppe zusammenzutreffen. Bei dieser Gelegenheit könnte etwas ausgearbeitet werden.

Das Gespräch endete gegen 11.45 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 30**

## 80

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon**

**Z A 5-24.A/69 geheim**

**26. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler traf am 26. Februar 1969 um 11.50 Uhr mit Präsident Nixon zu einem Gespräch in größerem Kreis zusammen, an dem Herr Bundesminister des Auswärtigen, die Herren Staatssekretäre Prof. Carstens, Duckwitz und Diehl, Botschafter Pauls, MD Dr. Osterheld, MD Dr. Ruete sowie Außenminister Rogers, Prof. Kissinger, Gesandter Fessenden, Herr Hillenbrand und Herr Ziegler teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* hieß den Präsidenten noch einmal sehr herzlich willkommen und gab erneut der Freude des ganzen deutschen Volkes Ausdruck, den Präsidenten in Deutschland zu wissen. Er begrüßte ferner die Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über Probleme von gegenseitigem Interesse. Er habe mit dem Präsidenten bereits ein erstes Gespräch geführt, in dem die wichtigsten politischen Fragen angeschnitten worden seien.<sup>2</sup>

Der *Präsident* bemerkte, er habe seine Ausführungen mit dem Hinweis begonnen, daß seine Regierung mit der Bundesregierung und der aus den Wahlen hervorgehenden deutschen Regierung eine möglichst enge Verbindung herzu-

<sup>12</sup> Der Besuch des Staatssekretärs Schöllhorn, Bundesministerium für Wirtschaft, und des Mitglieds des Direktoriums der Bundesbank, Emminger, in Washington fand vom 26. bis 30. April 1969 statt.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 28. Februar 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 79.

stellen wünsche. Die amerikanische Regierung und er persönlich betrachteten die Beziehungen zur Bundesrepublik als das Herzstück der amerikanischen Außenpolitik. Aus diesem Grunde wünsche man die engstmögliche Kommunikation und Kooperation herzustellen. Er wisse, welche Bedeutung die Allianz für die Sowjets habe, und daß es ein Ziel der sowjetischen Außenpolitik sei, dieses Bündnis zu schwächen. Gelänge ihr dies, so wäre das ein großer außenpolitischer Erfolg für die Sowjets. Deswegen sei es außerordentlich wichtig, daß die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik alles in ihrer Macht stehende täten, um die Allianz zu stärken. In anderen Worten, wo immer möglich, müßte zwischen den beiden Regierungen der engstmögliche Kontakt bestehen. Es gebe glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen nur sehr wenige Differenzen. Beide Regierungen unterstützten die Idee eines geeinten Europa, in dem auch Großbritannien sein solle. Beide Regierungen hielten es für erforderlich, die Stärke der NATO aufrechtzuerhalten. Man sei sich auf amerikanischer Seite durchaus bewußt, daß sich die Bundesrepublik in ihrem Verhältnis zu einigen ihrer Freunde besonderen Problemen gegenübersehe, doch gelte dies in ähnlicher Weise auch für die Vereinigten Staaten. Die amerikanische Regierung wolle deswegen auch alles unterlassen, was die Situation für die Bundesregierung erschweren könnte. Wenn Differenzen auftreten, wie dies in sehr sichtbarer Weise während der vergangenen Woche der Fall gewesen sei, so halte man es amerikanischerseits für außerordentlich wichtig, die Kommunikationslinien nicht abzubrechen. Was die Haltung gegenüber der Sowjetunion angehe, so sei sie keineswegs provokativ, doch sei er zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Streichung Berlins von der Reiseroute ein Eingeständnis der Schwäche gewesen wäre, was sich für den Westen als sehr nachteilig ausgewirkt hätte. Seiner Ansicht nach müsse man eine feste, aber keineswegs kriegerische oder provozierende Haltung gegenüber den sowjetischen Führern einnehmen.

Der Präsident wies sodann darauf hin, daß es einmal zu bilateralen Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kommen werde. Heute lasse sich noch nicht sagen, wann dies sein werde, in welcher Weise die Gespräche erfolgten und worüber gesprochen würde. Unter den Themen, die möglicherweise behandelt würden, könnten der Mittlere Osten, die Möglichkeit einer Begrenzung strategischer Waffen sowie andere Punkte stehen. Er wolle mit allem Nachdruck hervorheben, daß kein bilaterales Gespräch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion das Bündnis oder die Bundesrepublik schwächen werde. Aus diesem Grunde sollten zwischen den beiden Regierungen enge Konsultationen auf der Ebene der Außenminister und der Botschafter geführt werden, um ein „Kondominium“ zu vermeiden, das die große Allianz beeinträchtigen würde.

Zu den übrigen Themen führte der Präsident aus, daß man es hinsichtlich des Devisenausgleichs für besser gehalten habe, wenn die Gespräche auf Sachverständigenebene geführt würden. Er habe mit Freude gehört, daß eine deutsche Sachverständigengruppe im März nach Amerika kommen solle<sup>3</sup> und würde es begrüßen, wenn bei dieser Gelegenheit ein Gespräch mit Finanzminister Kennedy zustande komme. Er wisse, es handle sich bei diesem Thema um einen schwierigen Komplex, und man wolle eine Lösung ausarbeiten, die den innenpo-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 12.

litischen deutschen Überlegungen ebenso Rechnung trage wie den amerikanischen bezüglich der Zahlungsbilanz und Währungsstabilität.

Außenminister *Rogers* erklärte, in einem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen sei übereinstimmend festgestellt worden, daß es zwischen den beiden Ländern keine echten Differenzen gebe. Es sei wichtig, daß man in enger Verbindung miteinander bliebe und oft über die gemeinsamen Probleme spreche. Die amerikanische Regierung sei sich sehr wohl gewisser politischer Schwierigkeiten, die man auf deutscher Seite habe, bewußt und werde darauf achten, beim Betreiben der eigenen Politik darauf Rücksicht zu nehmen.

Was Differenzen innerhalb des Bündnisses angehe, so werden sie durch die Presse oft übertrieben und vergrößert. Es sei verständlich, daß sich auch unter Freunden mitunter Schwierigkeiten ergäben, doch bestehe der Vorzug darin, daß man unter Freunden über diese Dinge sprechen und sie lösen könne. Was die derzeitigen, von der Presse oft übertrieben dargestellten Probleme angehe, so betrachte man sie mit Gelassenheit und ohne Nervosität. Sollten sich innerhalb des Bündnisses oder in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern wirkliche Schwierigkeiten ergeben, so werde man sie seitens der amerikanischen Regierung auch mit anderen Augen sehen.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete es als eine außerordentlich wichtige Tatsache, daß Präsident Nixon so bald nach seiner Amtsübernahme nach Europa gekommen sei. Dieser Entschluß sei von symbolischer Stärke gewesen und werde überall in Europa so empfunden. Gegenwärtig sei die Lage etwas gestört, und er stimme darin überein, daß die Presse die Geschehnisse oft übertreibe. Wenn es einmal eine Meinungsverschiedenheit gebe, werde daraus gleich eine kleine Sensation gemacht. In der gegenwärtigen Situation müsse man vor allem einen kühlen Kopf behalten. Die Bundesregierung tue das ihre, um zur Überwindung der Schwierigkeiten beizutragen. Sie befindet sich, wie der Präsident gesagt habe, in einer schwierigen Rolle, weshalb manche Beobachter glaubten, sie sei zögernd oder unentschlossen. Genau das Gegenteil sei aber richtig, und man sei sehr entschlossen, das zu tun, was getan werden könne. Es gebe in Europa verschiedene Vorstellungen über die europäische Zukunft, das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sowie die Zukunft des atlantischen Bündnisses. Das müsse man sehen und damit müsse man sich abfinden. Er wünsche aber sehr, daß der Präsident nicht den Eindruck von seiner Reise mitnehme, Europa sei in eine hoffnungslose Sackgasse geraten. Man befände sich in einer schwierigen Zeit, die vielleicht noch einige Jahre dauere, und es gelte, sie durchzustehen und genau zu wissen, wohin man kommen wolle, und alles in der eigenen Macht stehende zu tun, um Schwierigkeiten zu beseitigen.

Für sich selbst sowie für die gesamte Regierung und die deutsche Öffentlichkeit könne er sagen, daß das wichtigste Ziel der deutschen Politik die Einigung Europas sei, wobei sich über die Methoden und die künftige Form eines geeinten Europa reden lasse. Dies seien Fragen von zweitrangiger Bedeutung. Man sei aber davon überzeugt, daß nur ein geeintes Europa zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen Völkern seinen Beitrag zum Frieden und der Freiheit in der Welt leisten könne. Dies bleibe auch weiterhin das zentrale Anliegen der deutschen Politik, und selbst wenn es den Anschein habe, als sei dieses

Ziel aus den Augen verloren worden, so sei dies doch nie der Fall gewesen. Es gebe auch keinen Grund dafür, in Emotionen oder hektische Reaktionen zu verfallen, wenn sich der Fortschritt nicht so schnell einstelle, wie man es wünsche.

Er freue sich, feststellen zu können, daß die Gespräche über die fundamentalen Fragen, denen man sich gegenübersehe, völlige Einmütigkeit des Urteils ergeben hätten. Auf der Fahrt habe er dem Präsidenten bereits gesagt, die jüngste Meinungsumfrage habe 76 v.H. Zustimmung zu einer engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten erbracht. Dies sei der höchste Prozentsatz von Antworten, die je zu einer politischen Frage gegeben worden seien. Das Ergebnis bedeute nicht, daß 24 v.H. gegen eine solche Zusammenarbeit seien, vielmehr enthalte diese Zahl auch diejenigen, die an politischen Fragen nicht allzu sehr interessiert seien. Die Zahl von 76 v.H. sei über eine Reihe von Jahren mehr oder weniger stabil geblieben. Dies beweise, daß das deutsche Volk wisse, was wichtig und was unwichtig sei. Dies wiederum bedeute nicht, daß man sich auf ewig dem Schutz des großen Bruders glaube anvertrauen zu müssen, doch sei es gegenwärtig weder einem einzelnen europäischen Staat noch allen europäischen Staaten gemeinsam möglich, die eigene Freiheit zu verteidigen. Die Freiheit verdanke man dem atlantischen Bündnis und hier wiederum der Stärke der Vereinigten Staaten. Deutscherseits sei man bereit, das seine zu tun, um das Bündnis zu stärken. Insbesondere seien nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei Schritte in dieser Richtung unternommen worden, und man werde dies auch in Zukunft tun.

Was das deutsche nationale Problem angehe, so halte man unabirrt daran fest, daß eines Tages die Deutschen wieder in einem Lande werden leben können. Man betrachte die Situation aber realistisch, sehe die Schwierigkeiten auf dem Wege und wolle nicht mit dem Kopf durch die Wand. Die Öffentlichkeit wisse, daß es ein langer und schwieriger Weg werde, bis man das Ziel erreiche.

Man verstehe ferner, daß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gewisse Kontakte und Gespräche, die dem Frieden der Welt dienten, stattfinden müßten. Was der Präsident zu Beginn seiner Ausführungen und soeben wieder gesagt habe, sei mit sehr großer Aufmerksamkeit gehört worden. Mit Befriedigung habe er zur Kenntnis genommen, daß es der Wunsch der amerikanischen Regierung sei, diese delikaten Fragen in einer Weise zu behandeln, die den Verbündeten das volle Vertrauen gebe, daß ihre eigenen Interessen berücksichtigt und nicht vernachlässigt würden. Er bat den Präsidenten, davon überzeugt sein zu wollen, daß man diesem amerikanischen Versuch ohne Mißtrauen begegne.

Der Präsident bemerkte, bis zum Vorliegen neuer Beweise von der anderen Seite müsse man davon ausgehen, daß es eines der Hauptziele der Sowjets sei, das Bündnis und insbesondere die Bundesrepublik zu schwächen. Er wolle noch einmal die Versicherung abgeben, daß in bilateralen Gesprächen oder Abmachungen nichts geschehen werde, was das Bündnis schwächen oder der Bundesrepublik zum Nachteil gereichen könne. Wo Gespräche und Vereinbarungen möglich seien, um die Gefahr eines Krieges zu vermindern, werde man hierzu bereit sein. Man wisse aber, was auf dem Spiel stehe. Dem Bündnis sei es zu verdanken, daß man 20 Jahre lang den Frieden habe bewahren können. Es dürfe deshalb nicht geschwächt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte mit dem Präsidenten überein und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Präsident diese Frage so klar sehe. Zur Berlinfrage führte der Herr Bundeskanzler aus, daß die beiden Hauptziele in der Wahrung der Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt beständen. Was immer die Bundesregierung tue, werde von diesen beiden Zielen bestimmt sowie von dem weiteren Ziel, die Lebensadern, durch die Berlin mit dem Bund verknüpft sei, nicht abschneiden zu lassen. Die derzeitige Krise gehe darauf zurück, daß die Bundesversammlung wie früher den Bundespräsidenten in Berlin wählen solle. Es sei hier und da darüber gesprochen worden, ob es zweckmäßig und vernünftig sei, dies zu tun, doch habe es nie einen Meinungsunterschied darüber gegeben, ob wir das Recht dazu hätten, was die Sowjetunion bestreite. Nachdem die Entscheidung getroffen worden sei und daraufhin der Osten seine Drohungen und seinen Druck erhöht habe, sei die Entschlossenheit, von der getroffenen Entscheidung nicht abzuweichen, nur stärker geworden. In der vergangenen Woche habe er gewisse Andeutungen erhalten, wonach die Sowjetunion unter bestimmten Bedingungen bereit sein könnte, eine Verständigung in dieser Frage zu suchen. Er habe daraufhin mit dem sowjetischen Botschafter gesprochen und ihm gesagt, ohne die Rechtsposition bezüglich Berlins aufzugeben, wenn die Sowjetunion bereit sei, einen Beitrag zu leisten, der Berlin zugute komme, d.h., der die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung vergrößere und die während der letzten Jahre geschaffenen Behinderungen beseitige, dann seien auch wir bereit, in dieser ruhelosen Welt einen Beitrag zur Lösung der schwierigen Fragen zu leisten.<sup>4</sup> Ein Ergebnis liege noch nicht vor. Derzeit werde die Angelegenheit auch in Berlin behandelt.<sup>5</sup> Wir hätten in dieser schwierigen Situation zum Ausdruck bringen wollen, daß wir ein Angebot zur Verständigung nicht zurückwiesen. Der Herr Bundeskanzler unterstrich aber noch einmal, daß unsere Entscheidung, die Bundesversammlung vielleicht an einem anderen Orte zusammenentreten zu lassen, davon abhängig gemacht werden müsse, ob die Sowjetunion einen überzeugenden Beitrag zu einer Verständigung leiste. Dies könne man noch nicht sagen. Man warte mit Ruhe ab, was die nächsten Tage bringen würden. Wenn ein solcher überzeugender Beitrag ausbleibe, werde man nach Berlin gehen. Die Bevölkerung Berlins sei tapfer und mutig und der bevorstehende Besuch des Präsidenten sei für sie eine neue Ermutigung.

Der *Präsident* unterstrich, daß die amerikanische Regierung das Recht der souveränen Bundesregierung respektiere, zu entscheiden, wo die Wahl des Bundespräsidenten stattfinden solle. Falle die Entscheidung so aus, daß die Wahl in Berlin stattfinde, so habe dafür die Bundesregierung die amerikanische Zustimmung und Unterstützung. Sicher habe sie das Recht, die Wahl in Berlin abzuhalten. Wie Botschafter Pauls wisse, habe er bei seinem jüngsten Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter<sup>6</sup> auch seinen Besuch in Berlin er-

<sup>4</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 22. und 23. Februar 1969 vgl. Dok. 74 und Dok. 75.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 3, und Dok. 82.

<sup>6</sup> Am 19. Februar 1969 berichtete Botschafter Pauls, Washington, Präsident Nixon habe am 17. Februar 1969 dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, verdeutlicht, daß „jede Anhebung der Berlinlage [...] sich nachteilig auf die Ratifizierung des NPT im Senat und alle anderen möglichen Fortschritte, die die Sowjetunion vielleicht im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen

wähnt und gesagt, es handle sich dabei nicht um eine Provokation, sondern um eine erneute Bestätigung der amerikanischen Position, daß Berlin und seine Freiheit von Amerika unterstützt und verteidigt würden und daß etwaige Schritte, die die Sowjetunion in Berlin unternähme, sich nachteilig auf bilaterale Gespräche, die möglicherweise stattfinden könnten, auswirken würden. Er habe den Botschafter darüber nicht im unklaren gelassen. Was die Entscheidung der Bundesregierung angehe, so müsse sie diese Entscheidung nach ihrem eigenen Interesse treffen. Ließen sich Zugeständnisse von der anderen Seite erlangen, so daß nach Auffassung der Bundesregierung eine Verlegung der Wahl an einen anderen Ort gerechtfertigt wäre, so würde man diese Entscheidung unterstützen. Ebenso würde man aber auch die Entscheidung unterstützen, den neuen Präsidenten in Berlin wählen zu lassen, wenn eine Verlegung nicht gerechtfertigt sei. Wie immer die Entscheidung der Bundesregierung ausfalle, die amerikanische Regierung werde sie unterstützen.

Das Gespräch endete gegen 12.30 Uhr.

**VS-Bd. 2749 (I A 5)**

## 81

### **Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon**

**Z A 5-27.A/69 geheim**

**26. Februar 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler setzt am 26. Februar 1969 um 16.25 Uhr sein Gespräch mit Präsident Nixon in erweitertem Kreis fort.

Einleitend bat der Herr *Bundeskanzler* den Präsidenten um eine Darlegung seiner Vorstellungen über den Nahen Osten.

Der *Präsident* wies darauf hin, daß gegenwärtig gewisse Sondierungsgespräche auf bilateraler Grundlage in den Vereinten Nationen geführt würden mit dem Ziele, Vier-Mächte-Gespräche (Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und USA) zustande zu bringen, die möglicherweise eine Empfehlung für die Lösung der Krise bringen könnten. Der *Präsident* wies darauf hin, daß nur eine Lösung denkbar sei, die nicht aufgezwungen, sondern von allen Beteiligten gebilligt werde. Mit Großbritannien habe man sich schon konsultiert, ebenso werde er

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 282*

Beziehungen im Sinn habe, auswirken müsse. [...] Alle Spekulationen um seinen Besuch in Berlin, die angestellt würden, entbehrten jeder Grundlage. Es sei für ihn und für jeden anderen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Europa und Deutschland besucht, selbstverständlich, nach Berlin zu gehen. Was Berlin angehe, könne er nur empfehlen, „not to commit any unfriendly act.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; VS-Bd. 4449 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weber am 4. März 1969 gefertigt.

das Thema in Paris<sup>2</sup> anschneiden, und es bestünden auch Hinweise dafür, daß es zu bilateralen Gesprächen außerhalb der Vereinten Nationen mit der Sowjetunion kommen werde. Was die Israelis angehe, so bestünden sie darauf, daß ihre Unabhängigkeit und die Integrität von den Nachbarstaaten anerkannt würden. Sie wollten eine Friedensregelung, die nicht auferlegt, sondern einvernehmlich akzeptiert werde. Die Nachbarn Israels bestünden darauf, daß die Israelis das von ihnen besetzte Gebiet wieder räumten. Wenn es gelinge, die Räumung dieser Gebiete zustande zu bringen und ebenso die Anerkennung Israels durch seine Nachbarn, müsse noch eine zusätzliche Garantie dafür gegeben werden, daß in diesem Bereich keine weiteren militärischen Zwischenfälle oder Bedrohungen, insbesondere gegen Israel, erfolgten. Was nun diese Garantie angehe, so werfe die erhebliche Probleme auf. Es werde nicht einfach sein, von den Arabern die Anerkennung Israels und die Zustimmung zu einer Friedensregelung zu erlangen, ebenso schwierig dürfte es sein, die Israelis zur Räumung der besetzten Gebiete zu veranlassen, weil sie diese für die Verteidigung ihres früheren Staatsgebiets für unerlässlich hielten. Die Garantie müßte gleichzeitig für die Israelis glaubwürdig und für potentielle Aggressoren abschreckend sein. Denkbar wäre es, daß eine solche Garantie von den Vereinten Nationen gegeben würde, doch befürchte er, daß aufgrund vergangener Erfahrungen dieser Garantie die Glaubwürdigkeit fehlen würde. Um glaubwürdig zu sein, müßte sie von den größeren Staaten, d.h. der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sowie anderen größeren Ländern gegeben werden. Über die Schwierigkeiten einer Regelung mache er sich keine Illusionen. Entscheidend sei aber, daß eine Regelung von allen Beteiligten akzeptiert werde. Es sei offensichtlich, weshalb eine Lösung der Probleme so wichtig sei, handle es sich doch um einen Schlüsselbereich, wo eine weitere militärische Konfrontation die beiden Supermächte in einen Konflikt zu einer Zeit und an einem Ort ziehen könnte, den beide nicht wünschten. Da in diesem Bereich lebenswichtige Interessen involviert seien, liege es im wohlverstandenen Interesse der Vereinigten Staaten, den eigenen Einfluß geltend zu machen, um zu einer Lösung beizutragen. Langfristig gesehen müßten auch solche Fragen wie das Flüchtlingsproblem und die Bewässerung geregelt werden. Die Vereinigten Staaten versuchten, alle denkbaren Möglichkeiten zu erschließen und hofften, daß etwas Produktives erreicht werden könne, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen, sei es in bilateralen Gesprächen, auch mit der Sowjetunion, die bisher nur auf Botschafterebene stattgefunden hätten. Die Sowjets könnten eine sehr wirksame Rolle bei der Lösung der Probleme und der Herstellung des Friedens spielen. Der Mittlere Osten, der viele Jahre lang ein Unruheherd und ein Pulverfaß gewesen sei, müsse befriedet werden, und es sei sehr wichtig, rasch voranzukommen, um eine Konfrontation zu vermeiden.

Außenminister Rogers fügte hinzu, daß man eine kleine Hoffnung habe, wenn man auch nicht allzu optimistisch sei. Zunächst sollten die Gespräche auf bilateraler Grundlage mit allen interessierten Parteien fortgesetzt werden. Die Gespräche mit London seien sehr konstruktiv gewesen und hätten weitgehende Übereinstimmung erbracht.<sup>3</sup> Entscheidend sei, daß die Israelis Zusicherungen

<sup>2</sup> Präsident Nixon hielt sich vom 28. Februar bis 2. März 1969 in Frankreich auf.

<sup>3</sup> Präsident Nixon hielt sich vom 24. bis 26. Februar 1969 in Großbritannien auf.

hinsichtlich der Existenz ihres Staates erhielten, da sie sonst an Verhandlungen nicht interessiert seien. Dies dürfte vorerst die größte Schwierigkeit sein. Das Thema werde auch in Paris erörtert werden, da die Franzosen eine Initiative ergriffen hätten.<sup>4</sup> Auch seitens der Sowjetunion scheine der Wunsch zu bestehen, die sondierenden Gespräche fortzusetzen.

Der Präsident kam sodann auf die Frage der Ost-West-Beziehungen zu sprechen, die im Zusammenhang mit der NATO gesehen werden müssten. Wie der Herr Bundeskanzler wisse, hätten die Sowjets ein sehr starkes Interesse an der baldigen Aufnahme von Gesprächen über eine Begrenzung der strategischen Waffen zu erkennen gegeben. Als er auf seiner ersten Pressekonferenz danach gefragt worden sei, habe er geantwortet, wenn solche Gespräche zu stande kämen, sollte gleichzeitig der Versuch gemacht werden, bei der Lösung politischer Fragen, wie beispielsweise des Nahen Ostens, Fortschritte zu erzielen.<sup>5</sup> Dies sei in der Öffentlichkeit als Junktim interpretiert worden. Man müsse dabei folgenden Zusammenhang nicht übersehen: Als Rechtfertigung für Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Waffen sei gesagt worden, daß beide Länder eine weitere Belastung ihres Budgets vermeiden wollten. Was die Vereinigten Staaten angehe, so sei dies kein ausreichendes Motiv, wenn dadurch die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der freien Welt gefährdet würde. Sodann sei darauf hingewiesen worden, daß ein Wettrüsten immer die Gefahr eines Krieges erhöhe. Dieses Argument könne durchaus vorgebracht werden, aber selbst wenn die Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Waffen auf dem jetzigen Stand erfolgreich wären, aber keine Fortschritte bei der Lösung der politischen Fragen erzielt würden, könnte es immer noch zu einem größeren Krieg kommen. Die Geschichte lehre, daß die Kriege sehr oft ihren Grund nicht im Wettrüsten, sondern darin hätten, daß es nicht gelungen sei, Lösungen für politische Fragen zu finden. Deswegen habe man der Sowjetunion verschiedene Themen vorgeschlagen, wie beispielsweise Naher Osten, Begrenzung der strategischen Waffen und, dies sei vertraulich, mögliche Schritte zur Beendigung des Krieges in Vietnam sowie zum Abbau der Spannungen im europäischen Bereich. In allen Gesprächen, die er und der Außenminister bisher mit dem sowjetischen Botschafter geführt hätten, sei klar darauf hingewiesen worden, daß eine Regelung bezüglich der Begrenzung strategischer Waffen nur nach Konsultation mit den Bündnispartnern erfolgen könne. Diese Konsultation solle auch weitergeführt werden. Bei jeglicher Regelung, die möglicherweise zustande komme, verliere man nie das fundamentale Erfordernis aus dem Auge, daß die NATO in ihrer Glaubwürdigkeit und in ihrer Abschreckung nicht beeinträchtigt werden dürfe. Was die den NATO-Streitkräften zur Verfügung stehenden nuklearen Waffen angehe, so sollten sie in eine derartige Regelung nicht einbezogen werden. Die Vereinigten Staaten legten auf die künftige Stärke des Bündnisses großen Wert.

Der Präsident wies auf die mögliche Gefahr hin, daß eine Übereinstimmung, die sich möglicherweise in bilateralen Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion abzeichnen könne, zu einer Euphorie im Westen füh-

<sup>4</sup> Zum französischen Vorschlag vom 17. Januar 1969, Viermächtebesprechungen über die Lage im Nahen Osten aufzunehmen, vgl. Dok. 60, Anm. 13.

<sup>5</sup> Zur Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten vom 27. Januar 1969 vgl. Dok. 17, Anm. 9.

re, die Zweifel an der Notwendigkeit aufkommen lasse, die Verteidigungsanstrengungen aufrechtzuerhalten. Dabei sei es gerade die Stärke des Bündnisses, die bei der anderen Seite eine Verhandlungsbereitschaft auslöse und Gespräche ermögliche. Deswegen dürfe diese Stärke des Bündnisses nicht geschmälert werden. Eine Regelung hinsichtlich der Begrenzung der strategischen Waffen werde bestenfalls die Rüstungen auf dem derzeitigen Stand einfrieren und sollte die konventionellen Rüstungen im NATO-Bereich ebensowenig berühren wie die taktischen nuklearen Waffen. Die Schwierigkeit in der bevorstehenden Periode werde darin liegen, daß man einerseits zu Verhandlungen kommen wolle, andererseits aber die eigene Stärke wahren müsse. Für den Durchschnittsbürger sei dies vielleicht nicht leicht zu verstehen. Er sei davon überzeugt, daß man beide Wege gleichzeitig gehen müsse und Verhandlungen anstreben solle, doch müsse man die verhängnisvollen Folgen vermeiden, die sich ergäben, wenn der Westen aufgrund der Verhandlungen die eigene Stärke vermindere. Es sei vielmehr wichtig, die derzeitige Stärke aufrechtzuerhalten und, wo erforderlich, sie auf den Stand der anderen Seite zu erhöhen.

Seit 1962 sei eine interessante Entwicklung eingetreten. Die amerikanische Vormachtstellung auf dem militärischen Sektor sei zwar noch unumstritten, doch sei der Vorsprung gegenüber der Sowjetunion nicht mehr so groß wie damals. Dies sei auf größere Anstrengungen der Sowjets zurückzuführen, die sowohl ihre strategische Stärke wie auch die konventionelle Stärke im Warschauer Pakt erhöht haben. Dies gelte mehr für die Qualität als für die Quantität. Wenn die Strategie der „flexible response“<sup>6</sup> beibehalten werde, müsse geprüft werden, ob die eigenen Streitkräfte hinsichtlich ihrer Stärke und der Qualität ihrer Ausrüstung über ausreichende Optionen bezüglich des Einsatzes taktischer nuklearer Waffen verfügten.

Was die politische Seite angehe, so sei bekannt, daß vor den Wahlen in den Vereinigten Staaten<sup>7</sup> eine sehr starke Tendenz zugunsten des Abzugs amerikanischer Streitkräfte aus Übersee bestanden habe. Vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei wäre die Mansfield-Entschließung verabschiedet worden.<sup>8</sup> Er selbst teile die hinter diesem Argument bestehenden Überlegungen nicht, die weitgehend auf die Situation in Vietnam zurückzuführen seien. Er glaube, dem Lande eine politische Führung geben zu können, die einen solchen Schritt verhindere, da es gerade in einer Zeit, in der Verhandlungen anstünden, unerlässlich sei, die derzeitige Stärke zu wahren.

Auf der anderen Seite bestehe bei gewissen Mitgliedern des Bündnisses die Neigung, wegen der budgetären Belastung weniger für die Allianz zu tun. Hierzu

6 Vgl. dazu Dok. 19, Anm. 10.

7 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 5. November 1968 statt.

8 Am 31. August 1966 brachte der amerikanische Senator Mansfield im Senat eine Resolution für eine erhebliche Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa ein. Für den Wortlaut der Resolution vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 112, Teil 16, S. 21442–21450. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 623 f.

Am 22. August 1968 teilte Mansfield mit, daß er aufgrund der militärischen Intervention von Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR seine Auffassung revidiert habe. Ein Abbau der Truppenstärke zum augenblicklichen Zeitpunkt sei psychologisch schwierig. Vgl. dazu den Artikel „Mansfield Now Would Hold U.S. Troop Strength in Europe“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 23. August 1968, S. 5.

könne er nur sagen, daß es für die Vereinigten Staaten sehr viel schwieriger sei, ihren Teil der Last zu tragen, wenn die europäischen Mitglieder des Bündnisses nicht willens seien, ihren Beitrag zu leisten. Man frage sich in der amerikanischen Öffentlichkeit, warum sich Amerika um die Verteidigung Europas kümmern solle, wenn es die Europäer selbst nicht täten. Über die Frage, wie stark man tatsächlich sein müsse, gebe es verschiedene Theorien. Er selbst glaube, daß die Vereinigten Staaten ihre derzeitige Unterstützung für Europa aufrechterhalten sollten, doch benötigten sie aus innenpolitischen Gründen eine erneute Bekräftigung seitens der europäischen Partner des Bündnisses, daß auch sie weiterhin ihren Verpflichtungen nachkommen würden. Die Frage nach der Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Abschreckung werde nicht so sehr in Deutschland, sondern in anderen Ländern gestellt. Entscheidend sei, was die Sowjets davon hielten. Wenn die Sowjets Zweifel hätten, wäre dies sehr schlecht.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte mit dem Präsidenten überein, daß es falsch wäre, Verhandlungen mit den Sowjets zu führen und die militärische Stärke zu vermindern. Man teile die Auffassungen des Präsidenten und wisse auch, daß die amerikanische Präsenz in Europa von dem Beitrag abhänge, den die übrigen Mitglieder des Bündnisses erbrächten. Was die Bundesrepublik angehe, so sei man hierzu durchaus bereit. Eine gute Folge der tragischen Krise in der Tschechoslowakei sei gewesen, daß sich im Westen, auch in Europa, die Bereitschaft hierzu erhöht habe. Er brauche dem Präsidenten nicht zu versichern, wie großen Wert man in der Bundesrepublik auf die amerikanische Präsenz legte. Man kenne auch die Schwierigkeiten und den Wunsch, die amerikanischen Soldaten aus Übersee nach Hause zurückzubringen. Aber noch immer sei die amerikanische Präsenz hier die beste Garantie für den Frieden. Er wolle jetzt nicht in die komplizierten Überlegungen über die Glaubwürdigkeit der Reaktion auf einen Angriff aus dem Osten eingehen. Auch sei er kein Militär. Er habe aber immer geglaubt, daß die konventionellen Streitkräfte in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielten und man sich nicht nur auf die nuklearen Waffen verlassen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, daß ein neues Element in die europäische Situation durch die maritime Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeer eingeführt worden sei. Man fühle sich in Europa unbehaglich bei dem Gedanken, daß die Sowjets die Ostsee beherrschten, nördlich von Skandinavien präsent seien und nun versuchten, Europa auch an der südlichen Flanke zu umklammern. Vor einiger Zeit seien in Europa Stimmen zu hören gewesen, die vorgeschlagen hätten, daß das Mittelmeer neutralisiert und die 6. amerikanische Flotte abgezogen werden sollte.<sup>9</sup> Dieser Auffassung habe er stets widersprochen. Er würde es für außerordentlich gefährlich halten, wenn sich die Amerikaner aus dem Mittelmeer zurückzögen. Diesen Standpunkt habe er auch auf

<sup>9</sup> Während eines Besuchs des amerikanischen Außenministers Rusk vom 16. bis 18. November 1968 in Spanien regte der spanische Außenminister Castilla die Ausarbeitung eines Planes an, welcher den Abzug sowohl der 6. amerikanischen Flotte als auch der sowjetischen Flottenverbände aus dem Mittelmeer vorsah. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank vom 27. November 1968; VS-Bd. 2723 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

seinen Reisen vertreten. Er würde es begrüßen, hierzu die Ansicht des Präsidenten zu hören.

Präsident Nixon nannte den Vorschlag zu einer Neutralisierung des Mittelmeerraumes lächerlich. Die Anwesenheit der 6. amerikanischen Flotte im Mittelmeer halte er für unerlässlich.

Außenminister Rogers betonte noch einmal, daß eine Verminderung der Truppenstärke ein Klima des Vertrauens voraussetze, das aber nicht bestehe. Es sei entscheidend, ob die Versuche, über die strategischen Rüstungen zu sprechen, von den Russen nur dazu benutzt werden, sich vom Stigma der Ereignisse in der Tschechoslowakei zu befreien und die damaligen Vorgänge der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Die amerikanische Haltung sei ganz klar: Man wolle die Beziehungen mit dem Osten verbessern, doch müsse auch der Osten auf allen Gebieten hierzu bereit sein. Wenn sich herausstelle, daß der Osten es ehrlich meine und eine Entspannung in der Welt wünsche, so werde man versuchen, diese Entspannung herbeizuführen. Bevor es aber zu Verhandlungen komme, müsse man feststellen, welches die sowjetischen Ziele seien und wie man weiterkommen könne. Daneben müßten die Verbündeten konsultiert werden, um sicherzustellen, daß man von einer gemeinsamen Position ausgehe. Das Wort „Entspannung“ schätze er nicht sehr, weil es zu falschen Vorstellungen führen könne. Man solle vielmehr feststellen, wo sich die Beziehungen verbessern ließen, und sich darauf konzentrieren. So sei man bereit, nach entsprechender Vorbereitung und Konsultation in solche Gespräche einzutreten, doch werde man immer bemüht sein, die sowjetischen Motive richtig zu erkennen.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte die Bemühungen der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Ländern. Er habe manchmal den Eindruck, daß in amerikanischen Zeitungen diese Politik nicht richtig verstanden werde. Niemals habe man auch nur einen Moment daran gezweifelt, daß ohne die Gewißheit der Festigkeit des Bündnisses diese Politik nicht möglich sei. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei sei eine gewisse Kritik an der deutschen Politik, hier und da auch in Frankreich, zu hören gewesen, als ob wir durch diese Politik zu den Ereignissen in Prag beigetragen hätten.<sup>10</sup> Dies sei nicht richtig. Wir seien uns der Grenzen dieser Politik von Anfang an bewußt gewesen. Uns sei es nur darum gegangen, das politische Klima aufzuhellen, und wir hätten nicht den Ehrgeiz gehabt, einen Keil zwischen die Sowjetunion und ihre Satelliten zu treiben. Wir seien aber bereit gewesen, mit denjenigen Ländern, die ihrerseits die Beziehungen mit uns zu verbessern wünschten, dies zu tun, und zwar auf sehr vorsichtige und behutsame Weise. Er habe bereits darauf hingewiesen, daß hierbei nicht nur Politiker und Diplomaten im Spiel gewesen seien, sondern auch Hunderttausende von Touristen, von denen jeder ein Botschafter der Freiheit gewesen sei. Dies habe der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern eine Vorstellung davon vermittelt, wie die Menschen im Westen lebten. Auch in Zukunft werde man hinsichtlich der Ostpolitik keinerlei Illusion haben. Wie der Präsident wünsche man einen Abbau der Spannungen, wisse aber, daß man sich dabei nicht von Wunschdenken bestimmen lassen

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten Couve de Murville vom September 1969; AAPD 1968, II, Dok. 310.

dürfe. Weder verfolge man dem Osten gegenüber eine Politik der Illusion, indem man auf eine Entspannung warte, die gegenwärtig nicht eintreten könne, noch lasse man sich auf eine abenteuerliche Politik ein. Er glaube, es bestehe völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage.

Der *Präsident* sagte, er habe der sowjetischen Behauptung, daß die deutsche Politik zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei geführt habe, nie Glauben geschenkt. Dies sei nur ein Vorwand, nicht aber die Ursache gewesen. Es sei nicht leicht, die jetzige Haltung der Osteuropäer zu analysieren, doch glaube er, daß die Kontakte, die auf dem Handelssektor und in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Tourismus, bestünden, fortgesetzt werden sollten. Andererseits dürfe man nicht übersehen, daß die neue sowjetische Doktrin vom sozialistischen Commonwealth<sup>11</sup> eine abschreckende Wirkung habe.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* ging noch einmal auf die Konsultationen ein und betonte, man wisse, daß hierdurch der amerikanischen Regierung eine zusätzliche Last aufgebürdet werde. Dennoch glaube man, daß dieses Verfahren wirksamer sei, als wenn keine Konsultationen stattfänden, weil dann die Schwierigkeiten hinterher größer und belastender seien.

Was die Themen für zweiseitige Gespräche mit der Sowjetunion angehe, so sagte der Herr Bundesminister des Auswärtigen, daß auch die deutsche Frage ein geeigneter Gesprächsgegenstand sein dürfte. Er denke dabei nicht daran, auf das zurückzukommen, was früher vorgeschlagen worden sei, doch hätte eine begrenzte Initiative in dieser Richtung sicher eine gute Wirkung. Er denke in diesem Zusammenhang auch an Berlin, wo vielleicht die Chance bestehe, zu etwas normaleren Verhältnissen zu gelangen. Die beiden Weltmächte könnten ihre Partner beeinflussen und auf diese Weise zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung Berlins, die geteilten Familien usw. beitragen. Berlin sei in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel, doch könnten sich Themen dieser Art als sehr wichtiges Element in den Gesprächen erweisen.

Was die osteuropäischen Länder angehe, so habe man den Eindruck, daß trotz der neuen sowjetischen Doktrin die einzelnen Länder auf kommerziellem und kulturellem Gebiet die Kontakte aufrechterhalten wollten. Auch die Tschechen hätten von den Russen grünes Licht erhalten, die wirtschaftliche Kooperation fortzusetzen. Desgleichen sei der Fremdenverkehr in die Tschechoslowakei wieder ansteigend.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß die osteuropäischen Regierungen mit uns Kontakte zu haben wünschten, doch müsse man sehr behutsam vorgehen, da die Russen keine politische Annäherung wünschten. In den Überlegungen der Russen habe die Frage Vorrang, wie sie ihr sogenanntes sozialistisches Commonwealth aufrechterhalten könnten. Er selbst glaube, daß der Trend zu größerer individueller und nationaler Freiheit fortdauern werde und sich nicht aufhalten lasse. Was sich in der Tschechoslowakei vollzogen habe, unterscheide sich wesentlich von den Ereignissen 1953 in Deutschland und 1956 in Ungarn. In der Tschechoslowakei habe eine ganze Nation nach zwanzigjähriger kommunistischer Herrschaft die kommunistische Ideologie zurückgewiesen, und dabei habe besonders die jüngere Generation eine entscheidende Rolle gespielt.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 15, Anm. 3.

Diese Tendenz werde in Zukunft sicher noch schwierige und gefährliche Lagen schaffen, und er befürchte, daß man auf eine Zeit erneuter Krisen gefäßt sein müsse. Die Russen seien nicht in der Lage, diese Entwicklung zu kontrollieren, und möglicherweise unternähmen sie desperate Dinge, um ihrer Schwierigkeiten Herr zu werden.

Der *Präsident* bat darum, zwei sehr offene Fragen stellen zu dürfen. Zunächst wolle er wissen, ob die Enttäuschung über das Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung und andere Schwierigkeiten dazu führen könnten, daß eines Tages ein Arrangement mit der Sowjetunion angestrebt werde. Außerdem wolle er gerne hören, wie sich die Deutschen überhaupt zur Wiedervereinigung stellten.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, daß das deutsche Volk nüchtern sei und die Dinge realistisch betrachte. Es habe den brennenden Wunsch, daß die Wiedervereinigung des Landes eine Realität werde, doch wisse man, wie schwierig dies sein werde. Im deutschen Volk gebe es keine Tendenz, wegen des bisher ausgebliebenen Erfolges nun nach der Möglichkeit eines Handels mit dem Osten Ausschau zu halten. Im Gegenteil. Dies gelte auch für die junge Generation. Unter den Studenten gebe es eine radikale Minderheit, die nicht so sehr zum Kommunismus, sondern zu einer Art Anarchismus neige. Diese Einstellung gehe aber nicht auf eine Frustration wegen der bisher ausgebliebenen Wiedervereinigung zurück. Unter der Bevölkerung sei aber ein sehr deutliches Gefühl vorhanden, daß man sich gegen den Kommunismus schützen müsse. Es bestehe keinerlei Gefahr östlicher Neigungen.

Präsident *Nixon* fragte den Herrn *Bundeskanzler*, warum seiner Ansicht nach die Sowjets an Gesprächen über die Begrenzung strategischer Waffen interessiert seien und warum sie derzeit eine etwas weichere Linie verfolgten. Es sei wichtig, die Motive richtig zu analysieren.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, vielleicht wollten sie verhandeln, weil sie glaubten, ein Stadium erreicht zu haben, in dem sie stark genug seien, um mit den Vereinigten Staaten konkurrieren zu können. Möglicherweise spielten auch die budgetären Belastungen eine Rolle dabei.

Der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* erwähnte zwei weitere Elemente: Einmal neigten die Sowjets dazu, mehr in außen- als innenpolitischen Vorstellungen zu denken. Ihre derzeitigen großen innenpolitischen Probleme veranlaßten sie vielleicht dazu, einige neue und zusätzliche Lasten von Anfang an zu vermeiden. Das zweite Element sei China. Nach Auffassung anderer kommunistischer Regierungen konzentrierten sich die Russen immer mehr auf China und die ihnen von dort drohenden Gefahren, so daß sie vielleicht daran interessiert seien, zu einer gewissen Entspannung mit dem Westen zu gelangen.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte dem hinzu, daß die Sowjets längs ihrer Grenze mit China starke konventionelle Streitkräfte binden müßten und deshalb vor der Entscheidung stünden, ob sie gleichzeitig ein neues Wettrüsten anfangen und noch mehr konventionelle Streitkräfte an der chinesischen Grenze stationieren könnten. Außerdem hätten sie enorme Aufgaben im Inneren. Er erinnere sich, wie ihm 1955 Chruschtschow gesagt habe, daß die Chinesen nur ein Baum-

wollhemd und eine Handvoll Reis zum Leben brauchten und daß man mit solch anspruchslosen Menschen enorm viel tun könne.<sup>12</sup>

Der Präsident sagte, wenn diese Analyse zutreffe, sei es denkbar, daß Fortschritte erzielt würden. Es gebe aber auch die andere Möglichkeit, daß Schwierigkeiten im Innern mit einer härteren Linie nach außen überdeckt werden. Gegenwärtig scheint die Sowjetunion aber eher eine versöhnliche Linie zu verfolgen. Man müsse nun versuchen, möglichst viel Klarheit über die eigentlichen Motive der anderen Seite zu bekommen. Auch diesem Zweck sollten die Konsultationen dienen. Wenn Amerika auch eine besonders starke Stellung auf dem nuklearen und wirtschaftlichen Gebiet habe, so habe es doch kein Monopol auf Gedanken und richtige Analysen, weshalb man auf den Rat der Freunde besonderen Wert lege. Außerdem komme dazu, daß über die Probleme Mitteleuropas niemand so gut informiert sei wie die Bundesregierung.

Abschließend wiederholte der Präsident seinen Vorschlag, daß bilaterale Gespräche zwischen einer deutschen Expertengruppe und Finanzminister Kennedy über finanzielle und währungspolitische Fragen stattfinden sollten.<sup>13</sup> Auch auf handelspolitischem Gebiet sollte man in ständigem Kontakt bleiben. Ein gewisses Ansteigen der protektionistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten sei nicht zu übersehen. Handelsminister Stans beabsichtigte, demnächst nach Deutschland zu kommen, bei welcher Gelegenheit über die gemeinsam interessierenden Fragen ausführlich gesprochen werden könne.<sup>14</sup>

Das Gespräch endete gegen 17.45 Uhr.

**VS-Bd. 2749 (I A 5)**

<sup>12</sup> Zum Gespräch des CDU-Abgeordneten Kiesinger mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Moskau vgl. KIESINGER, Jahre, S. 495.

<sup>13</sup> Vgl. Dok. 79, Anm. 12.

<sup>14</sup> Am 16. April 1969 führte der amerikanische Außenhandelsminister Stans in Bonn Gespräche mit Bundesminister Strauß über Fragen der internationalen Handelsbeziehungen.